

Polon. 45.

~~Hist. proof.~~

Polon.

Polon.

Franz Jos. Jekel,
*der Rechte Doctors K. K. Böhmisch-Oesterreichi-
schen und Gallizischen Hofagenten, und Hof-
und Gerichtsadvokaten.*

P O H L E N S

STAATSVERÄNDERUNGEN

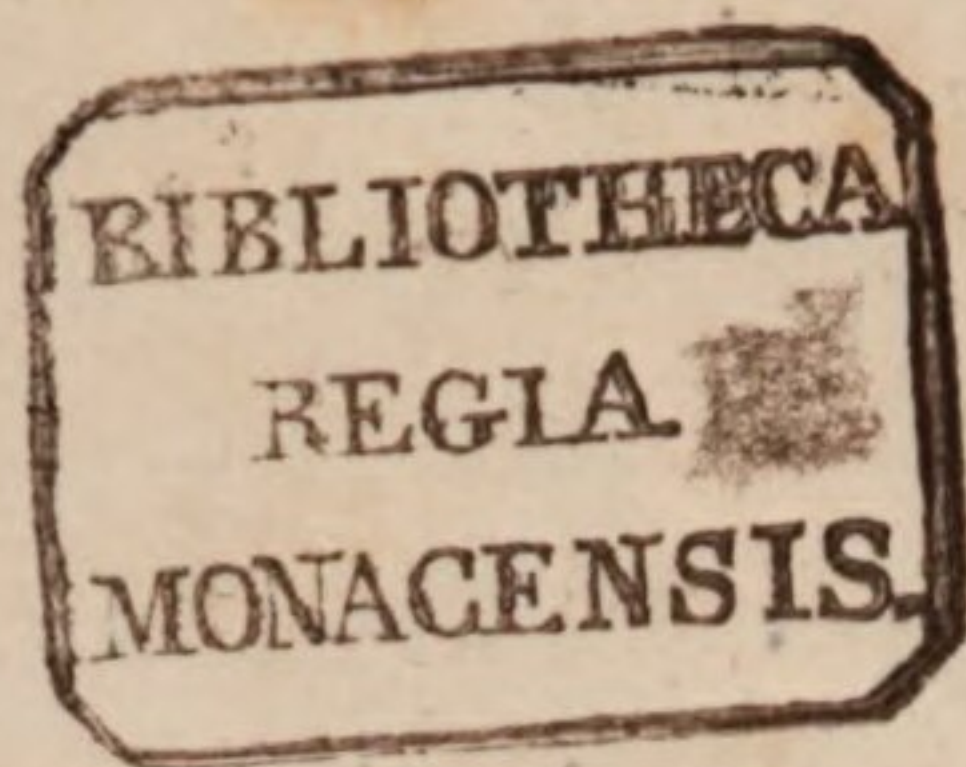
und

LETZTE VERFASSUNG.



Erster Theil.

WIEN 1803,
bey Anton Pichler.



Der erlauchten
Russisch-Kaiserlichen
Gesellschaft der Wissenschaften
in St. Petersburg

und der erhabenen
Königlich-Großbritannischen
Gesellschaft der Wissenschaften
in Göttingen

widmet
diese historisch-kritische Darstellung der Staats-
veränderungen, und letzten Verfassung einer
großen Slavischen Nation

zur
geneigten Prüfung, und als einen Beweis
seiner ehrfurchtsvollen Ergebenheit

der Verfasser.

Der ersten
Kaiserlichen
Gesellschaft der Wissenschaften
in St. Petersburg

und der
Königlich-Preussischen
Gesellschaft der Wissenschaften
in Göttingen

widmet
diese historisch-kritische Darstellung der Staats-
veränderungen, und letzten Verfassung einer
grossen Slavischen Nation

von
Geneigten Prüfung, und als einen Beweis
seiner ehrsüchtigen Eignung
der Verfasser.

V o r r e d e.

Die nachsichtsvolle Güte, mit welcher die
Einleitung in dieses Werk, welche unter
dem Titel: Darstellung der Staats-
veränderungen Pohlens. Erster
Theil. Wien 1794 bey v. Schmidt-
bauer erschien, von zweyen der vorzüg-
lichsten litterarischen Zeitschriften Deutsch-
lands aufgenommen, die schmeichelhafte
Art, mit welcher ich zur Fortsetzung die-
ses Werkes aufgemuntert worden bin *),

von welchem ich, wenn es, wie ich
der Liebe meiner Mitbürger für die Willenshaft-

*) Göttingische Anzeigen von gelehrten Sachen vom
27. Oktober 1798. 172 Stück. Jenaer allgemeine

endlich der Beyfall, den der grösste Kenner und kompetenteste Richter einer solchen Arbeit Se. Majestät der höchstseelige König Stanislaus Augustus (der mich dafür zum Agenten seiner Familiengeschäfte am k. k. Hofe auf die ehrenvollste Art ernannte) diesem ersten Theile geschenkt hat, würden mir es längst zur Pflicht gemacht haben, an der Vollendung desselben ernstlich zu arbeiten, wenn mich nicht die Menge der Geschäfte, mit denen mich das Zutrauen meiner Mitbürger überhäufet, genö-

Litteraturzeitung vom 22. November 1797. Nr. 372.

Eine eben so ehrenvolle Aufforderung erhielt ich auch unlängst in den Annalen der österreichischen Litteratur im XVIII. Stücke, März 1802, einem Werke, von welchem sich, wenn es, wie es bey der Liebe meiner Mitbürger für die Wissenschaften zu hoffen ist, gehörig unterstützt wird, die herrlichsten Früchte zur Aufnahme und Verbreitung der erbländischen Litteratur erwarten lassen.

thigt hätten, damit nur äußerst langsam fortzuschreiten, und mich nicht der Abgang mancher zur Bearbeitung unentbehrlicher Materialien, die ich nur aus der vortreflichen, ja ich könnte sagen im pohnischen Fache in den Erblanden beynahe einzigen Bibliothek meines verehrungswürdigen Beschützers des Grafen Joseph v. Ossolinski *) erhalten konnte, die aber erst seit ein paar Jahren durch des Bibliothekars Hr. Samuel Linde meines würdigen Freundes rastlose

*) Ich statte diesem edlen Freunde der Wissenschaften für die mir so gütig geleistete Unterstützung den gerührtesten Dank ab, und bitte ihn bey dem gänzlichen Beschlus dieses Werks um die Fortdauer seiner bisherigen Güte. Die Werke, die ich aus dieser unschätzbaren Büchersammlung (welche blos an pohnischen Werken, theils in pohnischer, theils lateinischer Sprache, gegen 20,000 Bände zählt) genützt habe, sind mit B. O. d. i. Bibliotheca Ossolinskiana bezeichnet.

Bemühungen zur Vollständigkeit gelangt ist, in der Bearbeitung manchmal unterbrochen hätte. Ich glaube dieses wird hinlänglich seyn, mich bey dem hochachtungswürdigen litterarischen Publikum zu rechtfertigen. Ich muß mich nun über den ersten und zweyten Theil dieses Werkes näher erklären.

Der erste Theil macht die Einleitung in das ganze Werk aus; er enthält eine gedrängte Darstellung der Staatsveränderungen Pohlens, eine mit allem möglichen kritischen Fleisse gemachte Schilderung des Umfangs der ursprünglichen Macht der Könige, der Ursachen und Perioden ihrer Abnahme, des allmählichen Steigen der Rechte und Freyheiten des Adels, der Entstehung und Modifikationen des Wahlrechts, der Veranlassungen und Folgen des freyen Veto's, der Privilegien der königlichen

chen Städte, und der Beeinträchtigungen, die sie vom Adel litten, alles dieses aus den unter einander oft selbst nicht einigen Nationalschriftstellern aufgefunden, erörtert, und mit den Staatsgesetzen Pohlens, deren schätzbare Sammlung ich besitze, verglichen. Am Schlusse ist auch der für Pohlen so merkwürdige dritte May 1791 beschrieben, und die an diesem Tage sanktionirte Konstitution angehängt. Durch diesen ersten Theil wollte ich meine Leser auf das, was ich im zweyten und dritten Theile über jeden einzelnen Artikel der Konstitution zu sagen habe, vorbereiten. Es freuet mich unendlich, daß diese meine Einleitung so gütig aufgenommen worden ist.

Der zweyte Theil sollte eine Beurtheilung jedes einzelnen Artikels der Konstitution, und eine Vergleichung derselben mit den Vorschlägen, die König Stanislaus

Lefzczyński, Rousseau und Mably zur Verbesserung der pohlischen Verfassung gemacht haben, und mit andern gemischten Regierungsformen enthalten. Wenn ich diesen Theil so hätte bearbeiten wollen, wie ihn ein neuerer Schriftsteller, in seinem Werke über die Verfassungen der vorzüglichsten Staaten Europa's behandelt hat *), so hätte ich freylich damit in der von mir in der Vorrede zum 1ten Theil vom Jahre 1794 bestimmten Zeit fertig werden können, allein ich erwägte, daß das Publikum von einem Manne mit allem Rechte Vollständigkeit fordern dürfe, der durch eine zwanzigjährige Vertretung der pohlischen Nation theils bey den hohen Gerichtsstühlen Galiziens; theils bey der höchsten po-

*) Constitutions des principaux états de l'Europe, par M. de la Croix. Paris 1791. Tome I. page 181 — 350. Tome III. page 283 — 340.

litischen und Justizstelle, und Sr. Majestät unserm allergnädigsten Monarchen selbst, sich eine genaue Kenntniß der pohnischen Sprache, der Gesetze, Sitten und Verhältnisse der Nationalen erworben hat, der also dadurch am besten im Stande ist, ernsthafte, und weil er zu keiner Parthey gehört, gewiß unpartheyische Betrachtungen über die Natur und die Wichtigkeit der gemachten Verbesserungen anzustellen. Diese Betrachtungen, das Mangelhafte, Unbefriedigende, ja oft sogar Falsche, was ich in so vielen von Fremden über Pohlen erschienenen Büchern fand *), die gänzliche

*) Die Beweise davon wird man in vielen Stellen dieses Werkes finden. Ich habe mich jedoch darüber mit aller schuldigen Bescheidenheit ausgedrückt, und jenen Schriftstellern, die etwas Gründliches geliefert haben, immer die ihren rühmlichen Bemühungen schuldige Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Vernachlässigung der Quellen, Unkenntniß der Sprache (ohne der man doch unmöglich etwas Gründliches liefern kann, da dem Schriftsteller dadurch die Hauptschätze der pohnischen Litteratur, mit denen er andere bereichern soll, unbekannt bleiben,) und noch grössere Unbekanntschaft mit den Sitten dieser Nation, die sich bey so vielen äusserte, bewogen mich meinen Plan zu ändern, und der Fortsetzung dieses Werkes die gegenwärtige Gestalt zu geben.

Diesem Plane zu Folge enthält also der zweyte Theil beym ersten Konstitutionsartikel Religion: eine unpartheyische Geschichte der verschiedenen Religionspartheyen, wie sie nach und nach in Pohlen ihren Wohnsitz aufgeschlagen haben, als: die Pohlen als Heiden. Die Geschichte der Juden, der Hussiten, der

unter den Namen der Dissidenten begriffen augsbургischen und helvetischen Religionsgenossen und nicht unirten Griechen, der Socinianer, der Tartarn, der unirten Griechen, der Armenier; mit allen Drangsalen, die sie in Pohlen ausgestanden, und allen Begünstigungen, die sie erhalten haben, der katholischen Geistlichkeit, ihren Rechten, ihren Verbindlichkeiten, der geistlichen Gerichtsbarkeit, ihrer Ausdehnung, ihrer Beschränkungen, endlich auch der Nunziaturen. Hierauf folgt eine Beurtheilung des ersten Konstitutionsartikels und eine Vergleichung mit den diesfalls gemacht gewordenen Verbesserungsvorschlägen. So überflüssig es manchem auch scheinen mag, in diesem Werke eine Geschichte der verschiedenen Religionsparteyen zu finden, so nothwendig war dieses doch, um den Karakter der Nation ganz auszumalen; und der aufmerksame Leser

wird finden, daß sich aus dieser Geschichte, aus dem Umfange der geistlichen Gerichtsbarkeit, aus der grossen Vermehrung der Macht der Dissidenten im sechzehnten Jahrhunderte manche Verfügungen und Eräugnisse am besten erklären lassen, die ohne diesem ganz dunkel und unentziffert geblieben wären. Ich glaube, daß nichts besser dazu dienen kann, uns mit einer Nation ganz bekannt zu machen, als die Schilderung ihres Betragens in Religionsfachen, welche besonders in den früheren Zeiten einen so wichtigen Einfluß auf das Wohl der Staaten und das Privatleben der Bürger gehabt haben. Ich enthalte mich, hierüber mehr zu sagen. Man lese und urtheile! und ich hoffe, man wird mir dann gerne bezeugen, daß ich nichts überflüssiges angeführt, sondern nur so viel gesagt habe, als zur gründlichen Beurtheilung des ersten Konstitutionsartikels nöthig war.

Ich habe gesucht bey diesem sehr kritischen Theile meines Werkes mich aller möglichen Unpartheylichkeit zu befleißigen; indem ich überzeugt bin, daß der Verfolgungsgeist in allen Religionen das scheußlichste Ungeheuer ist; daß man, wie Voltaire sagt, viele Päbste zu schätzen wissen müsse, wenn man auch in Stockholm gebohren ist, und daß man keinem Lande angehören, allen Partheygeist ablegen soll, wenn man die Geschichte schreibt*).

Der zweyte Konstitutionsartikel: der Adel ist eben so bearbeitet. Wie kann ich gründlich urtheilen, ob die in diesem

*) Il faut savoir distinguer le Pontife du Souverain: il faut savoir estimer beaucoup de Papes, quoiqu'on soit né a Stockholm: Il faut enfin n'être d'aucun pays, & deponiller tout esprit de parti quand on écrit l'histoire. Voltaire hist. de Charles XII, lettre à Mr. Norberg,

Artikel enthaltene Bestätigung aller Rechte und Freyheiten des Adels für die Nation wohlthätig geworden wäre, wenn ich den Ursprung und den Umfang dieser Rechte nicht kenne? wenn mir die Freyheiten, die der Adel als Korps der Nation gehabt hat, und die wieder jedem Adelichen insbesondere zugestanden sind, ganz unbekannt sind? Diesem zu Folge findet der Leser hier geschildert: die Entstehung des Adels, den Ursprung der Woyewoden, Kastellane, Starosten, der Senatoren überhaupt und ihrer Rechte; der Rechte und Freyheiten jedes Adelichen insbesondere: die Wehrgelder statt der Todesstrafen; die Nobilitirung, das Scartabellat, Indigenat, die Entadelung; die in Pohlen streng beobachtete Gleichheit des Adels mit ihren Ausnahmen; die Schilderung des Einflusses, den alle diese Rechte auf die verschiedenen Zweige der öffentlichen Verwaltung hat-

ten, endlich eine unpartheyische aus den Prämissen von selbst fließende Beurtheilung des zweyten Konstitutionsartikels. Wenn ich durch die Macht der Wahrheit genöthiget gewesen bin, sowohl bey diesem als bey den folgenden Artikeln einige Punkte der vorigen Verfassung, und der neuen Konstitution zu tadeln, so ist es mit aller der Achtung geschehen, die ich jenem so schätzbaren Theile der Nation schuldig bin, welche ihre Verfassung zu verbessern sich bemüht hat, und ich habe das Gute nie verschwiegen, wo und wie ich es gefunden habe.

Beym dritten Konstitutionsartikel: der Bürgerstand beschreibe ich: die Entstehung der Städte in Pohlen nach dem Muster der deutschen Reichsstädte, die Freyheiten, die ihnen verliehen wurden, die Ursachen der Einführung des Magdeburgi-

fchen und Kulmischen Rechts, und der Appellationen nach Magdeburg, die Aufhebung dieser Appellationen und Errichtung eines besondern Appellationsgerichtes; die Städte der Adelichen und Geistlichen und ihre Rechte. Die Schilderung der Rechte, Beschränkungen und des Zustandes bürgerlicher Personen in Pohlen; endlich folgen die Bemerkungen über diesen dritten Konstitutionsartikel.

Den Bemerkungen über den vierten Konstitutionsartikel, der Bauernstand habe ich zur Erläuterung vorangeschickt: Schilderung des Bauernstandes in Deutschland und bey den Slaven, der Leibeigenschaft bey den Deutschen und Slaven, der Leibeigenschaft bey den Pohlen, die Pflichten und Frohnen dieser Leibeigenen, die ganze Geschichte ihres Zustandes unter der pohlischen Regierung und der für sie er-

lassenen Gesetze bis auf die neuesten Zeiten, die Darstellung des Zustandes der Bauern zur Zeit der sanctionirten Konstitution vom Jahre 1791. Nur dadurch konnte der Leser in den Stand gesetzt werden, über den vierten Konstitutionsartikel ein gründliches Urtheil zu fällen. Zum Beweise, wie sehr diese Prämissen zur Begründung meines Urtheils über den vierten Artikel der Konstitution nöthig waren, bitte ich den fachkundigen Staatsforscher die Anmerkungen, die Herr de la Croix in von mir oben angeführten Werke, Tome III. pag. 296—300, über den vierten Artikel unter der Überschrift, *Colons & autres habitants de la campagne* gemacht hat, durchzugehen, dann wird man gewiss meinem Fleisse Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ich will dadurch diesen im übrigen so geschickten Staatsforscher nicht herabsetzen, er hat sich nur bey Pohlen in ein ihm un-

bekanntes Feld gewagt, und ich glaube, jeder wird mir beystimmen, daß ein einziger Mensch unmöglich im Stande sey, über alle politischen Verfassungen Europens etwas gutes zu liefern, er müßte sich denn die genaue Kenntniß der Sprache, Sitten, Litteratur und Verhältnisse einer jeden einzelnen Nation erworben haben, wozu aber leider die Dauer des Lebens eines Menschen zu kurz ist.

Es würde Undank von mir seyn, wenn ich hier nicht den wesentlichen Nutzen gestehen wollte, den mir das unsterbliche Werk des edlen Grafen Thaddäus Czacki unter dem Titel: *O Litewskich i Polskich prawach w Warszawie 1800. 4to. II. Tomi*, über die litthauischen und pohlischen Gesetze verschafft hat. Dieses Werk enthält einen wahren Schatz von Gelehrsamkeit, und ist mit so vielem

kritischen Fleiße, so vielem Scharffsinne bearbeitet, daß es den besten Beweis giebt, der höchstselige König Stanislaus habe seine litterarischen Schätze in keine würdigeren Hände geben können, da sie bey diesem gelehrten Geschichts- und Staatenforscher gewiß hundertfältige Zinsen tragen. *).

Im dritten Theile, der in der Ostermesse 1804 sicher erscheinen wird, werde ich bey Beurtheilung der noch übrigen Artikel der pohnischen Konstitution auch die Geschichte und Darstellung der Handlung,

*) Ich bin dieses vortrefliche Werk der Freygebigkeit meines verehrungswürdigen Gönners des Grafen Nikolaus Ledochowski schuldig, und mache mir es zur Pflicht, diesem edlen Mäcen für so viele mir erwiesene Güte hiemit meinen wärmsten Dank zu bezeigen.

der Finanzen, der Justizverfassung, der Erziehungsanstalten und des Kriegswesens in Pohlen vorlegen, und so diesem Werke die nöthige Vollständigkeit geben.

Ich habe in diesem zweyten Theile zur Erfüllung des in der oben angeführten schätzbaren Rezension in der Jenaer allgemeinen Litteraturzeitung geäußerten Wunsches, nach der Beurtheilung eines jeden Konstitutionsartikels, jene Gesetze und Verfügungen angeführt, die über jeden dieser Gegenstände von der österreichischen Regierung seit der Besitznehmung Ostgalliziens im Jahre 1772, und Westgalliziens im Jahre 1795 erlassen worden sind. Die Macht der Wahrheit forderte mich auf, die edlen Bemühungen unseres jetzt regierenden allergnädigsten Landesvaters, und seiner erhabenen Vorgänger, um das Wohl ihrer neuen Unterthanen nicht zu verschwei-

gen; sondern vielmehr die Art, mit welcher sie so manchen verjährten Mißbrauch der vorigen Verfassung aufzuheben suchten, in das helleste Licht zu setzen. Ich glaube hierin nur als getreuer Unterthan meine Pflicht gethan zu haben. Jeder rechtschaffene gutdenkende Leser wird mir nach Durchlesung dieses Buches einräumen müssen: Das System unserer Regierung in Gallizien ist weise, ist wohlthätig. Die Hindernisse, welche der Vollziehung dieses Systems von einigen Seiten entgegen gesetzt werden wollen, wird Franz der Gerechte, durch seine Urmeny's, seine Trautmannsdorfe schon zu beseitigen wissen! Unser erhabener, für das Wohl des Vaterlandes, für das er als ein zweyter Alcides so oft zu siegen wufte, unsterblich verdiente Erzherzog Karl, hat es über sich genommen, die gallizischen Domainen auf eine zweckmäfsigere, den Bedürfnissen

des Staats angemessenere Art zu benützen, und darinnen schon die wirksamsten Schritte gethan. Laut dem im Brünner Tagblatte Nro. 5 vom Jahre 1803 enthaltenen Rescripte Sr. K. Hoheit, ist bey den Salinen in Kossow ein förmlich organisirter Betrug entdeckt, und beseitigt worden. Welch glückliche Aussichten muß dieses nicht den Bewohnern Galiziens gewähren!

Wien den 7. Hornung 1803.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	1
§. 1. 1. Regierungsform der europäischen Sarmaten	2
2. Regierungsform der ältesten Herzoge und Könige, bis auf Kasimir den Großen	4
3. Erster Zeitraum bis zur Regierung Kasimir des Großen	4

§. 4. 5. 6. 7. Zweyter Zeitraum. Von der Regierung Kasimir des Großen, bis auf das siebente Re- gierungsjahr Johann Kasimir des IV	8 — 30
8. Dritter Zeitraum. Von der Regierung Jo- hann Kasimirs, bis auf den 3 May 1791	31
9. Fortsetzung dieses Zeitraums. Regierung Mi- chael Korybuths, Johann Sobieskis, und der beyden Auguste	41
10. Fortsetzung dieses Zeitraums. Besitznehmung von Roth- und Weisreussen, und pohnisch Preussen, durch die drey vereinigten Mächte, Errichtung des immerwährenden Raths. Garan- tie dieser Verfassung	58
11. Fortsetzung dieses Zeitraums. Geschichte des letzten Reichstages. Preussische Allianz	66
12. Schluss dieses Zeitraums. Freyheiten der kö- niglichen Städte. Rechte des Bürgerstandes	81

§. 13. Freyheitsbrief der königlichen Städte, Arti-

kel I. Von den Städten 89

14. Fortsetzung. Artikel II. Von den Rechten

der Bürger 93

15. Beschluß des Freyheitsbriefes. Art. III. Von

der Rechtspflege der Bürger 99

17. Vorlesung und Annahme der Konstitutions-

akte 105

17. Konstitutionsakte vom 3 May 1791 107

I. Herrschende Religion 109

II. Edelleute, Landadel —

III. Städte und Städter 112

IV. Bauern, Landleute 112

V. Regierung oder Bestimmung der öffent-	
lichen Gewalten	114
VI. Der Reichstag oder die gesetzgebende Ge-	
walt	115
VII. Der König, die vollziehende Gewalt	119
VIII. Richterliche Gewalt	127
IX. Reichsverwesung	129
X. Erziehung der Kinder des Königs	130
XI. Bewaffnete Macht der Nation	131

II. Edellande, Landadel

III. Städte und Städte

IV. Bauern, Landleute

E i n l e i t u n g.

Οὐκ ἀγαθὸν πολυκοιρανίη· εἷς κοίρανος ἔστω
Εἷς βασιλεὺς.

Vieler Herrschaft taugt nichts im Staate! es soll
nur ein Herr seyn;

Nur ein König!

Homers Iliade II. Buch 204 v.

Einleitung

Die ägyptische Hieroglyphen

von Dr. J. G. Reiske

Viel ist geschrieben worden über die

hieroglyphische Sprache

Nur ein König!

Homers Hilde II. Buch 204 v.

~~Die polnische Konstitution vom 3. May 1791 hat die Aufmerksamkeit von ganz Europa auf sich gezogen. Um diese Konstitution, ihre vorzüglichsten Triebfedern und Quellen richtig zu beurtheilen, ist es dem philosophischen Staatenforscher höchst nöthig, die vorhergehenden Staatsveränderungen Pohlens, von den ältesten Zeiten anzufangen, genau zu kennen; weil sich nur aus diesen entscheiden läßt, was eigentlich, aus welcher Absicht, und mit welchen Vortheilen durch die neue Verfassung vom 3. May 1791 zu verbessern gesucht worden. Man muß vorher mit den Gebrechen einer Staatsverfassung bekannt seyn, um über den Werth der gemachten Verbesserungen urtheilen zu können. Diese Betrachtungen bewogen mich, die ganze große Reihe der polnischen Staatsveränderungen einer genauen, ernsthaften, und (weil ich zu keiner Parthey gehöre) gewiß unpartheyi-~~

ſchen Prüfung zu unterziehen, und jene verſchiedenen Abwechslungen dieſer Verfaſſung mit forſchendem Auge zu durchgehen, die aus einer urſprünglich monarchiſchen Regierungsform nach einer Reihe von Jahrhunderten, endlich jene gränzenloſe Anarchie geſetzlich hervorbrachten, von welcher uns die Staatengeſchichte des übrigen Europa kein Beyſpiel giebt, und die mit der Auflöſung der innern Ordnung dieſes Staates, mit Erlöſchung aller Bürgertugenden endlich den Verfall deſſelben herbeyführte.

§. 1.
Regierungsform der europäischen Sarmaten.

Die Regierungsform der europäischen Sarmaten, welche das heutige Pohlen bewohneten, mußte monarchiſch ſeyn, weil ſie ein kriegeriſches, unbesiegt, unüberwindliches Volk waren ¹⁾ und im Kriege immer ein Oberhaupt nöthig iſt, dem alle gehorchen müſſen, um die Kriegsunternehmungen zweckmäßig zu leiten. Die Heerführer dieſer Völker, welchen der Friede ganz unbekannt war, leiteten auch das innere derſelben; und obgleich die Jazygen Anfangs eine ariſtokratiſche Regierungsform hatten; ²⁾ ſo hatten ſie doch zu

¹⁾ Pomponius Mela de ſitu orbis lib. 3. cap. 4.

²⁾ Tacit. Hiſt. lib. 3. cap. 5.

Zeiten Mark Aurels so wie die Roxolanen 3) und so wie die durch ihre Sprache und Sitten den Sarmaten so ähnlichen Geten, ihre Fürsten; hingegen hatten die durch die Bulgaren und Vlachcn von ihren Sitzen an der Donau vertriebenen Slaven und Anten, welche sich mehr gegen Norden wendeten, und an den beyden Ufern der Weichsel ihren Wohnsitz aufschlugen, 4) keinen Monarchen; ihre Regierung war von den ältesten Zeiten her demokratisch, und wurde durch ihre Aeltesten oder Supanen verwaltet. Über alle Sachen wurde bey ihnen gemeinschaftlich berathschlagen, und diese sieggewohnten Völker liebten ihre rohe Freyheit so sehr, daß sie nie einen Oberherrn erkennen wollten. 5) Diese demokratische Regierungsform sagt Pastorius 6) suchten die Pohlen ihre Nachkommen, da

3) Dio Cassius lib. LXXI. p. m. 813 - 815.

4) Stryikowsky Kronika Kzigga IV. p. 103.

5) Procopius de bello Goth. lib. III. cap. 4. Mauricii Strategicon lib. II. cap. 5.

6) Pastorii de orig. Sarm. pag. 72. Pastorius irrt sehr, in Pohlen war nie eine demokratische Regierungsform. Das Volk hatte nie Antheil an der Regierung, da der Bauer in der drückendsten Leibeigenschaft war. Als der Adel schon fast alle Freyheiten und Rechte des Königs an sich gerissen hatte, konnte man diese Regierung nicht anders als aristokratisch - monarchisch nennen.

ihnen die Neigung dazu von ihren Vorältern eingepflanzt war, nach verschiedenen Abstufungen von Regierungsformen zu erhalten. Ich glaube aber, daß es ihnen mehr darum zu thun gewesen sey, eine vollkommene Aristokratie herzustellen. Man sehe, was sie deshalb unternommen haben, um darüber zu urtheilen!

§. 2.

Regierungsform der ältesten Herzoge und Könige, bis auf Kasimir den Großen.

Um die verschiedenen Arten der Staatsverfassung Pohlens darzustellen, müssen drey Zeiträume angenommen werden. Der erste Zeitraum beginnt mit der Regierung der ältesten Herzoge und Könige, und endet sich unter der Regierung Kasimir des Großen. Der zweyte Zeitraum fängt an von Kasimir dem Großen, und höret unter dem König Johann Kasimir dem IV in dessen viertem Regierungsjahre, bei Einführung des freyen Veto auf. Der dritte endlich begreift den übrigen Zeitraum bis zu Einführung der neuen Konstitution vom 3. May 1791.

§. 3.

Erster Zeitraum bis zur Regierung Kasimir des Großen.

So viele Dunkelheiten und Fabeln die Geschichte der ältesten pohnischen Herzoge

in sich begreift, so kann man doch, wenn man den ältern, freilich nicht gleichzeitigen pohlischen Geschichtschreibern Glauben beymisst, behaupten, daß ihre Regierung monarchisch war. Zuverlässig ist es, daß die Beherrscher Pohlens von der Regierung Miecislau des I anzufangen, bis auf Kasimir den Großen unumschränkt, ja fast despotisch das Reich regierten; sie hatten das volle Recht des Krieges und Friedens, ohne jemanden darum fragen zu dürfen, ordneten das allgemeine Aufgebot des Adels an, wenn es ihnen nöthig schien; gaben nach ihrer eigenen Willkühr Gesetze, waren in dem vollen Genusse der Landeseinkünfte; setzten Beamte zur Steuereinhebung, Beschützung der königlichen Güter, Handhabung der Gerechtigkeit, und Züchtigung der Verbrecher; Generale zur Anführung der Kriegsheere ein. 7) Ja das Reich muß in diesem Zeitpunkte für ein Patrimonialreich angesehen werden, da die Regenten in Testamenten dasselbe nach ihrer Willkühr unter ihre Kinder vertheilten; wie uns Miecislau der I, der das Reich seinen Söhnen nach seinem Tode zur Theilung hinterließ, Ladislaus der I mit dem Beinamen Herrmann, der das Reich vor seinem Tode

7) Naruszewicz Historia Narodu Polskiego Tom. VII.
p. 69.

seinen zwey Söhnen Boleslaus Krziwoustus, und Sbigneus bestimmte, endlich Boleslaus Krziwoustus selbst, der das Reich unter seine vier Söhne mit Ausschließung des Jüngsten, Kasimirs des II theilte, hinlänglich beweisen. 8) Wenn auch die Regenten die Edelleute zu einer solchen Theilung einberiefen, so geschah es nur, um ihnen ihren Willen wegen der Thronfolge bekannt zu machen, und sie zum Gehorsam gegen ihren Nachfolger anzuweisen. 9)

Die Adelichen waren in diesem Zeitraume sehr beschränkt, sie mußten den Königen von allen Gütern jährlich den zehnten Theil der Einkünfte entrichten, (welchen die Freygebigkeit der christlichen Könige dann der Geistlichkeit abtrat *) sie mußten die königlichen Schlösser durch ihre Frohnen ausbessern lassen; wenn der König durch ihre Güter reiste, ihn und seinen Hofstaat mit allem Nöthigen versehen; konnten über ihre Unterthanen nicht Recht sprechen; es war ihnen nicht erlaubt, auf ihren Gütern feste Schlösser zu bauen, zu jagen, Wälder auszuhauen, Bergwer-

8) Dlugossus Tom. I. p. 452. --- Cromer p. 93.

9) Naruszewicz I. c. S. 68. Es ist also ganz falsch, wenn man behaupten will, Pohlen sey immer ein Wahlreich gewesen.

*) Man vergleiche jedoch damit den §. 18. im zweyten Theile.

ke zu bearbeiten, ohne ein besonderes königliches Privilegium dazu zu haben. Die Könige verhängten die schweresten Leibes- und Todesstrafen über die Edelleute, ehe das Gesetz *neminem captivabimus nisi iure victum* gegeben wurde. Die Könige reisten selbst im Reiche herum um Gericht zu halten, die Appellationen anzunehmen, und die Urtheile der bestellten Richter zu prüfen. Und wenn auch, wie aus mehreren Urkunden und Privilegien erhellet, die Könige einen, aus ansehnlichen, vermöglichen, des Schreibens kündigen Männern bestehenden Rath hatten: so war dieser Rath nur, um die Fürsten über die Umstände der Thatfachen und Gesuche der Rechtsuchenden zu unterrichten, nicht aber um ihren Willen zu beschränken, oder die Vollziehung ihrer Befehle zu hindern. ¹⁰⁾ Allein, als Pohlen durch die Eigenmacht seiner Souveraine in mehrere kleine Fürstenthümer getheilt ward, und die Kriege, die diese kleinen Herren gegen einander führten, es ihnen nöthig machten, sich unter den mächtigen Vasallen Anhänger zu machen, um ihres Beystandes bey einem feindlichen Anfalle versichert zu seyn, oder auch um die letztwillige väterliche Disposition zu vernichten, wie Ladislaus der

10) Ebenderfelbe am a. O. S. 77.

II that, der, um das väterliche Testament umzu-
zu stoßen, durch welches Krziwoustus das Reich
in vier Theile getheilt hatte, den Adel nach
Krakau rufen ließ, um dazu seine Einwilli-
gung und Unterstützung zu haben; so erhielt
der Adel, an dessen Spitze sich die Bischöfe
stellten, einige Freyheiten; er vermehrte seine
Einkünfte, verminderte diejenigen der Für-
sten, und da die Fürsten nach der Theilung
Krziwoustus nichts wichtiges ohne dem Rathe,
und der Einwilligung des Adels vornahmen,
11) so legte er dadurch den Grund zu jener
Verminderung der königlichen Macht, die
unter Kasimir dem Großen beschränkt, und
unter jedem seiner Nachfolger durch die Wahl-
verträge, und andere der Oberherrschaft nach-
theilige Einschränkungen immer mehr verrin-
gert wurde.

§. 4.

*Zweiter Zeitraum. Von der Regierung Kasimir
des Großen, bis auf das siebente Regierungs-
jahr Johann Kasimir des IV.*

Kasimir der Große hatte bei seiner Thron-
besteigung die Bischöfe, Woywoden und Ka-
stellane zu seinen nicht aber zu Reichs-
räthen; er wachte auf die Handhabung der
Gerechtigkeit, gab seinen Unterthanen auf

11) Naruszewicz VI. S. 47.

dem Reichstage im Jahr 1347 mit Einwilligung, und im Beyseyn des Adels gute Gesetze, befahl, daß die Richter nicht nach ihrer Willkühr, sondern nach diesen Gesetzen Recht sprechen sollen, theilte also außer den Appel- lationen die er in den sogenannten Collo- quiiis oder Terminis generalibus an sich zu machen gestattete, sowohl die gesetz- gebende Macht, als auch die höchste Gerichts- barkeit mit seinem Senate. Im übrigen aber regierte er unumschränkt. Ja als die deut- schen Ordensritter, mit welchen dieser König (1336) wegen der ihnen zu machenden Abtret- tung Pomerellens, des Kulmer Gebiets, und des Landes Michelau in Unterhandlungen trat, von ihm zu ihrer Sicherheit, damit der Ver- trag nicht einst von den Königen aus diesem Vorwande umgestossen werden könnte, aus- drücklich verlangten, er sollte von den Reichs- ständen, das ist den Prälaten, Adelichen und Bürgern bestättiget werden, und die Stände, um mehrere Freyheiten zu erhalten, ihm die Einwilligung abschlugen ¹²⁾ so wollte der König, ob er gleich von mehreren Feinden bedrohet war, lieber den Krieg fortführen, als sich die Rechte seiner Souveränität schmälern lassen. Er that im Jahre 1339 auf Schle-

12) Dlugofs. p. 1036. 1038.

sien verzicht, ohne die Stände zu fragen ¹³⁾ und machte (1343) den Vertrag mit den deutschen Ordensrittern ohne ihre Einwilligung. ¹⁴⁾ Allein so eiferfüchtig Kasimir sich auf seine Oberherrschaft zeigte, so gab er doch selbst zu Verminderung derselben Anlaß, als er sich bemühte, mit Hindansetzung der Herzoge von Schlesien und von Masuren aus dem Piaistischen Stamme, seinen Neffen Ludwig von Ungarn, Sohn seiner Schwester Elisabeth und des ungarischen Königs Karls, auf den pohlischen Thron zu setzen. Dieses betrachtete der Adel als den besten Zeitpunkt seine Freyheiten und Vorthelle zu vermehren. Ludwig mußte den pohlischen Abgeordneten (1339) unter anderen Punkten eidlich versprechen, alle von Pohlen abgerissenen Länder, besonders aber Pommern auf seine Kosten wieder zu erobern, dem Staate einzuverleiben, und die Adelichen mit keinen neuen Abgaben zu belegen. ¹⁵⁾ Als aus diesem Anlasse die deutschen Ordensritter, weil Ludwig verspro-

¹³⁾ Naruszewicz Tom. VI. S. 75.

¹⁴⁾ Ebenderfelbe S. 147.

¹⁵⁾ Anonym Archid. Gnesn. p. 101 Naruszewicz VI. S. 81. Dieses war die Veranlassung zu den Wahlverträgen, die unter Heinrich von Valois zuerst ausgedehnt, und von den Königen als Grundgesetze beschworen wurden.

chen hatte, Pommern wieder zu erobern, den
 oberwähnten, von Kasimir (1343) ohne Einwil-
 ligung der Stände gemachten Vertrag, nicht
 annehmen wollten, bis er nicht auch die Gut-
 heissung derselben hätte, ¹⁶⁾ so konnten die
Reichsstände nur nach Bewilligung grosser
 Freyheiten, und Privilegien, auf Kosten des
 königlichen Ansehens, zum Beytritt bewogen
 werden. Dadurch theilte der König das Recht
 des Krieges, und Friedens mit den Ständen.
 Die Adelichen erhielten über dieses das Recht
 ihre Unterthanen zu richten, die den Köni-
 gen sonst vorbehaltene Jagdfreyheit, das Recht
Bergwerke zu bauen, und Salz zu kochen.
 Hiezu kam noch, dass Ludwig, um sich die
 Thronfolge noch mehr zu sichern, da Kas-
 mir zur zweyten Ehe geschritten war, den an
 ihn geschickten Deputirten des Senats, in Ofen
 (1355) folgende Freyheiten bewilligte: 1) wol-
 le er den Adelichen keine neuen Steuern auf-
 ser den unter seinen Vorfahrern gewöhnli-
 chen auflegen; 2) wenn die Städte im Noth-
 falle eine Abgabe leisten wollen: so soll diese
 doch nicht erzwungen werden können; 3)
 Sollen die Könige in Hinkunft nicht über die
 Güter der Adelichen, ohne ihre Einwilli-
 gung reisen, noch auch statt der Reise und

*Prälatur
 adeliche
 Bürger*

16) Ebenderfelbe S. 147. Dogiel de Prussia unterm
 Jahr 1343.

Verpflegung eine Abgabe an Gelde fodern; wenn ja der König durchreiset, soll er alle Lebensmittel aus Eigenem bezahlen; 4) sollen die Edelleute nicht gezwungen seyn; über die Gränzen des Reichs außer auf Kosten des Königs zu Felde zu ziehen. Dagegen ward ihm versprochen, daß nicht nur seine männlichen Erben, sondern auch in Ermanglung derselben sein Neffe Johann, Sohn seines Bruders Stephan Herzogs von Slavonien, und Dalmatien ihm auf den pohnischen Thron folgen sollen 17) Diese Freyheiten wurden nicht nur bei der Thronbesteigung Ludwigs (1370) so wie im Jahre 1374 18) in einem besonderen Edikte bekräftiget, sondern auch vermehrt, nachdem die Großen des Königreichs die Töchter Ludwigs für fähig zur Nachfolge in der Regierung erklärt hatten, wenn er ohne männlichen Erben stürbe, die Auflagen auf die Ländereyen Poradlne genannt, wurden bis auf zween Groschen von jeder Hufe herabgesetzt, nur blos die pohnischen Edelleute zu Staatsdiensten, Kronchargen, Erlangung königlicher Güter fähig erklärt, und versprochen, daß der König die ihm heimfallende königliche Güter, so wie die durch das Kaducitätsrecht an ihn gelan-

17) Naruszewicz am a. O. S. 258.

18) Constit. regn. Pol. Vol. I. p. 56.

gende Güter der Adelichen, nicht für sich behalten, sondern gleich wieder einem anderen Adelichen verleihen wolle.

§. 5.

Fortsetzung dieses Zeitraums.

Da Ludwigen die Erbfolge nur für seine männliche Erben gesichert war, und er drey Töchter, Katharinen, Marien, und Hedwigen hatte, deren älteste er auf den pohlischen Thron zu sehen wünschte: so fieng er deshalb mit den Senatoren (1374) Unterhandlungen an. Es wurde gegen die ersterwähnte, dem Adel bewilligten Freyheiten, und Aufhebung aller Steuern, bis auf zwey Groschen von jeder Hufe (łan) zuerst Katharina, dann nach ihrem Tode diejenige von den zwey Töchtern zur Thronfolge bestimmt, die entweder der König, oder seine Mutter Elisabeth, oder seine Gemahlinn dazu ernennen würde.¹⁹⁾ Nach Ludwigs Tode forderten die Stände als ein Hauptbedingniß von der verwittibten Königin: Maria solle mit ihrem Gemahle nach Pohlen kommen, und dort ihren Sitz nehmen, sonst müßten sie auf einen andern König denken. Hierauf unterhandelten sie mit der Königin in K o s z y c e dahin, daß die Pohlen ihres Eides gegen Marien und ihren Gemahl

¹⁹⁾ Naruszewicz VII. S. 58 -- 60.

entlassen wurden: und sie ihnen versprach, ihre jüngere Tochter Hedwig ihnen zu schicken, die diese Bedingungen erfüllen würde. (1383)

Die Pohlen bedungen sich hingegen, Hedwig solle sich ohne Einwilligung der Stände nicht verheirathen. Von den Zeiten Ludwigs an, behauptete die Nation das Wahlrecht, doch so, daß es die rechtmässigen Nachkommen des Königs nicht dabey vernachlässigte, wenn sie dazu fähig waren.²⁰⁾

Wladislaus Jagello der Großfürst von Litthauen wurde von der Nation zum Gemahl der Hedwig bestimmt, nachdem er die Freyheiten der Stände bestätiget, und die Vereinigung Litthauens mit der Krone beschworen hatte.²¹⁾ Dieser Fürst glaubte als Hedwig (1399) ohne Leibeserben starb, die Krone verloren zu haben, und war schon entschlossen, nach Litthauen zu reisen, wenn ihm nicht seine Rätthe, die hernach auch von den Ständen begnehmigte Heurath mit Annen, Gräfinn von Cilly, Großtochter Kasimirs des Großen von mütterlicher Seite angerathen hätten, die nicht ungegründete Ansprüche auf die pohnische Krone machen konnte, und

20) Lengnich jus publ. regni. Pol. lib. I. II. Cap. 2. §. 3.

21) Naruszewicz VII. S. 247.

den Rechten nach der Königin Hedwig selbst hätte vorgezogen werden können. ²²⁾

Im Jahre 1404 wurde beschlossen zu Loskaufung des Dobrzyner Gebiets den D. O. Rittersn 40000 Gulden zu bezahlen. Es wurde deshalb, um die Mittel, sie zu bezahlen zu finden, ein Reichstag nach K o r c z y n der aus Senatoren und Edelleuten bestand, ausgeschrieben. Dieser Reichstag gab die erste Veranlassung zu dem Rechte der Ritterschaft ihre Landboten zu wählen, und auf den Reichstag zu schicken; man fand es für nöthig, die Adelichen eines jeden Distrikts der verschiedenen Woywodschaften zusammenzurufen, damit sie sich in der Hauptstadt eines jeden Palatinats, wegen Bezahlung dieser 40000 Gulden berathschlagen, und das Resultat durch Deputirte oder Landboten bey dem Reichstage vortragen sollten. ²³⁾ Hier ist nur anzumerken, dass auf diesen kleinen Landtagen kein anderer Gegenstand, als bloß die Bezahlung der 40000 fl. abgehandelt werden durfte, da der König mit dem Senat die gesetzgebende Macht damals noch für sich behielt. Im Jahr 1413 wurden auf dem Reichstage zu Hrodlo in Litthauen dem Litthauischen Adel vom Großfürsten Witold Bruder

²²⁾ Dlugöfs. I. X. pag. 170.

²³⁾ Ebend. I. X. p. 180.

des Wladislaus alle Vorrechte des pohnischen Adels ertheilet, und die ganze Einrichtung der Landesregierung auf pohnischen Fuß gesetzt.²³⁾ Auf diesem Reichstage zu Brzesk in Kujavien (1425) trat Uladislaus mit den Ständen wegen Annahme seines neugebohrnen Sohnes Uladislaus zum Könige und Nachfolger in Unterhandlungen, und erkannte eben dadurch das Wahlrecht, welches die Stände zu Zeiten Ludwigs an sich gerissen hatten.²⁴⁾

23) Dlugos. S. 337 --- 342. Tom. I.

24) Obgleich die Könige immer bis auf Siegmund Augusten in allen öffentlichen Urkunden sich des Titels Erbkönige (*haeres*) bedienten, so war dieses bloß eine Kanzleyformel, wie Hartknoch Hist. & jus publ. R. P. 1. 1. Cap. 2. p. 75. behauptet, und zwar um so mehr, als König Alexander, der sich doch in allen Urkunden einen Herrn, und Erben (*Dominus & haeres*) nennt, doch in der allgemeinen Bekräftigungsurkunde aller Freyheiten und Privilegien, die er den Ständen 1505 ausfertigen ließ, und die in der Sammlung der Reichsgesetze Vol. I. p. 355. enthalten ist, ausdrücklich anerkennt, daß er durch die freye Macht der Stände zur Krone gelangt sey, welches die Worte „*dum videlicet principes spirituales & seculares, ceterique praelati & regnicolae, nostrae felici aderant coronationi, nosque post mortem serenissimi regis Alberti ad hoc inclytum regnum Poloniae ju-*

Die Stände giengen dieses auch nicht ein, bis ihnen nicht Uladislaus neue Freyheiten bewilliget hatte, und foderten noch dazu, wenn ihnen diese Bewilligungen nicht gehalten würden, so sollte ihnen der Bischof von Krakau Sbigneus die Urkunde, in welcher sie den jungen Uladislaus III als Nachfolger erkann-
ten, zurückzugeben verbunden seyn.²⁵⁾ Dieses wurde auch nach dem Tode Uladislaus (1234) nicht ohne einigem Widerspruch anerkannt, und dem jungen König die Krone aufgesetzt, nachdem Uladislaus noch kurz vor seinem Tode den immer nach neuen Freyheiten geizenden Ständen (1433) durch das Gesetz: *neminem captivabimus nisi jure victum* bewilliget, er wolle keinen begüterten Edelmann (das Verbrechen, des Raubes, Diebstahls, Mordes, gewaltsamer Entführung, Brandlegung, und öffentlicher Gewalt ausgenommen) eines Verbrechens wegen

*„re electionis liberae, Deique optimi
„favente clementia, unanimiter ele-
„gerunt, regnaturum“* klar beweisen. Eben dieses beweiset die Akte, durch welche Westpreußen im Jahre 1454 dem Königreiche einverleibet worden, in welcher Kasimir III den Ständen ausdrücklich das Recht bey der Königswahl ihre Stimmen mitzugeben, einräumet. Const.

R. P. Vol. I. fol. 176.

25) Dlugos am a. O. S. 486. *Vol. R. S. 20 (de I. Th.*

in Verhaft nehmen lassen, wenn er desselben nicht gerichtlich überwiesen seyn würde, ²⁶⁾ und dadurch des Rechts der höchsten Gerichtsbarkeit sich fast ganz begeben hatte. Doch war es bis auf die Zeiten Stephan Bathorys noch immer gestattet, von den Grodgerichten an die sogenannten *Terminos generales* und den König zu appelliren.

§. 6.

Fernere Fortsetzung dieses Zeitraums.

Bey der großen Abnahme des Ansehens der Könige, wozu sie durch immer neuere Freyheiten Anlaß gaben, die sie, wie wir gesehen haben, den Ständen von Zeit zu Zeit bewilligten, benahmen sie sich vorzüglich durch die Abschaffung aller Abgaben, und die Verbindlichkeit, die sie sich auferlegten ohne Bewilligung der Stände keine neuen Auflagen auferlegen zu dürfen, fast alle Mittel zum Besten des Staats etwas zu thun, sie mußten also, da sie die Kriege, die sie öfters für ihr eigenes Interesse, oder das Beste ihrer Familie hatten, auf eigene Kosten zu führen verpflichtet waren, und auf diese Art ihre beträchtlichen Domänen verschwendeten, sehr oft zu den Ständen um eine Beyhilfe an Geldemittels Ausschreibung neuer Auflagen ihre Zu-

²⁶⁾ Const. R. Vol. I. p. 93.

flucht nehmen, welche diese Beyhilfe nie anders als mit Vermehrung ihrer Macht und auf Kosten des königlichen Ansehens bewilligten. Im Jahre 1454 verband sich Kasimir der ~~III~~ ^{IV} Uladislai des III erwählter Nachfolger keine Gesetze zu machen, noch auch einen Krieg führen zu wollen, ohne die Einwilligung des Adels auf den besonderen Landtagen zu haben. ²⁷⁾ Als er im Jahre 1463 so wie seine Vorgänger versprach, ohne Einwilligung des Adels keine Steuern mehr heben zu wollen, ²⁸⁾ und die Bezahlung der Schulden, die der König im Preussischen Kriege machen mußte, die sich auf 270000 Dukaten beliefen, dann ein neuer Krieg, der ihm mit Mathias Korwin König von Ungern bevorstand, die Hebung neuer Auflagen nöthig machte: so wurde (1468) beschlossen, daß der Ritterstand, so wie es 1404 zu K o r c z y n geschah, auf dem in P i o t r k o w zu haltenden Reichstage aus jedem Distrikte seine Landboten schicken durfte, um die neuen Steuern und Subsidien zu bewilligen, ²⁹⁾ dadurch, und durch das Gesetz vom Jahre 1454 behauptete die Ritterschaft, da der Reichstag sonst bloß aus den

27) Lascius Statut. f. 95. p. 1. Prilusc. Stat. p. 40.

28) Const. V. I. pag. 202. f. I. I. Vol. mebidI (13

29) Dlugofs. l. XIII. p. 431. Cromerus p. 400. Neugebauer p. 392.

Senatoren, Dignitarien und Abgeordneten der königlichen Städte bestand, das Recht auch von ihrer Seite, aus jedem Distrikte eine gewisse Anzahl Landboten auf den Reichstag schicken zu dürfen. Dieses Recht wurde vom König Johann Albert im Jahre 1496 ³⁰⁾ feyerlichst anerkannt, unter seinen Nachfolger Alexander durch ein Reichsgesetz im Jahre 1505 ³¹⁾ dahin ausgedehnet, daß sich der König erklärte, keine Gesetze in Hinkunft zu geben, und nichts, was zum Nachtheile der Republick, oder der Privatleute gereichen könnte, anordnen zu wollen, ohne die gesetzmäßige Einwilligung der Senatoren, und Landboten zu haben; und endlich so erweitert, daß die Landboten bey dem Tode dieses Königs, zur Hebung neuer Auflagen, dem allgemeinen Aufgebote des Adels, der Veräußerung der Domänen, ihre Einwilligung geben, oder verweigern, neue Gesetze machen, Münzen prägen, und die Verwaltung der Gerechtigkeit anordnen konnten. ³²⁾ Dieser Charakter der Senatoren und Landboten, als Repräsentanten der Nation, wurde von Alexanders Nachfolger Sigmund dem I so hoch-

30) Conf. Vol. I. f. 255.

31) Ibidem. Vol. I. f. 299.

32) Chronologischer Auszug der Geschichte von Pohlen S. 106.

geachtet, daß er ihn im Jahre 1510³³⁾ für unverletzlich, und diejenigen, die einen Landboten in Ausübung seines Amtes hindern oder sonst beleidigen würden, für Majestätsverbrecher erklärte. In diesen Reichstagen wurde, so wie es (Dlugossens und Kromers Zeugniß bewähret, immer nach der Mehrheit der Stimmen entschieden, und die Geschäfte so ordentlich abgehandelt, daß unter Sigmund dem I vom Jahre 1507 bis 1536 neunzehn vollständige Reichstage gezählet werden. In dem Reichstage vom Jahre 1536 wo es nebst dem Eide, den der Prinz Sigmund August, als bei Lebzeiten seines Vaters gewählter König ablegte, auch um Bewilligung einer Geldauflage wider den Woywoden von der Moldau, der Pohlen beunruhigte zu thun war, behielten, (weil der Adel über den König entrüstet war, daß er der Königin das durch den Tod des letzten Herzogs erledigte Herzogthum Masovien zum Wittwensitz gab) nicht die meisten, und ansehnlichsten Stimmen, sondern diejenigen, die am geschwätzigsten, kühnsten, und lärmendsten waren die Oberhand, (der) Reichstag ward zerrissen, in der Spaltung ein *Rokosz*, (welchen man weil er durch kein Gesetz erlaubt war, nicht anders, als einen Aufruhr nennen kann) gegen

33) Const. Vol. I. p. 362.

den König errichtet; der Adel weigerte sich gegen die Feinde zu ziehen, der König mußte ohne Erfolg nach Krakau gehen, und die Folge dieser kühnen Ausschweifungen war, daß die Wallachey verlohren gieng, welche sich die Türken unterwarfen, ³⁴⁾ Von dieser Zeit an, bis an das Ende dieses Zeitraums wurde auf den Reichstagen, da der Adel durch den ersten guten Erfolg kühn gemacht ward, fast immer nach der Minorität entschieden, oder die Reichstage gar zerrissen. Im Jahr 1527 erkannte Sigmund dadurch auf eine feyerliche Art das Wahlrecht der Nation, da er dem Herzoge von Preussen, welcher auch bey der Wahl seine Stimmen geben zu dürfen wünschte, erklärte, daß ihm das Wahlrecht deswegen nicht bewilliget werden könne, weil dieses Recht keinem höhern Stande, als den Senatoren zukäme, und die doch von königlichen Geblüte abstammenden Herzoge von Masovien selbst, dieses Recht ebenfalls nicht hätten. ³⁵⁾

Sigmund August, der Sohn und Nachfolger dieses großen Fürsten bewilligte den Ständen auf dem Reichstage zu Piotrkow (1550) ausdrücklich, daß in Hinkunft niemand zum König von Pohlen gekrönt werden dürfe, der

34) Cromerus S. 400. Neugebauer S. 540. 541.

35) Const. Vol. I. p. 485.

nicht vorher von den Ständen, ihren Freyheiten und Privilegien gemäß, gewählt werden würde. ³⁶⁾ Nach Sigmund Augusts Tode bediente sich die Nation vollständig ihres Wahlrechts; es wurde ein ausgedehnter Wahlvertrag (*pacta conventa*) für den neugewählten König Heinrich von Valois entworfen, und der König mußte den Ständen außer der Bestätigung aller ihrer vorigen Rechte, in einem eigends ausgefertigten Freyheitsbriefe (1573) vorzüglich folgende Freyheiten bewilligen: 1) Soll der König bey seinen Lebzeiten nicht auf die Wahl eines Nachfolgers denken, noch der Nation irgend einen in Vorschlag bringen. (Dieses war der Grundstein zu den, Pohlen so schädlichen Zwischenreichen, die so viele Übel der Nation zuzogen.) ³⁷⁾ 2.) Soll er ohne Wissen des Senats weder Gesandte schicken, noch auch von andern Höfen welche annehmen. 3) Soll der König besorgt seyn, auf den Reichstagen die Einigkeit der Stimmen zu erhalten, und jenen Räthen größern Beyfall geben, deren Vorschläge sich mehr auf die Rechte und Freyheiten der

³⁶⁾ Conf. Vol. II. p. 593.

³⁷⁾ Histoire des dietes de Pologne pour les elections des rois. par M. de la Bizardiere à Paris 1697. o Bezkrolewisch w. Polaszczu, w. Warszawie 1790.

Nation gründen. 4) Sollen bey jedem Reichstage 16 Senatoren gewählt werden, die immer um den König seyn, und auf die Handhabung der Freyheiten der Stände und Beobachtung der Reichsgesetze Acht haben sollen. 5) Soll den Edelleuten auch der Bergbau, und auf ihren Gütern, wo Salzquellen sind, die Salziederey ganz frey stehen. 6) Sollen die erledigten Bedienungen, Würden, und königlichen Güter nur an Pohlen, nicht aber an Ausländer verliehen werden können. 38) Endlich ward dem Eide, in welchem Heinrich die Rechte der Nation und den Wahlvertrag beschwor, die kommissorische Klausel beygefügt, in welcher der König seine Unterthanen ihres Gehorsams gegen ihn loszählte, wenn er den Wahlvertrag, und die ihnen ertheilten Freyheiten verletzen sollte. 39) Diese Punkte mußte König Stephan Bathory, Heinrichs Nachfolger (1576) ebenfalls bewilligen, so wie auch die kommissorische Klausel dem Eide, den er leistete, ebenfalls einverleibt war. 40) Indessen ist doch die Ordnung, wie bey den Königswahlen vorzugehen, noch durch kein Reichsgesetz bestimmt worden, welches als die Hauptursache

38) Const. Vol. II. S. 917.

39) Ebend. --- S. 863 --- 864.

40) Const. Vol. II. S. 917.

der vielen Unruhen und Unordnungen bey den Wahlreichstagen betrachtet werden muß, besonders, da es jedem Edelmann (1573) gestattet wurde, persönlich bey der Wahl erscheinen zu dürfen. Stephans heiliger Eifer für die Gerechtigkeit, mit dem er, da die Mordthaten überhand nahmen, unnachsichtlich und strenge gegen die Mörder verfuhr, war die erste Veranlassung dazu, daß er, als der Adel hierüber laut zu klagen anfieng, dem Ritterstande alle Gerichtsbarkeit übertrug, und im Jahre (1578) ⁴¹⁾ ein höchstes Tribunal in letzter Instanz aus deputirten Richtern des Adels errichtete, nachdem er sich nur die fiskal- und peinlichen Prozesse, und die Rechtsangelegenheiten der k. Städte vorbehalten hatte. Die Richter dieses Tribunals wurden aus jeder Woywodschaft alle Jahre gewählt, und können, da ihr Richteramt mit Ende des Jahres aufhört, nur erst nach 4 Jahren wieder zu Richtern gewählt werden; es wäre dann, sie würden einstimmig von allen Adelichen der Woywodschaft in ihrem Richteramte bestätigt. Drey Jahre darnach erhielten die Litthauer ein ähnliches Tribunal.

Stephans Nachfolger, Sigmund der III erklärte sich (1588) daß er ohne Beystimmung der an seiner Seite befindlichen Senatoren

41) Const. Vol. II. p. 962.

keine Bündnisse schliessen wolle, 42) und da unter dem Vorwande, als ob der König den Wahlvertrag übertreten, und die Rechte der Nation gekränket hätte, ihm mehrere Missvergnügte den Gehorsam entzogen, und Konföderationen gemacht hatten: so ward (1609) die kommissorische Klaufel dahin erklärt, der König solle nur dann des Reichs verlustig seyn, wenn eine Parthey gegründete Beschwerden wegen verletzter Reichsgrundgesetze gegen den König bey dem Reichstage angebracht, und der König diese Beschwerden auf drey, auch viermaliges Erinnern und Ermahnen des Senats nicht gehoben haben würde. Wer ihm auf eine andere Art den Gehorsam entziehen würde, soll durch die Stände (mit Ausschluss des Königs) vor dem Reichstag gerichtet werden. 43) Uladislaus der IV Sigmunds Nachfolger mußte (1632) in dem Wahlvertrage unter andern versprechen, daß er ohne Wissen und Einwilligung der Stände keinen Angriffskrieg führen, keine fremde Kriegsvölker ins Land ziehen, ohne ihrem Rath sich nicht verehligen, endlich auch die Abgabe Poradlne ganz aufheben wolle, statt dessen die Starosten die Quarte, das ist, den vierten Theil ihrer Einkünfte entrichten sollten. 44) Eben dasselbe mußte der unglückli-

42) Const. Vol. II. p. 1208.

43) Const. Vol. II. p. 1660.

44) Const. Vol. III. p. 765.

che König Johann Kasimir (1648) im Wahlvertrage angeloben.⁴⁵⁾

§. 7.

Schluss der zweyten Epoche.

Bey dem Schlusse dieser Epoche, die die glänzendste in den Jahrbüchern der Republick ist, muß ich anführen, daß die Könige während der Mehrheit, ja auch sogar noch während der Minorität der Stimmen auf den Reichstagen dennoch noch immer im Stande waren, zur Erweiterung des Reichs, und Vermehrung des Ansehens der Nation zu wirken. Unter Uladislaus II Jagello, ward Litthauen mit der Krone vereinigt, und von seinem Bruder Witold durch große Eroberungen gegen Rußland erweitert, der Fürst der Wallachey genöthiget, pohnische Oberherrschaft zu erkennen, auch Zips in Ungarn vom Kaiser Sigmund pfandweise an die Krone gebracht.

Unter Kasimir dem IV unterwarf sich das von den Kreutzherren bedrückte Preussen freiwillig der Krone, so, daß Westpreussen dem König von Pohlen im Frieden von 1466 abgetreten ward, Ostpreussen aber den d. O. Rittern als ein Lehen von Pohlen blieb. Sigmund der I machte 1515 zu Wien ein Bündniß mit dem hohen Erzhaufe Österreich, wel-

⁴⁵⁾ Const. Vol. IV. p. 193.

ches, von seinen Nachfolgern erneuert, von so guten Folgen für Pohlen und Österreich war. Unter diesem großen Könige fiel auch Masovien nach Erlöschung des herzoglich Piaftischen Mannstammes an die Krone. Unter Sigmund August unterwarfen 1561 die von den Russischen Waffen gedrängten Schwerdtträger Liefland der Krone, so daß sich der Großmeister des Ordens, Gotthard Kettler, nur den Theil Lieflands zur Rechten des Dünaflusses, unter dem Titel des Herzogthums Kurland und Semigallen, als ein pohlisches Mannlehen vorbehielt. Unter diesem Fürsten ward auch Litthauen auf dem Reichstage zu Lublin (1569) vollkommen mit Pohlen vereinigt. Stephan Bathory verband die Kosacken mit der Krone, gab ihnen das Recht sich einen Heerführer wählen zu dürfen, und räumte ihnen an den Gränzen einen Strich Landes ein, den sie gegen die Einfälle der Tartaren und Türken decken sollten. Dieser ruhmwürdige Fürst bekriegte die Russen wegen ihrer Einfälle in Liefland, nahm ihnen die wichtigsten Festungen weg, und trieb sie in drey Feldzügen so in die Enge, daß der Czar Iwan der II. Wasiliewitsch die Vermittlung Pabst Gregors des XIII mit dem Versprechen, die katholische Religion annehmen zu wollen, suchen, und in dem durch den päpstlichen Legaten Possevin bewirkten zehnjährigen Stillstande, alle seine

Eroberungen in Liefland an Pohlen abtreten mußte. Nach Iwans Tode machte dieser König den Entwurf, Rußland mit Pohlen zu vereinigen, hatte schon deshalb 1586 einen Reichstag ausgeschieden, und nur sein unvermutheter Tod rettete Rußland. 46)

Sigmund der III, Bathorys Nachfolger, benützt die Unruhen, die in Rußland durch die falschen Dimitri's entstanden waren, nimmt den Russen die Provinzen Smolensk, Severien, und Czerniechow weg, sein Feldherr Zolkiewski dringt bis Moskau vor, welches er belagert, erobert, und die Russen bewegt, den Sohn Sigmunds, Uladislaus zum Czar zu erwählen; weil aber Sigmund diesen günstigen Zeitpunkt nicht nützt, seinen Feldherrn nicht unterstützt, so werden die Pohlen wieder aus Moskau vertrieben, und statt des Uladislaus der junge Michael Federowitsch Romanow zum Czar gewählt, die andern eroberten Provinzen aber, behält Sigmund in dem 1618 zu Diwilina geschlossenen Stillstande. Gustaph Adolph, der Liefland und den größten Theil des pohnischen Preussen erobert hatte, wird mit dem Beystand der Hilfstuppen Österreichs, mit welchem der König im Jahre 1613 das vorige Bündniß Sigmunds

46) Heydensteinii de bello moscovitico Comment lib. VI. Chronolog. Auszug S. 158.

Erneuert hatte *) im Stummer Walde 1629 geschlagen; allein in dem, zwischen Schweden und Pohlen in eben diesem Jahre gemachten Stillstande, behalten die Schweden dennoch Liefland bis an die Düna, und verschiedene Städte in Preussen. Uladislaus der IV zwang die Russen, die ihn noch vor dem Ausgang des Dwilliner Stillstandes angegriffen hatten, durch den glücklichen Fortgang seiner Waffen, und sein Anrücken gegen Moskau zu den vortheilhaften Frieden bey Wiasma, (1634) vermöge, welchem die Gebiete und Städte Smolensk; Severien, Czerniechow, Drohobus, Biala, Rosslau, Starodub u. s. w. auf ewig an Pohlen abgetreten werden, Uladislaus seinen Rechten auf Rußland, der Czar aber dem Titel eines Herzogs von Smolensk, und Czerniechow, und seinen Ansprüchen auf Liefland, Esthland und Kurland entsaget. Im Stillstande mit Schweden (1635) gab Schweden seine Eroberungen in Preussen zurück, und behielt die in Liefland bis an die Düna. Dieses war der glänzende Zeitpunkt, von welchem wir Pohlen in der folgenden Epoche, durch die ungeheuren Fehler seiner Regierungsform allmählig herabfinken sehen werden.

*) Const Vol. III. S. 209.

Dritte Epoche. Von der Regierung Johann Kasimirs bis auf den 3. May 1791.

Die Kosacken, welche, weil man ihnen ihre Privilegien antastete, und sie sonst despotisch behandelte, schon unter der Regierung Uladislai IV Unruhen zu erregen anfiengen, verwüsteten Pokuzien, und Rothrussland, und gaben Ursache zu jenem so sonderbaren als schädlichen freyen Veto, von welchem man sonst in Europa kein Beyspiel hat, und welches eingeführt worden ist, um den Verfall Pohlens zu befördern. In der gefährlichen dringenden Lage, in der sich Pohlen damals befand, ward 1652 ein Reichstag ausgeschrieben, um die Mittel ausfindig zu machen, die Kosacken wieder in Ruhe bringen, und sich dadurch dieser gefährlichen Feinde zu entledigen; allein umsonst! dieser Reichstag ward durch den Widerspruch eines einzigen Landboten, des Sicinski, Abgeordneten des Upitzischen Distrikts in Litthauen, zerrissen; viele Stände wollten man sollte den Reichstag demungeachtet fortsetzen; allein die meisten, welchen die Macht eines einzigen Edelmanns, mit welcher er die Schlüsse der ganzen Nation unwirksam machen konnte, schmeichelte, behaupteten; der freye Widerspruch, oder das sogenannte Veto eines einzigen Land-

boten sey der Augapfel der Freyheit; der Reichstag gieng ohne Erfolg auseinander, und der Staat ward seinen Feinden, und allem Elende, welches dieses schädliche Veto über ihn brachte, preisgegeben. 47) Ein jeder Denker wird das fehlerhafte dieser Einrichtung leicht einsehen. Bey Berathschlagungen besonders zahlreicherer politischer Gesellschaften, die Einstimmigkeit aller Stimmengeber fordern, heisst wollen, dass nie oder wenigstens nur äusserst selten, ein in Berathschlagung gezogener Gegenstand entschieden werde. Der Beytritt zu einem der Berathschlagung unterworfenen Vorschlage, hängt von der Überzeugung des Stimmengebers, die er von dessen Nutzbarkeit hat, und von seinem guten Willen ab. Ist aber, ich frage jeden Menschenkenner! diese Überzeugung bey allen Gliedern einer zahlreichen Reichsversammlung zu bewirken? — Sie ist ein Werk des Verstandes, der Urtheilskraft, der Sachkenntniss, der Einsicht des wahren Staatsinteresse, welche, wie niemand läugnen wird, bey verschiedenen Köpfen, und bey so ungleichen grösseren oder geringeren Fähigkeiten und Einsichten, natürlich ganz verschieden seyn müssen; wie ist also bey so ungleicher Überzeugung ein allgemeiner Beytritt zu einer und eben derselben

47) Chronolog. Auszug. S. 218.

Meinung zu erwarten? — Heißt das nicht unmögliche Dinge fordern? Die oft sehr verwickelten, und nicht jedem Stimmengabe genau bekannten Umstände des Staates, machen nicht selten eine Einrichtung nützlich, die auch ein guter Kopf, wenn er diese Lage nicht kennt, für fehlerhaft halten wird. Wie kann man also in diesem Falle die Beystimmung eines Mannes von schwächeren Geistesgaben erwarten? — Überdies giebt es ja so wenig Vorschläge in Staatsfachen, deren Zweckmäßigkeit gleich beym ersten Blick in die Augen fiel; wer wird sich also wundern, wenn sie bey der kurzen Zeit, die für die Abhaltung der Reichstäge festgesetzt ist, nicht durchdacht, und also nicht angenommen werden? — Endlich gesetzt auch, was aber selten möglich seyn wird, es hätten alle Stimmengabe die vollkommenste Überzeugung von dem Nutzen einer Einrichtung; werden sie dieser Überzeugung folgen, wenn ihnen das so mannichfaltige Privatinteresse eines jeden insbesondere, oder das Interesse einer fremden Macht, für die sie erkaufte sind, das Gegentheil befiehlt? — Da der Widerspruch einem einzigem gestattet war: so war es ja bey der großen Menge schlechtdenkender, eigennütziger Menschen, die es immer in der Welt giebt, ganz natürlich, daß sich immer unter so vielen Landboten wenigstens einer finden wird,

der kühn genug ist, die Reichstagsversammlung abubrechen. 48) Ist es nicht offenbar, daß dieses freye Veto, welches von so manchen Schwachköpfen als das Palladium der pohlischen Freyheit betrachtet wird, nichts anders als eine, einem einzigen oft unverständigen einsichtsleeren, am öftesten aber verkauften, von den Feinden des Staats gemietheten Landboten ertheilte zügellose Erlaubniß ist, die weisesten Vorschläge wahrer Patrioten zu hindern: und gleich in der Geburt zu ersticken. Kann also dieses Veto etwas anders, als die Freyheit dem Staate zu

48) Die Geschichte sagt uns, daß der Reichstag vom Jahr 1669 durch den Unterrichter von Kiow Olizar, für die geringe Summe von 600 pohlischen Gulden zerrissen wurde. Wagners Geschichte von Pohlen. I. Thl. S. 757. Der Zusammenberufungsreichstag vom Jahr 1696 ward von den Landboten von Czerniechow Horodensky für 600 deutsche Thaler vernichtet. Chronol. Auszug S. 288. Ja der Reichstag vom Jahre 1683, in welchem das Bündniß mit dem Hause Oesterreich beschlossen, und genehmiget worden war, bestand nur deshalb, weil ein von Frankreich erkaufte Landbote, der den Reichstag zu zerreißen versprochen hatte, sich kurz vor der letzten Versammlung desselben absichtlich so gut zutrinken liefs, daß er in einen Schlaf verfiel, aus welchem er erst nach dem Beschlusse des Reichstages erwachte.

schaden seyn? — Wer wird sich über den Verfall des Staates wundern, wenn er sieht, daß dieser Zügellosigkeit wegen, seit hundert vierzig Jahren nichts gutes mehr für Pohlen bewirkt werden konnte. Ich übertreibe nicht! Die Darstellung der schrecklichen Folgen, die diese so verdorbene Einrichtung hervorgebracht hat, mag dieses beweisen.

Wir haben aus den vorhergehenden gesehen, daß der Reichstag alle Majestätsrechte, insbesondere; die gesetzgebende Macht, das Recht Auflagen zu heben, das Recht des Krieges und Friedens, das Recht Bündnisse zu schließen, und Gesandte in wichtigen Fällen zu schicken und anzunehmen, an sich gerissen, und dem Adel die Gerichtsbarkeit, dem Könige aber bloß allein das noch dazu beschränkte Recht, Ämter zu vergeben blieb. Da nun unter dem König Kasimir 7 Reichstage, unter Michael Korybuth 4, unter Johann Sobiesky 6, endlich unter beyden Augusten 30 Reichstage zerrissen worden sind; folglich die gesetzgebende Macht, ohne welcher doch kein Reich bestehen kann, außer aller Thätigkeit war, da bey zerrissenen Reichstagen es den Königen unmöglich war, durch Auflagen (die der Reichstag allein bewilligen konnte) Geld zu den nöthigsten Staatsbedürfnissen zu erhalten, sie folglich nichts zum inneren Besten und zur wirksamen Ver-

theidigung der Republick von außen unternehmen konnten, und alle Theile dieses großen Staatskörpers in einer gänzlichen Unthätigkeit sich befanden, so wird man sich nicht mehr über die Beschränkung der Gränzen dieses großen, ehemals blühenden Reichs wundern; die die Könige der zweyten Epoche mit so vielem Ruhme erweitert hatten; auch die endliche Auflösung dieses so sehr herabgesunkenen Reichs wird kein Staunen mehr erregen. Die Kosacken unterwarfen sich, aller Bemühungen Pohls ungeachtet, dem Czar Alexei, von welchem ihr Anführer Chmielnitzky (1654) die Ukräne als ein Lehen von Rußland, und die Bestätigung seiner Feldherrnwürde erhielt. 49) Hiedurch wurde Pohlen in der Folge unendlich geschwächt, weil es an ihnen eine Vormauer gegen die Türken und Tartaren verlor.

Der durch den König gereizte, und von dem verwiesenen Kronunterkanzler Radziejowsky angefeuerte Karl Gustav, König von Schweden, überfchwemmte, (1655) weil Johann Kasimir gegen die Abdankung der Königin Christina protestirt hatte, wie ein reisender Strom ganz Pohlen, nahm Warschau, endlich auch Krakau weg, und nöthigte den König, nach Kleinlogau in Schlesien zu flie-

49) Chronol. Auszug S. 221.

hen. Die Russen, nachdem sie Smolensk und Czerniechow erobert hatten, verheerten ganz Litthauen, und nahmen Wilna, Minsk, Kiow und andere Städte weg. Die mit ihnen vereinigten Kosacken fielen von der andern Seite in Rothreussen ein, belagerten Lemberg vergeblich, verwüsteten aber Lublin. Die Pohlen waren jedoch so patriotisch gesinnt, daß auf dem Reichstage, den Karl Gustav nach Warschau ausschrieb, niemand erschien, und noch in eben diesem Jahre (1655) die Konföderation ⁵⁰⁾ zu Tyszowiec errichtet wurde,

50) Konföderation wird in zweyerley Sinne genommen; denn 1. erhalten die Verhandlungen der Stände während dem Zwischenreiche in dem Zusammenberufungsreichstage den Namen der Konföderation, weil sich die Stände in der Konföderationsakte verbinden, alles dasjenige genau in Erfüllung zu bringen, was beschlossen worden. Lengnich Jus publ. Tom. I. p. 78. 2. Wenn der König oder die Republick in einer grossen Gefahr sich befindet, welche bey dem Reichstage nicht gehoben, oder wegen Uneinigkeit oder Zerreißung des Reichstages nicht entfernt werden kann, und sich die Stände schriftlich zum Wohl des Königs und der Republick verbinden, und ihre Kräfte vereinigen, so wird diese Art von Verbindung, bey weleher alle Verhandlungen durch die Mehrheit der Stimmen entschieden werden, Konföderation genennet; allein,

in welcher sich die Stände zu Rettung ihres Königs, und ihrer Freyheit gegen die Schweden verbanden. Diese durch ein thätiges Bestreben zur Rettung des Staates sich auszeichnende Konföderation bewog den König nach Pohlen zurückzugehen, den König von Schweden und seinen Verbündeten den Churfürsten von Brandenburg (1656) (der nebst dem, daß er die Lehenshochheit Schwedens über das kurfürstliche Preussen anerkannte, vom Könige Karl Ermeland, und die Zusicherung der Abtretung der eroberten Woywodschaften Posen, Kalisch, Lenczicz, Sieradz und des Wieluner Distrikts erhielt,) zurückzudrängen, seine Residenz Warschau mit 60000 Mann zu belagern, und mit der von den Schweden in ganz Pohlen gemachten Beute zu erobern. Diese Eroberung konnte der König aber nicht lange behalten, weil die meisten Edelleute, alles Zuredens ungeachtet, hierauf nach Hause gekehret waren, ihren König also in einem Zeitpunkte, wo er gerade ihre Hülfe zu Behauptung der errungenen Vortheile am nö-

da diese letzte Art von Konföderation durch kein Gesetz bestimmt, oder authorisirt ist, Lengnich Tom. II. S. 390, so ist es gar nicht zu verwundern, daß sie oft von den Feinden des Königs und des Staats, die um ihren Aufruhr zu rechtfertigen, sich ebenfalls den Namen Konföderirte gaben, mißbraucht wurde.

thigsten hatte, blos mit den litthauischen Truppen im Stiche ließen; und Warschau fiel nach einem dreytägigen blutigen Gefechte wieder in die Hände des Königs von Schweden. In dieser kritischen Lage suchte Kasimir die Vermittlung Kaiser Ferdinand III an, der auch durch seine Gesandten mit den Russen einen Waffenstillstand zu Niemiez bewirkte, und noch in eben diesem 1656 Jahre mit der Republick Pohlen einen Allianztraktat machte, in welchem der Kaiser, nachdem die Pohlen versprochen hatten, nach dem Tode Kasimirs einen König aus dem österreichischen Hause zu wählen, ihnen 16,000 Mann Hilfstruppen zusagte. Als im folgenden Jahre den 17 May 1657 nach Ferdinands Tode von seinem Nachfolger Leopold I diese Allianz bestätigt wurde: 51) so rückten auch die österreichischen Truppen unter dem Kommando des k. Feldmarschalls Grafen von Hatzfeld in Pohlen ein. Vor der Ankunft des österreichischen Heeres hatte der Fürst von Siebenbürgen Georg Ragotzy, der vom König von Schweden aufgefordert, mit einem Heer von 50000 Mann in Pohlen einmarschiert war, dieses Land auf eine erniedrigende Art verlassen müssen. Es wurde ein, auch nach dem Kriege fortzudauern habendes Vertheidigungsbündniß zwischen

51) Lengnich-Hist. Polona S. 196.

Pohlen und Dänemark geschlossen, und auf Vermittlung des Kaisers kam 1657 mit dem Churfürsten zu Brandenburg ein Traktat zu Welau, den die Umstände nöthig machten, zu Stande, kraft welchem der Churfürst von der Lehensverbindung frey, aber ein immerwährender Bundsgenosse Pohlens seyn sollte. In dem, in eben diesem Jahre geschlossenen Bromberger Verträge erhielt der Churfürst die Distrikte Lauenburg und Bütow zu Lehen, und das Pfandrecht auf Elbingen. Indessen hatte Graf Hatzfeld mit den braven österreichischen Truppen Krakau belagert, und erobert, und sich im folgenden 1658 Jahre Thorns bemeistert. ⁵²⁾

In dem (1660) zu Oliva mit Schweden geschlossenen Frieden, entsagte Kasimir dem

⁵²⁾ Wer sieht hier nicht, wie viele Verbindlichkeiten Pohlen dem allerdurchlauchtigsten Erzhaufe Oesterreich schuldig ist, welches die Verträge immer aufs genaueste erfüllte, Pohlen von der Uebermacht und dem Joche Schwedens befreyte, den Stillstand mit Rußland und den Frieden mit dem Churfürsten von Brandenburg zu Stande brachte! Da im Jahre 1683 Wien mit Hilfe pohnischer Truppen entsetzt wurde, welches den Oesterreichern so vielfältig von Pohlen vorgeworfen wird; so that Pohlen nichts, als dafs es den nützlichen Beystand erwiederte, den ihm Oesterreich so oft, und so willig geleistet hatte.

Titel eines Königs von Schweden, und die Republick Pohlen leistete auf Liefland (einen kleinen Theil ausgenommen) und Esthland Verzicht. Da der durch den Abfall der Kosacken aufgebrachte Czar (1659) den Krieg mit Pohlen erneuert hatte: so währte derselbe bis 1667 mit abwechselndem Glücke fort, wo in dem auf 13 Jahre gemachten Stillstande zu Andruszow: an Rußland, Smolensk, Severien Czerniechow und die Ukräne, jenseits des Dniepers auf immer, Kiow aber auf 2 Jahre gegen Vergütung abgetreten, und sich wechselseitige Hilfe gegen die Tartaren und Türken zugesichert ward.

§. 9.

Fortsetzung dieses Zeitraums. Regierung Michael Korybuths, Johann Sobieskis, und der beyden Auguste.

Nach Johann Kasimirs Abdankung, ward bey dem Konvokationsreichstage (1669) ein Gesetz gemacht, welches den Königen verbietet; der Krone zu entsagen. Unter dem hierauf erwählten Könige Michael Korybuth Wisniowiecki verlangten die Türken 1671 die Abtretung aller Rechte Pohlens an die Ukräne, und die Oberherrschaft über die Kosacken, derselben Bewohner. Mahomet der IV rückte (1672) in die Ukräne ein, verheert, nachdem er Kamieniec erobert hatte, Rothreußen,

belagert Lemberg (welches aber sich mit Golde von der Belagerung losmachte) und zwang die Republick zu einem schimpflichen Frieden, durch welchen sie der Pforte Kamieniec und Podolien, und den Kosacken die Ukräne unter der Oberherrschaft der Pforte abtretten, und versprechen mußte, dem Sultan einen Tribut von jährlichen 22000 Dukaten zu bezahlen. Diese 22000 Dukaten wurden nicht gezahlt, weil die Türken selbst davon abstanden ⁵³⁾ Der Krongroßfeldherr Johann Sobieski rächte an dem Tage, nach dem Tode des unglücklichen, von seinen Mitbürgern gekränkten Königs Michael, die Schande dieses Traktats durch die Schlacht bey Chotzim und Eroberung dieser Festung, und bahnte sich dadurch den Weg zum Throne, dessen er sich so würdig zeigte.

Sobieski setzte als König den Krieg gegen die Türken mit vielem Glücke fort, trieb die Feinde aus Rothreußen, Podolien und der Ukräne bis in die Moldau, und hielt sie (1676) obgleich er sich in seinem Lager bey Zurawno nicht besser, als hernach Peter der Große bey Hufz an dem Pruth befand, doch so zurück, daß sie sich in dem gemachten Frieden mit Kaminiec und dem Stücke der Ukräne jenseits des Dniepers begnügen mußten. In dem auf

⁵³⁾ Chronolog. Auszug. S. 256.

dem Reichstage zu Warschau den 31 März 1683 mit dem Kaiser Leopold I zu Stande gekommenen Bündnisse, versprachen sich beyde Fürsten vollkommene Unterstützung gegen die Türken, und die Vereinigung der ganzen Macht der Alliirten wenn Wien oder Krakau von ihnen belagert werden sollte. In eben diesem Jahre befreyte Sobieski Wien. Allein da die meisten Reichstage unter diesem grossen Könige zerrissen wurden, es also, weil ohne dem Reichstage keine Abgaben eingehoben werden konnten, an dem nöthigen Gelde zu Bestreitung der Kriegskosten gebrach, und der König oft das Geld aus seinem eigenem Privatvermögen vorschiessen mußte; so war der Sieger bey Chotzim, der Retter Wiens, ungeachtet des Beystandes der Russen, welchen er im Jahre 1686 in einem ewigen Frieden Kiow abtrat, nicht im Stande Kaminiec und Podolien den Türken zu entreissen. Die vielen Unannehmlichkeiten, die dieser edle König bey Gelegenheit der Vermählung seines Sohnes Jakob, und sonst gegen das Ende seiner Regierung von dem Adel erfahren mußte, gaben einen neuen Beweis, wie wenig die Menschen grosse Fürsten bey ihren Lebzeiten zu schätzen wissen, die sie doch nach ihrem Tode der Unsterblichkeit Werth halten.

August der II, Sobieskis nach vielen Uneinigkeiten und Spaltungen gewählter Nach-

folger zwang die Türken nach einem Feldzuge, bey welchem er in Person kommandirte im Frieden zu Karlowitz (1699) Kaminiec und alle Plätze zurückzugeben, die sie in Podolien und der Ukräne unter dem König Michael erobert hatten, und der Oberherrschaft über die Kosacken zu entsagen. August als ein tapferer feuriger Prinz darauf bedacht, die so sehr verengten Gränzen seines Reichs wieder zu erweitern, und die von Pohlen abgerissenen Provinzen wieder mit der Krone zu verknüpfen, vereinigte sich (1700) mit Dänemark und Rußland gegen Schweden in der Absicht Liefland wieder zu erobern, war aber so unglücklich, daß das durch häusliche Zwistigkeiten zerrüttete Pohlen vom König Karl XII so wie es vormals unter Johann Kasimir vom König Karl Gustav geschah, überschwemmet wurde, Karl XII auf die Absetzung Augusts und Wahl des Stanislaus Leszcynski drang, (1704) und diesen unglücklichen König, nachdem er auch seine Kurlande erobert hatte, im Frieden zu Altranstädt (1706) zum Verzicht auf die Krone nöthigte. Ob nun gleich sowohl die Wahl Königs Leszcynski wegen dem Gesetze, welches verbietet, bey Lebzeiten eines Königs einen Nachfolger zu wählen, als auch die Abdankung Augusts, weil es vermög der Konstitution 1669 einem Könige verboten ist, der Krone zu entsagen, gänzlich ungültig war: so konnte Au-

gust doch erst 1709 nach der vom Peter dem Großen gegen Karl XII gewonnenen Schlacht bey Pultawa seinen Gegenkönig vertreiben, und mit Russischer Hilfe wieder zum Besitze des Reiches gelangen. Auf dem Reichstage zu Warschau (1712) wurde bestimmt, daß die zur Sicherheit der Nation angewandten sächsischen Truppen noch immer im Lande unterhalten werden sollten; von dem Czar sollte man aber die Entfernung seiner Truppen durch Abgeordnete ansuchen. Damit dieser Reichstag nicht so, wie viele andere zerrissen würde, wurde er (ein Mittel welches man zum Bestand der Reichstage ausgedacht hatte) limitirt ⁵⁴⁾ das ist, die weiteren Verhandlungen auf den nächsten Reichstag ausgesetzt, und beschlossen, daß die Entschlüsse dieses Reichstages gesetzliche Kraft haben sollen. ⁵⁵⁾ Da aber die Pohlen die sächsischen Truppen, deren Nutzbarkeit sie doch auf dem Reichstage (1712) selbst anerkannt hatten, als gefährlich für ihre Freyheit ansahen, so wurde (1715) von den Mißvergnügten eine Konföderation zu Tarnograd gegen sie errichtet, um

54) Diese Limitirung ist ein äußerst unzulängliches Mittel zum Bestand der Reichstage, weil, da das Veto nicht abgeschafft ist, immer die andere Hälfte des Reichstages zerrissen wurde.

55) Const. Vol. VI, S. 223.

sie aus dem Lande zu vertreiben. Diese Konföderation dauerte unter den größten Verwirrungen bis 1717 fort, wo, als der König auf den Pacificationsreichstage versprach, die sächsischen Truppen aus dem Lande zu ziehen, die Tarnogroder Konföderation aufgehoben, und durch ein Reichsgesetz verboten wurde, in Hinkunft Konföderationen zu machen.⁵⁶⁾ Auf dem Reichstage 1718 ward dem der reformirten Religion zugethanenen Landbothen von Wielun Piotrowski das Recht seine Stimme zu geben freitig gemacht, obgleich kein ausdrückliches Gesetz vorhanden war, welches die Diffidenten (unter welcher Benennung nach den Reichsgesetzen die Augspurgischen und Helvetischen Religionsverwandten, und die nicht unirten Griechen verstanden werden) vom Senate ausschloß, sondern sie vielmehr immer bis auf diesen Zeitpunkt auf dem Reichstage das Stimmenrecht ausübten *) und August der II im Wahlvertrage (in welchem er so wie seine Vorgänger den Diffidenten den Religionsfrieden zusicherte) sie zu Senatorenwürde und Starosteyen mit Jurisdiktion fähig erklärte, und davon nur die Mennoniten, Wiedertäufer, Quäcker und

⁵⁶⁾ Conf. Vol. VI. S. 244.

*) Lengnich, Jus publ. T. I. p. 290.

Arianer ausgenommen hatte. 57) Obschon die Nation durch die 68 Jahre den Verfall, in welchen das Reich seit Einführung des freyen Veto gerieth, den Verlust so vieler Provinzen in Erwägung hätte ziehen sollen: so gieng doch der blinde und falsche Freyheitseifer so weit, daß auf eben diesem Reichstage das freye Veto auf immer bestättiget wurde. 58) Auf dem Reichstag vom Jahre 1726 liefs man eine grausame Strafe gegen den Thorner Bürger-

57) Conf. Vol. VI. S. 18. Wenn auch auf dem Reichstage 1661 dem die reformirte Religion bekennenden Landboten Fürsten Boguslaus Radziwill, das Stimmenrecht von einigen fanatischen Mitgliedern streitig gemacht wurde; so wurde es doch von dem Könige (weil Sigmund August in seinem 1563 gegebenen Privilegio die Dissidenten zu allen wichtigen Ämtern und Würden für fähig erklärt hatte) und dem grössten Theile der Reichstagsmitglieder ihnen zugestanden; es find also sowohl der in den Reichstagsakten vom Jahre 1717 eingeschaltete Artikel des Traktats 1716. Conf. Vol. VI. p. 242, welcher den Dissidenten nur ohne Nachtheil der katholischen, königliche Gnadenverleihungen zuläfst, als der Schritt vom Jahre 1718 durch welchen Piotrowsky ausgeschlossen wurde, für nichts anders als für drückende Beeinträchtigungen der auf so viele Gesetze sich gründenden Rechte der Dissidenten anzusehen.

58) Conf. Vol. VI. S. 394.

meister und einige dissidentische Bürger wegen einem bey einer Prozession gegen die Jesuiterschüler vorgefallenen Auflaufe, durch das Assessorialgericht verhängen, und auf dem Reichstage vom Jahre 1726 ward alle Limitirung der Reichstage in Hinkunft aufgehoben. ⁵⁹⁾

Während dem, nach dem Tode August des II erfolgten Zwischenreiche ward in der Konföderationsakte vom Jahre 1733 das Gesetz gemacht, welches die Dissidenten zu Landboten, und Richterstellen für unfähig erklärte, dieses Gesetz wurde von August den III welcher nach Verdrängung seines Gegners des Königs Stanislaus Leszcynski den polnischen Thron mit Hilfe Russlands bestiegen hatte, auf dem Pacificationsreichstage vom Jahre 1736 (dem einzigen Reichstage, der unter seiner Regierung zu Stande kam) ausdrücklich bekräftiget ⁶⁰⁾ und sich auch ausbedungen, daß unter keinem Vorwande sächsische Truppen ins Land gezogen werden sollen. Unter diesem Könige wurden wegen dem freyen Veto alle Reichstage außer dem vom Jahre 1736 zerrissen, die gesetzgebende Macht blieb ganz unthätig, die Senatuskonsilia, die der König nach zerrissenen Reichstagen mit den Senatoren hielt, (bey welchen nach der Mehrheit

59) Ibid. Seite 404.

60) Const. Vol. VI. S. 656. IV Const. Vol. VI (82)

der Stimmen entschieden wurde) konnten den Mangel der Reichstagsversammlungen nicht ersetzen, weil in selben nur minder wichtige Sachen, aber keine Gegenstände, die der Reichstagsversammlung vorbehalten sind, oder den durch die Reichsstände gemachten Gesetzen entgegen wären, verhandelt, keine neue Lasten oder Abgaben auferlegt werden durften⁶¹⁾; es war also unter der Regierung dieses Fürstens das von äusseren Feinden nicht beunruhigte Pohlen, von innen der abscheulichsten Anarchie Preis gegeben. Die Grossen des Königreichs, die eine beträchtliche Anzahl von Haustruppen, (wovon einige 4—6000 Mann hatten,) unterhielten, stellten auf ihren Gütern eben so viele Könige vor, die Zwistigkeiten, die sie untereinander hatten, die oft in blutige Thätigkeiten ausarteten, liessen nicht selten den Ausbruch eines bürgerlichen Krieges besorgen, der um so schwerer zu dämpfen gewesen wäre, weil die Kronarmee, die der König ihnen hätte entgegen setzen können, äusserst gering und schwach war, und den vereinten Kräften der Haustruppen dieser Grossen, die mit einer zahlreichen Artillerie und allen übrigen Kriegsbedürfnissen bis zum Überflusse versehen waren, gewiss hätte weichen müssen.

61) Gesetz vom Jahre 1662 Vol. IV. S. 836. Vom

Jahre 1717 Vol. VI. S. 294.

I. Th.

Die Gesetze blieben ohne Wirkung, die geringeren Adelichen und Bauern wurden unterdrückt, ihre Güter ihnen von den Großen nach ihrer Willkühr weggenommen, und wenn sie auch deshalb Klage führten, so war es den Schwächeren unmöglich, die Vollziehung der Urtheile zu bewirken, weil die Privatmacht des Verurtheilten viel größer, als die Macht des Staates war, die der König zur Exekution hätte anwenden können. Man mußte nicht oft ein förmliches Treffen gegen die Haustruppen des Geklagten gewinnen, ehe man zur Wiedererstattung seines geraubten Eigenthumes gelangen konnte. 62) Wer dieses nicht konnte, dem blieb nichts als Armuth, Elend und Verzweiflung übrig. Die Großen fanden sich bey den Landbotenwahlen auf den Provinziallandtügen mit Soldaten und Kanonen ein, damit nur solche Landboten erwählet werden durften, die die Reichstäge zerreißen sollten, um die alte Unordnung und Übermacht der Reichen zu erhalten. *) In diesem

62) Diese Thatfachen wird niemand läugnen können. In Litthauen wurde einmal bey einer Exekution auf den abgeordneten Gerichtsdeputirten, die Mannschaft und Bauern, die er zur Hilfe mitgenommen hatte, mit Kettenkugeln gefeuert.

*) Die Schilderung, die einer unserer größten neueren Schriftsteller Raynal Hist. phil. & politique &c. Tom. X. p. 46. von der Staatsverfassung und

Stande war Pohlen, als der hochselige König Stanislaus Augustus, nach dem Tode

dem Zustande Pohlens macht, ist zu wahr, zu treffend, als daß ich sie nicht hierher setzen sollte. „La Pologne (sagt er) qui n'ayant qu'un peuple esclave au dedans, merite de ne trouver au dehors que des oppresseurs, conserve pourtant l'ombre & le nom de liberté. Elle est encore aujourd'hui ce qu'étoient tous les états de l'Europe il y a dix siècles, soumise à des grands aristocrates, qui nomment un roi pour en faire l'instrument de leurs volontés. Chaque noble y tient de son fief, qu'il conserve par son épée comme ses aïeux l'acquirent, une autorité personnelle & héréditaire sur ses vassaux. Le gouvernement feodal y domine dans toute la force de son institution primitive. C'est un empire composé d'autant d'états qu'il y a de terres. Ce n'est point à la pluralité, mais par l'unanimité des suffrages qu'on y fait les loix, qu'on y prend les résolutions. Sur des fausses idées de droit & de perfection, on a supposé qu'une loi n'étoit juste qu'autant qu'elle étoit adoptée d'un consentement unanime, parce qu'on a cru, sans doute, que tous verroient le bien & tous le voudroient: deux choses impossibles dans une assemblée nationale. Mais peut on même prêter des intentions si pures à une poignée des tyrans? Car cette constitution quis' honore du nom de république & qui le profane, qu'est-elle autre chose qu'une ligue de petits despotes contre le peuple? La tout le monde a de la force pour

August III (1763) von Rußland und Preussen unterstützt, den 7. Sept. 1764 den Thron bestieg. Auf dem Zusammenberufungsreichstage zur Wahl, wurde in Rücksicht der Dissidenten festgesetzt, daß die obenerwähnten ihre Rechte so sehr kränkenden Konstitutionen von den Jahren 1717, 1733 und 1736 ihre volle Kraft behalten sollen; und obgleich sich nebst Preussen und Rußland, auch Dänemark und England eifrigst für sie verwendeten, so konnte doch bey dem Krönungsreichstage (1764) bey welchem man das so verfallene Münzwesen wieder herzustellen bemühet war) nichts für sie bewirkt werden,

„empêcher, & personne pour agir. Là, le voeu
 „de chacun peut s'opposer au voeu général, &
 „la seulement, un sot, un mechant, un insensé
 „est sur de prévaloir sur une nation entiere.“
 und weiter unten: „Parcourez ces vastes regi-
 „ons; qu' y verrez-vous? La dignité royale avec
 „le nom de republique; le faste du trône avec
 „l'impuissance de se faire obéir; l'amour outré
 „de l'indépendance avec toutes les bassesses de la
 „servitude; la liberté avec la cupidité; les loix
 „avec l'anarchie; le luxe le plus outré avec la
 „plus grande indigence; un sol fertile avec des
 „campagnes en friche; le goût pour tous les arts
 „sans aucun art. Voilà les contrastes étonnans
 „que vous offrira la Pologne!“ Alles was ich bis-
 her gesagt habe, wird die Wahrheit des Urtheils
 dieses großen Mannes bestättigen.

Auf die Juden wurde eine neue Kopfsteuer gelegt, welcher sie aber dadurch entgingen; dals sie sich zu einer jährlich überhaupt zu entrichtenden beträchtlichen Abgabe verbindlich machten; der Aufenthalt in Warschau wurde nur jenen Juden gestattet, die bey der Schatzkommission Geschäfte hatten ⁶³⁾ Bey dem

63) Die Juden, welche wider die Verfolgungen, die sie vorzüglich in Deutschland im zwölften, dreyzehenden und vierzehenden Jahrhunderte erlitten, eine Freystätte in Pohlen suchten, erhielten von dem Großvater Kasimirs des Großen, Boleslaus den IV im J. 1264 außerordentliche Freyheiten, welche ihnen Kasimir der Große 1343 bekräftigte, König Alexander aber 1505 verwarf. Const. Vol. I. p. 309. Überhaupt können die Juden zu keinen Ämtern gelangen Const. Vol. I. p. 524. noch auch zu Verwaltung oder Pachtung der Zölle, Mäuthe, Salzwerke, öffentlichen Einkünfte und Starosteyen zugelassen werden. Vol. II. p. 691. Vol. V. p. 771. und 820. Vol. VII. p. 207. In den Städten dürfen sie sich nach den mit ihnen gemachten Verträgen aufhalten, und ihren Handel treiben; Vol. II. S. 725. Vol. VII. p. 755, aber den Kristen nicht verkaufen, noch auch Kristen, außer, als Bräu und Fuhrknechte in Dienste nehmen. Vol. V. p. 820. Ferner ist es ihnen auch verboten, Gelder auf Schuldscheine oder auf unbewegliche Güter, bey Verlust des Geborgten zu leihen. Vol. V. f. 77. Im Jahr 1775 endlich wurden die Juden, welche sich mit dem Feldbaue beschäftigen würden, vom Kopf-

Konföderationsreichstage 1766 suchten die von den Höfen zu Petersburg, Berlin, London und Kopenhagen unterstützte Dissidenten die Wiederherstellung ihrer vorigen Rechte, sowohl was die freye Religionsausübung, als auch was die Fähigkeit derselben zu allen Ämtern betrifft, mußten aber Anfangs die Erklärung hören, daß es bey den, in den Jahren 1717, 1733, 1736 und 1764 in Rücksicht ihrer gemachten Gesetzen bleiben solle. ⁶⁴⁾ Endlich erhielten sie dennoch einige Freyheiten, die blos die Ausübung ihrer Religion betrafen, die sie aber, weil sie nicht auch zu den Ämtern fähig erklärt wurden, nicht annahmen ⁶⁵⁾ sondern vielmehr zu Thorn und Sluck eine Konföderation machten, welcher sich bald in Litthauen eine Konföderation von katholischen Adelichen zu Unterstützung der Protestanten beygefellte, aus welchem am Ende eine Generalkonföderation zu Radom entstand, die den Fürsten Radziwill zu ihrem Marschall erwählte, und von dem Schwedischen Hofe

geld, welches 1775 eingeführt ward, auf immer, von andern Abgaben aber auf 6 Jahre freygesprochen. Vol. VII. p. 147, und das Gesetz, welches ihnen den Handel in Warschau verbot, aufs neue bestätigt. Vol. VII. S. 711.

64) Histoire des Revolutions de Pologne à Varsovie (Paris) 1778. Tom. I. p. 143.

65) Ebend. S. 149.

unterstützet wurde. Dieser Konföderation trat auch der König auf dem im Oktober 1767 gehaltenen außerordentlichen Reichstage bey;⁶⁶⁾ Nachdem einige, diesem billigen Begehren widerstrebende Großen durch die Russen entfernt worden waren; so wurde endlich den Protestanten auf dem erneuerten Reichstage im Jahr 1768 die freye Religionsübung, ein mit Dissidenten gemischtes Tribunal bewilligt, und sie zu allen Ehrenstellen und Ämtern für fähig erklärt.⁶⁷⁾ Einige fanatische Eiferer wollten zwar Einschränkungen machen, allein diese Freyheiten wurden in dem Definitivtraktate 1768 bekräftiget. Auf eben diesem so merkwürdigen Reichstage, ward die freye Königswahl, und das der Republick so nützliche freye Veto!! — bestättiget. Obgleich die Dissidenten im Grunde nichts neues erhielten, sondern nur ihre, wie ich oben erwiesen, in älteren Gesetzen gegründete unläugbare Rechte behaupteten; so fanden sich doch Schwärmer, die daraus Anlaß nahmen, ihrem unglücklichen Vaterlande das Verderben zuzuziehen, indem sie es in einen Bürgerkrieg verwickelten. Fürst Michael Lubomirski, Krassinski, und Pulawski errichteten zu Bar eine Konföderation, die die Absicht hat,

66) Ebend. S. 167.

67) Ebend. S. 190.

te, die den Dissidenten gegebenen Privilegien zu vernichten, die katholische Religion aufrecht zu erhalten, (gerade als ob die katholische Religion durch die göttliche Toleranz diese so schöne, der Menschheit so angemessene Tugend einen Abbruch leiden könnte!) und die alte pohlische Freyheit wieder herzustellen. ⁶⁸⁾ Diese Konföderationen vermehrten sich in's Unendliche, und mit ihnen alle die Greuel eines innerlichen Krieges, der für Pohlen um so verderblicher war, als diese mit der Kriegszucht und Kriegskunst unbekannten Truppen, das Rauben, Morden, Stehlen und Brennen, zu ihren Hauptbeschäftigungen machten, und Pohlen durch die vielen Jahre, als sie fortwährten, mehr verwüsten, als es durch einen zwanzigjährigen Krieg mit auswärtigen Feinden geschehen wäre. Um diesen so mannichfaltigen Übeln, die noch dazu durch einen Aufruhr der Ukräner Bauern gegen ihre Edelleute vermehrt wurden, zu steuern, schrieb der König auf den 7 Novemb. 1768 einen Reichstag aus, der aber nicht zu Stande kam, weil sich nur wenige Senatoren und aus den meisten Woywodschaften und Distrikten keine Landboten dabey einfanden. Sie trachteten dem König nach dem Leben, indem sie das Schloß zu Warschau in Brand

⁶⁸⁾ Ebend. Tom. II. p. 7.

zu flecken versuchten, und brachten es bey der Pforte dahin, daß sie den Russen, die sich den Konföderirten überall mit Macht entgegenesetzt hatten (1769) den Krieg ankündigte. Im Jahre 1770 kam zu so vielen Unfällen und Verheerungen noch die Pest, an der eine ungeheure Anzahl Menschen umkamen, und Warschau wurde von den Konföderirten immer enger eingeschlossen, so daß man genöthiget war, zu Vertheidigung der Stadt Linien aufzuwerfen. Die Unverschämtheit der Konföderirten gieng so weit, daß sie unterm 8. Aug. 1770 ein Manifest den Oswiecimer Grodgerichtsakten einverleiben ließen, durch welches sie den König des Reichs verlustigt, und den pohnischen Thron für erledigt erklärten. 69) ja sogar in einem andern Manifeste das Volk aufmunterten, dem König öffentlich oder heimlich nach dem Leben zu streben. Man fand auch fast alle Nächte brennbare Materien in Warschau, und in dem Pallaste des Königs wurde noch zu rechter Zeit eine große Masse Pulver mit einem angezündeten Luntten entdeckt. 70) Diese mislungenen Versuche vergrößerten die Wuth dieser Bösewichte so sehr, daß sie in der Nacht den 3. Novemb. 1771 den König, der im Begriff war, nach seinem

69) Ebend. II. S. 144 — 150.

70) Ebend. — S. 147.

Pallast zu fahren, entführten, nachdem sie ihn vorher mit einem Säbelhieb verwundet, und mehrere Pistolenschüsse auf ihn und seine Begleiter abgefeuert hatten. Nur die Absicht die sie hatten, den Monarchen dem Anstifter dieser Schandthat Pulawski lebendig in die Hände zu liefern, rettete das Leben dieses guten Fürsten. Aus Furcht vor den russischen Patruillen zerstreuten sich die Königräuber und ließen den Monarchen mit dem Anführer dieser Horde Kofinski allein, dem der König durch seine bekannte, alles hinreißende Beredsamkeit so das Gewissen rührte, daß ihm dieser zu Füßen fiel, um Verzeihung seines Verbrechens bat, und den König in die Mühle bey Marimont führte, von wo er durch ein Detaschement der Krongarden abgeholt, und wieder in Warschau zur Freude aller seiner treuen Warschauer Einwohner anlangte. Diese und so viele andere Schandthaten sind es, die den Geist dieser schändlichen Konföderationen charakterisiren.

Fortsetzung dieser Epoche. Besitznehmung von Roth- und Weißrüssen, und pohlisch Preussen, durch die drey vereinigten Mächte. Errichtung des immerwährenden Rathes. Garantie dieser Verfassung.

Dieses war der günstige Zeitpunkt, in welchem Rußland und Preussen, welche vermög

der (1764) gemachten Allianz (in welcher sie versprachen, die Diffidenten zu unterstützen, und zu hindern, daß Pohlen keine Monarchie oder ein Erbreich würde, ⁷¹⁾ den hochseligen König auf den pohnischen Thron gesetzt hatten, ihre Forderungen auf verschiedene Palatinate Pöhlsens geltend machen konnten. Da schon (1771) ein Theil Österreicher die Grafschaft Zips wegen einigen Summen, die man von Pohlen forderte, in Besitz genommen hatte, so wurde hierauf von dem Könige von Preussen, der Russischen Monarchin die Theilung Pöhlsens vorgeschlagen, zwischen diesen beyden Mächten beschlossen, endlich auch Österreich unterm 4. März 1772 zum Beytritte bewogen, und unterm 5. Aug. 1772 unter diesen dreyen Mächten ein Vertrag gemacht, kraft welchem sich diese drey Mächte die in Besitz zu nehmenden Theile wechselseitig garantirten, und sich gegen einander anheischig machten, die Republick zur Abtretung derselben zu bewegen. ⁷²⁾ Diesem Vertrag zufolge besetzte Österreich die Grafschaft Zips, die Hälfte des Palatinats Krakau, einen Theil des Sendomirischen, das Palatinat Rothreußen, den

⁷¹⁾ Oeuvres posthumes de Frédéric II. edit. en 12. Tome V. pag. 16 & 17.

⁷²⁾ Ebend. pag. 44. 57. 59.

größten Theil von Belz, Pokutien, und einen Theil von Podolien, als Länder, die ehemals die mit Ungarn verbundenen Königreiche Lodomerien und Gallizien ausgemacht hatten. — Der König von Preussen ganz pohlisch Preussen unter den Namen Westpreussen mit Ausnahme Danzigs und Thorns, und von Großpohlen den Distrikt bis an die Netze —, Rußland das pohlische Liefland, die Hälfte des Palatinats Polozk, die Palatinate Witepsk und Mscislaw, und einen Theil von Minsk, so daß die Düna, der Dniepr und die Drutſch die Gränzen wurden. Diese drey Mächte rechtfertigten ihre Besitznehmung in Manifesten, die sie der Republick zustellen ließen 73), und

73) Die Beweise der Rechte dieser drey Mächte sind in dem diessfalls erschienenen Staatschriften, welche in dem schon oft angeführten Werke *Histoire des revolutions de Pologne* im Auszuge enthalten sind, zu finden. Was aber die Rechte Österreichs insbesondre betrifft, da muß ich den Leser auf zwey darüber erschienene Werke Engels Geschichte von *Halitsch und Wlodimir*, Wien 1792, 2 Thl. 8. und *Hoppes Geschichte der Königreiche Gallizien und Lodomerien*, Wien 1792 8. weisen, in welchen die Deduktion der Rechte Österreichs auf Gallizien und Lodomerien ausgeführt ist. Eben davon handelt auch *Timon* in seinem Werke, das den Titel führt: *Imago antiquae & novae Hunga-*

forderten von der Republick bey dem Konföderationsreichstage, der im April 1773 seinen Anfang nahm, 1. einen förmlichen Abtretungstraktat der im Besitz genommenen Provinzen an die drey Höfe. 2. die innere Beruhigung Pohlens. 3. eine bestimmte Summe für den Unterhalt des Königs. 4. die Errichtung eines immerwährenden Rathes. 5. einen Fond zu Unterhaltung von 30,000 Mann Truppen. 74) Nach einigem Widerspruche wurde endlich die Cession der im Besitz genommenen Provinzen unterschrieben, und deshalb mit einer jeden Macht besondere Traktate geschlossen, die mit Österreich am 18 August, mit Rußland am 7 Sept. und mit Preussen am 13 Sept. 1773 unterfertigt wurden; in diesen Traktaten wurden von jeder Macht alle Konstitutionen garantirt, welche von der Konföderation mit Einverständniß der Minister der drey Mächte abgefaßt werden würden. 74) Dann wurden auch dem Könige 1,200,000 Thaler zu seinem Unterhalte ausgesetzt, und in die Errichtung eines immerwährenden Rathes gewilliget. 75)

riae Tom. II. pag. 78 tit. de Regnis Galliciae & Lodomeriae. Viennae 1754.

74) Oeuvres posthumes de Fréd. II. T. V, p. 74.

75) Ebend. S. 75.

76) Ebend. S. 84.

Dieser immerwährende Rath kam erst das folgende 1774ste Jahr zu Stande: er bestand aus dem Könige, als dessen Oberhaupte, drey Bischöfen, worunter der Primas, eilf weltlichen Senatoren, vier Ministern, dem Marschalle, achtzehn Räthen vom Ritterstande, den Instigatoren von Pohlen und Litthauen, einem Sekretair des Rathes, fünf Konferenzsekretairen, und dem übrigen Kanzleypersonale. Der König behielt das Recht, mit Zuziehung des immerwährenden Rathes die Reichstäge zu berufen, mit den Gefandten in Unterhandlung zu treten, und die hohen geist- und weltlichen Würden zu vergeben. Die Besetzung der geringern geist- und weltlichen Ämter blieb dem König wie vorhin; hingegen ward ihm die Verleihung der Militairwürden entzogen, außer beyden seinen Namen führenden Kompagnien, und dem ihm überlassenen Korps von 2000 Mann. Auch die Verleihung der königlichen Güter ward dem König ganz benommen, die übrigen Rechte des Throns blieben aber auf immer unberührt. Der Primas soll bey einem Zwischenreiche die Stelle des Königs einnehmen, und der immerwährende Rath ununterbrochen fort dauern. Der alle zwey Jahre zu wählende Marschall soll vorzüglich auf die Erhaltung der Regierung und dieser Verfassung Acht haben, die Stimmen sammeln, das Siegel des Rathes verwahren,

und mit dem Könige alle Entscheidungen unterzeichnen. Dieser Rath hatte fünf Unterabtheilungen, wovon die erste die auswärtigen Angelegenheiten, die andere die Justizsachen, die dritte die Polizeygegenstände, die vierte die Finanzangelegenheiten; und die fünfte das Kriegswesen unter sich hatte; überall wurde durch die Mehrheit der Stimmen entschieden.

Die Macht und das Ansehen dieses Rathes bestand darinn, daß er die Gesetze handhaben und erhalten soll, alle übergebenen Vorschläge und Entwürfe untersuchen, und entscheiden. Gesandte an fremde Höfe schicken; die Ämter, die der König nicht vergiebt, besetzen, die Gerichte untersuchen, die Staatsverbrecher richten, Todesurtheile bestätigen oder aufheben; für die Erhaltung der Verträge und Bündnisse wachen; auf alle Theile der Regierung Acht haben; für das Beste der Wittwen und Waisen sorgen. Es bleibt aber dem Rathe benommen, Gesetze zu geben, Krieg und Frieden zu machen, Truppen über die Gränzen zu schicken, die Gränzen zu verengen, Besitzungen zu verpfänden oder umzutauschen; fremde Truppen in Sold zu nehmen, im Namen der Republick Schulden zu machen, die Münze zu erhöhen oder zu verringern, die Anfoderungen an die Republick für gültig anzuerkennen, Anweisung an den Schatz zu

geben, die Gerichtsstellen in andere Form zu setzen, den Adel zu ertheilen.

Unterm 25. Hornung 1775 wurde von der Reichstagsdelegation die Sache der Dissidenten in den Hauptpunkten dahin entschieden, daß 1. die Dissidenten von allen Senat und Ministerstellen von Pohlen und Litthauen ausgeschlossen bleiben, hingegen können 2. von den Dissidenten die damals das Indigenat schon befaßen, in Hinkunft drey Personen zu Landboten auf den Reichstagen erwählet werden; sie können die Vorzüge des Adels genießen, Stellen bey den Tribunalen, Kommissionen und Dikafterien der Republick sowohl im Civil-als Militairstand erhalten; der immerwährende Rath wurde unterm 17 April 1775 feyerlich eingeführt.

Da durch die ersterzählten Gränzen des immerwährenden Rathes die alte Ordnung der Reichstäge, und das höchst schädliche freye Veto unangetastet blieb, und es dem Rath nicht gestattet ward, Gesetze zu geben: so wird jeder Unbefangene leicht einsehen, daß dieser Rath für den ganzen Staat nichts heilfames wirken konnte, weil seine Macht da aufhörte, wo sie hätte am wirksamsten seyn sollen, und daß also das Übergewicht der Privatmacht der Größeren, gegen die Macht des Staats, und mit ihr die vorige Anarchie immer fort dauerte.

Bey dem im Jahre 1776 abgehaltenen Konföderationsreichstage, wurde dem ehemaligen Großkanzler Grafen Zamoyski die Verfassung eines Gesetzbuches für Pohlen aufgetragen; alle Gerichtshöfe, Dikafterien, und alle Einwohner des Reichs, dem immerwährenden Rathe unterworfen, die Tortur abgeschafft, die Gränzberichtigungen mit Österreich, Rußland und Preussen ratificirt, die Finanzen in bessere Ordnung gebracht, wobey der König eine Million Pohl. Gulden von seinen Einkünften aufopferte; der Luxus durch Bestimmung einer eingeführten Kleiderordnung beschränkt, endlich die Güter der Exjesuiten zum Behuf der Nationalerziehung, der Künste und Wissenschaften verwendet; Alle diese Verhandlungen wurden auch von den drey Höfen gutgeheissen, und garantirt.

Im Jahr 1777 war der König mit Beyhilfe des immerwährenden Rathes vorzüglich auf die Nationalerziehung, von welcher in jedem Staate das Glück der gegenwärtigen und künftigen Generationen abhängt bedacht, und ordnete die neu errichtete Erziehungskommission so, daß man billig die besten Früchte für Pohlen davon erwarten durfte.

Bey dem 1778 ohne Konföderation abgehaltenen Reichstage fiel außer der Vernichtung einiger Resolutionen des immerwährenden Rathes, und einem Versuch diesen Rath

aufzuheben, der aber durch eine Note des russischen Bothschafers, Grafen Stackelberg vereitelt wurde, nichts erhebliches vor. Da in dem neuen, von dem Grafen Zamoyski entworfenen Gesetzbuche, auf die Abschaffung des Tribunals der päpstlichen Nuntiatur in Pohlen, und aller Appellationen nach Rom; die Errichtung eines vermischten Tribunals als der letzten Instanz in geistlichen Sachen, das königl. Placetum für alle päpstliche Bullen und Breven; das Verbot der Ordensgelübde bis zum reiferen Alter; die Verringerung der geistlichen Immunitäten, angetragen war; und der Pabst deshalb eigene Breven an die geistlichen Senatoren ergehen ließ: so war dieses eine Hauptursache, warum dieses Gesetzbuch bey dem im Jahre 1780 abgehaltenen Reichstage, auf immer verworfen wurde; bey welchem Reichstage auch der für das Wohl seines Vaterlandes unermüdet eifern- de König eine auf die Armee, aus seinem eigenen Schatze verwendete Summe von 713635 Pohl. Gulden der Republick schenkte, und in eben diesem 1780 Jahre ein prächtiges Invalidenhaus in Warschau erbauen ließ.

§. 8.

Fortsetzung dieser Epoche, Geschichte des letzten Reichstages. Preussische Allianz.

In diesem Stande blieb Pohlen ohne irgend einer Veränderung in seiner Verfassung bis auf

das Jahr 1788 wo Rußland sowohl von den Türken, als auch von den Schweden zugleich angegriffen, und von diesen beyden Mächten so beschäftigt wurde, daß die Pohlen glaubten, der günstige Augenblick sey gekommen, in welchem sie ruhig an der Verbesserung ihrer Regierungsform würden arbeiten können. Beym Anfange des Krieges gegen die Türken hatten die Russen in Pohlen beträchtliche Magazine errichtet, und einen großen Theil ihrer Truppen, den sie gegen die Türken führen wollten, in Pohlen einquartirt. Da nun Pohlen bey dem Anfange des Krieges die strengste Neutralität erklärt hatte: so wurden die Türken dadurch veranlaßt, im Hornung und April 1788 von der Republick zu fodern, sie solle den Tartarcham ebenfalls in ihr Gebiet einrücken lassen, um seine Gegner allda aufzufuchen, widrigenfalls könnte man sie nicht für neutral erkennen. Dieses bewog den immerwährenden Rath mit Ernst auf die Entfernung der russischen Truppen, die Pohlen einen Besuch von den Türken zuwege bringen konnten, zu denken, und die Eröffnung des ordentlichen Reichstages auf den 6 Oktob. 1788 festzusetzen. Die den auf den Provinziallandtügen gewählten Landboten gegebenen Instruktionen giengen hauptsächlich, auf die Vermehrung der Armee, und Verbesserung der Finanzen.

Der Reichstag nahm den 6. Oktob. seinen Anfang; weil man aber von einem ordentlichen Reichstage, bey welchem das freye Veto beybehalten, und der eben so geschwind zerrissen worden wäre, als er anfieng, nichts wirkfames für das allgemeine Wohl erwarten konnte, so ward den 7 Oktob. die Konföderationsakte entworfen, und unterzeichnet, und der Kronreferendar Graf Stanislaus Malachowski zum kronpohnischen, der General der Artillerie Fürst Kasimir Sapielka zum litthauischen Konföderationsmarschalle erwählt. Die in der Konföderationsakte, dem Konföderationsreichstage vorgeschriebenen Gegenstände waren: die Verbesserung und Sicherherstellung der Landesverfassung, die Vermehrung der Truppen, die Sicherheit des Eigenthums. Wegen Aufhebung des freyen Veto berathschlagte man sich im Senatensaaie durch geheime Stimmen, die auf die Aufhebung desselben ausfielen. Die Propositionen, die der König machte, enthielten: 1. die Vermehrung und Verbesserung der Finanzen, 2. Vermehrung der Truppen, 3. Verbesserung der Justitz.

Gleich Anfangs brachte Rußland eine Allianz mit der Republick im Vorichlag, die aber der Reichstag, weil Pohlen mit einer noch nicht regulirten Armee, und keinen ordentlich eingerichteten Finanzen, den Türken

die Spitze nicht bieten konnte, dann auch, weil Preussen dagegen protestirt hatte, nicht annahm. Am 21. Oktober ward beschlossen, die 18,000 Mann Truppen, die Pohlen damals auf den Beinen hatte, mit 82,000 Mann zu vermehren, und stets 100,000 Mann zu unterhalten, deren jährliche Unterhaltung auf 36 Millionen pohl. Gulden berechnet war, und wozu der Fürst Primas in der Sitzung vom 21. Oktober eine Million pohl. Gulden von seinen Einkünften anbot, da hingegen die übrige Geistlichkeit in einer eigends deshalb gedruckten Schrift, welche den Titel Stimme der Geistlichkeit führte, sich erklärte, nichts dazu beytragen zu wollen. Den 3. Nov. ward eine Kriegskommission zu Leitung der Bemannung, Bewaffnung und Verforgung der Armee errichtet.

Den 5. Nov. liess die Russische Kaiserinn durch ihren Gesandten bey dem Reichstage gegen eine Konstitutionsveränderung protestiren, die der garantirten Verfassung vom Jahre 1776 entgegen wäre; hingegen versprach der Divan in einer zu eben dieser Zeit den fremden Ministern in Konstantinopel mitgetheilten Note, in welcher er Russland beschuldigte, es wolle die Pohlen zu seinen Vasallen machen, den Pohlen seinen Schutz, und munterte sie zur Verbesserung ihrer Verfassung auf. Der König, der wohl vorsah,

daß Pohlen deswegen mit den Russen doch am Ende Verdruss haben würde, suchte dem Reichstag, indem er die russische Deklaration anfangs unterstützte, von einem Schritte abzurathen, der Pohlen eine feindliche Behandlung von Seite Rußlands zuziehen könnte; allein, die Landboten blieben bey ihrem gemachten Vorschlage der Konstitutionsverbesserung unerschüttert, forderten von dem König die unbedingte Erklärung, ob er das Interesse Rußlands unterstützen wolle, in welchem Falle sie ihn alle verlassen würden, oder ob er zu folgenden sieben Punkten seine Einwilligung zu geben bereit sey: 1) daß der Reichstag so lange dauern solle, bis alle Angelegenheiten der Republick beendet sind; 2) daß die Reichssitzungen nicht verschoben werden sollen; 3) daß die Stände dem Könige die Gesandten an fremde Höfe vorzuschlagen berechtigt seyn sollen, aus welchen der König die Abzuschickenden wählen könne; 4) daß Truppen gegen die nicht unirten Griechen abgesendet werden sollen, welche wegen dem angetragenen Abzuge der russischen Truppen mit Unruhen drohten; 5) daß die russischen Truppen aus dem Gebiete der Republick entfernt werden; 6) die Erklärung Rußlands vom 5 Nov. den fremden Gesandten mitgetheilet, und 7) ein Ersuchschreiben an die europäischen Mächte wegen dem Zwange er-

lassen werden solle, den die Republick durch die Russischen Truppen leidet.

Obgleich auch der Primas für Rußland sprach und rieth, daß man ohne Rußlands Einvernehmen nichts thun solle: so sah sich doch endlich der König bemüßiget, nachzugeben, und in obige sieben Punkte zu willigen, so das also Rußland unterm 17 Nov. in einer Gegennote zur Antwort erhielt: „Der Reichstag sey unabhängig; und als gesetzgebende Macht über die Gesetze. Man hoffe, die Monarchinn würde, wenn etwas in der vorigen Verfassung geändert würde, eine Freude über den vollkommenen Zustand der Republick haben, und man ersuche nochmals um die schleunigste Entfernung der russischen Truppen aus den Landen der Republick, um mit den Türken in keine Collision zu kommen.“

Was aber den Reichstag noch mehr in seinen Entschlüssen bestärkte, war eine von Seite Preussens dem Reichstage übergebene Note vom 17 Nov. in welcher 1) die Kriegskommissionerrichtung gelobt; 2) die Republick aufgemuntert wurde, sich in ihren innern Einrichtungen nicht irre machen zu lassen, weil die Garantie den Traktaten vom Jahre 1773 nicht gemäß, und von keiner andern garantirenden Macht als Rußland unterfertigt sey; 3) erklärte sich der König von Preussen, er

wolle die Unabhängigkeit der Republik sichern, sich in ihre innere Einrichtung nicht mengen, noch die Freyheit ihrer Berathschlungen und Schlüsse einschränken. Hiezu kam noch, daß die Nation durch außerordentliche beträchtliche Geldbeyträge die Grundfätze des Reichstages billigte. Graf Stanislaus Potocki hatte schon im Jänner 1788, 16,000 Dukaten auf die an der türkischen Gränze stehenden Truppen verwendet, und unterm 21 Nov. bot seine von nicht geringerer Vaterlandsliebe beseelte Gemahlinn ihren Schmuck zur Bewaffnung der Armee an, welchem der Graf ein Geschenk von 10,000 Stück Flinten beyfügte, und sich für das Geschmeide 10,000 Mann bewaffnen zu wollen, anbot. Fürst von Radziwill stellte eine ganz mundirte und bewaffnete Legion von 6200 Mann, theils Infanterie, theils Kavallerie.

Unterm 14 Dec. ward der Reichstag verlängert, so lange es die politischen Umstände erforderlich machen würden; hierauf wurden von dem Könige aus den ihm vorgeschlagenen, die Gesandten an die fremden Höfe gewählt, und gegen die in der Ukräne rebellirenden nichtunirten Bauern Truppen ausgeschickt. Weil nun die Bauern den Abzug der russischen Truppen, und damit den für die, diesem Heere gelieferte Naturalien ihnen entzogenen Nutzen, zur Ursache ihrer Unruhen

angaben, so ward bey dem Petersburger Hofe um die Entfernung der russischen Truppen wiederholt angefucht, und im Weigerungsfalle mit einem allgemeinen Aufgebote gedrohet. Dem Könige wurden die Ernennungen zu Offiziersstellen hey dem Kriegsheere bis zum Obristlieutenant bewilliget.

Am 18 Jänner 1789 schritte der Reichstag zur Aufhebung des immerwährenden Raths, in welche der König zwar anfangs nicht einwilligen wollte, aber doch endlich nachgeben mußte, und unterm 27 Hornung ward zur Vermehrung der Finanzen, beschloffen, daß alle Starosteyen die Hälfte ihrer Erträgnisse dem Kronschatze entrichten sollen. Den 3 März trug das mit Rußland kriegende Schweden der Republic eine Allianz an, worüber aber nichts entschieden wurde; hingegen wurden von dem Herzoge von Kurland als Lehensmann 500 Mann Truppen angefucht. Die Beyträge der Nation dauerten immer fort, der König opferte der Republic seine in 14000 Dukaten bestehenden Litthauischen Einkünfte auf, und Fürst Potemkin als pohnischer Vassall verehrte ihr 12 gegossene Kanonen und 500 Flinten.

Unterm 18 Juny ward eine Gesandtschaft an die Pforte abgeschickt, jedoch mit der Instruktion, keine Ministerialnoten allda einzureichen, ohne dazu von der Republic einen

besonderen Auftrag zu haben. In der ferneren Absicht, die Finanzen zu vermehren ward in den Sitzungen vom 19 und 24 July beschloffen, daß die Bischöfe nicht mehr als 100000 pohnische Gulden jährliche Einkünfte haben, und das übrige auf die Truppen verwendet werden soll; und obgleich der Pabst in einer Note vom 19 July dagegen protestirte; so war doch dieses ohne Erfolg. Der 13 Oktob. trug der sowohl als Schriftsteller, als auch als Patriot so rühmlich bekannte Landbote von Liefland Niemcewicz mit der ihm eigenen Beredsamkeit an, den dritten Stand zur Repräsentation zu lassen, worauf unterm 10 Decemb. die königlichen Städte ihre Petitionen dem Reichstage übergaben, die ich unten auseinander setzen werde. 77) An eben diesem Tage bot Preussen in einer offiziellen Note seine Allianz an, jedoch mit dem Bedinge daß die Republick zuerst die Regierungsform, und die Thronfolge bestimmen solle, damit sie zur Grundlage eines dauerhaften Bündnisses dienen könne. Hierauf holte die mit der Abfassung der Regierungsform beschäftigte Depu-

77) Sie sind in einer Abhandlung enthalten, unter den Titel: Prawa miast Polskich do władzy Rządowej wykonywającej, i sądowniczey. w Warszawie w Drukarni P. Dufour.

tation die Meinungen wegen der Thronfolge ein, und den 17 Decemb. übergab der Bischof von Kaminiec Krasinski als Präses der Kommission folgenden, in 8 Punkten bestehenden Konstitutionsentwurf, welcher auch in der Sitzung vom 13 December von dem Reichstage angenommen wurde.

Art. I.

Die Nation hat das Recht 1) Gesetze zu geben, und sich nur den von ihr gemachten zu unterwerfen, 2) Münze zu schlagen, und Auflagen anzuordnen; 3) des Krieges und Friedens, und der Bündnisse; 4) Die Oberaufsicht über das grosse Konseil, und alle Stellen die mit der exekutiven Macht beschäftigt sind; 5) Die Wahl der Könige, des Konseils, der Richter und anderen Verwalter der öffentlichen Gewalt.

Art. II.

Die Nation, das ist, jeder begüterte Bürger wählet Landboten, instruiert sie, und macht sie auf den Relationslandtagen verantwortlich.

Art. III.

Nach verstrichener Periode der ordentlichen Reichstage, muß der Reichstag immer in dem Zwischenraume von zwey Jahren bereit seyn. Die Landboten kehren zu den Re-

laziionslandtügen zurück, und geben von ihrem Betragen Rechenschaft, wo sie dann bestätigt, oder verändert werden können. Der Reichstag muß nothwendig zusammen berufen werden, 1) in allen dringenden Fällen, die das Völkerrecht betreffen; 2) in Fällen einer inneren Revolution der Republick, oder in ihrer Regierung durch eine Kollusion derjenigen, denen die öffentliche Gewalt anvertraut ist; 3) bey dem Tode oder einer schweren Krankheit des Königs. Die Beschlüsse dieser Reichstäge haben so lange Kraft, bis sie von den ordentlichen Reichstügen wieder aufgehoben werden.

Art. IV.

Der Wille der Nation soll durch die Einmüthigkeit oder Mehrheit der den Landboten gegebenen Instruktionen manifestirt werden. Zu den Hauptgesetzen soll die Einmüthigkeit; zu politischen drey Viertheile der Instruktionen, zu den Auflagen zwey Drittheile, und die bloße Mehrheit zu Civil- und Criminalgesetzen erfordert werden. 78)

78) Wer sieht nicht, daß auch durch diesen Entwurf das alte eingewurzelte Übel der Republick das freye Veto nicht aus dem Grunde gehoben wurde, deshalb blieb man auch dabey nicht stehen.

Art. V.

In der Oberaufsicht folgen die Mitglieder des Reichstages den in der künftigen Konstitution zu bestimmenden Regeln, bey Trakta-ten, Bündnissen, Kriegserklärungen, wird ei-ne Mehrheit von den drey Viertheilen erfordert.

Art. VI.

Die vollziehende Gewalt ist in den Hän-den des Königs und seines Konseils, dessen Mitglieder verantwortlich sind.

Art. VII.

Die obrigkeitlichen Ämter müssen unter einer Aufsicht stehen, und im Nothfalle ge-richtlich verfolgt werden können. Die Reichs-tagsgerichte werden beybehalten; aber ihr Verfahren festgesetzt.

Art. VIII.

Ist die Konstitution so entworfen: so sind die konföderirten Reichstage nicht mehr er-laubt, und die Gesetze einer Konföderation nie verbindlich.

Den 5 Jänner 1790 wurden von dem Reichs-tage die Präliminarartikel zur Allianz mit Preu-ßen entworfen. Der König forderte Thorn und Danzig, es wurden aber auf die Weige-rung des Reichstages, andere Bedingnisse zur Allianz entworfen, die endlich den 15 März

in's Reine gebracht, den 29 März von beyden Mächten unterschrieben wurden, und im Wesentlichen folgendes enthielten: Der König von Preussen giebt im Falle eines Angriffes 4000 Mann Kavallerie, und 12000 Mann Infanterie, Pohlen 8000 Mann Kavallerie, und 4000 Mann Infanterie. Ist dieses nicht hinreichend den Anfall abzulenken: so soll Preussen mit 30000, Pohlen mit 20000 Mann, und im Nothfalle auch mit der ganzen Macht beystehen. Niemand soll sich in Pohlens innere Angelegenheiten mischen; geschieht es dennoch, so verspricht Preussen zuerst seine freundschaftliche Verwendung, und ist diese fruchtlos, den traktatmäßigen Beystand. Beyde Mächte garantirten sich ihre Staaten, und entsagen allen Forderungen, die sie gegen einander haben dürften. Indessen wäheten die freywilligen Beyträge der Landeseinwohner immer fort, unter welchen sich der König mit dem Geschenke seiner Juwelen, worinn er viele Nachahmer fand, und der Konföderation-Marschall Graf Stanislaus Malachowski mit einem Beytrage von 10000 Dukaten, um die Gewehrlieferung in Berlin zu betreiben, auszeichneten. Der Reichstag wurde bis auf den Februar 1701 verlängert, und der nicht unirte Erzbischof von Kiow, durch einen Reichstagschluss zu einem Mitglied des Senats erklärt.

Den 7 August wurde dem Reichstage durch die Kommission zur Abfassung des Konstitutionsentwurf folgender Vorschlag wegen der Thronfolge übergeben: Der pohlische Thron soll erblich seyn, der König bey seinem Regierungsantritt der Nation die *pacta conventa* beschwören, und wenn er sie verletzen sollte, des Reichs für sich und seine Erben verlustigt erklärt werden. Dieser Vorschlag ward von vielen bestritten, und bis 15 Sept. waren von dem Reichstage nur folgende 5 Konstitutionspunkte ins Reine gebracht worden: 1) sollen die katholische; die griechische unirte und nicht unirte Religionen die herrschenden in Pohlen seyn; 2) der König und die Königin muß katholisch seyn, sonst wird die Königin nicht gekrönt; 3) die Apostasie ist ein Kriminalverbrechen; 4) alle übrigen Religionen werden geduldet: wegen bloßen Meinungen darf niemand vor Gericht gefordert werden; 5) der König soll sich die Erhaltung aller Länder der Republic zur Pflicht machen. Auch der Vorschlag wegen der königlichen Städte fiel für sie günstig aus, ward aber dennoch unterm 9 September verworfen, und der dritte Stand von der Gesetzgebung ausgeschlossen, gegen welches hernach der Warschauer Bürgermeister Dekert gründliche Vorstellungen machte. Dem König ward unterm 13 Sept. das lebenslängliche Recht zu

Ernennung aller Senatoren und Minister bewilliget. Am 24 Sept. erklärte sich der Reichstag denjenigen König zu wählen, der die erste Dynastie der Erbkönige Pohlens anfangen sollte, und am 28 wurde beschlossen, daß die Republik keine ihrer Unabhängigkeit nachtheilige Garantie erkenne. Den 8 Oct. wurde der Kurfürst von Sachsen den Woywodschaf-ten als Thronfolger empfohlen; zu eben dieser Zeit wurde auch die Wahl neuer Landboten angeordnet, die sich an die Alten anschließen sollten, welche auch in der Sitzung vom 16 Oct. erschienen, neben den Alten ihren Platz nahmen, und der Konföderationsakte vom Jahre 1788 beytraten. Unterm 6 Dec. wurde auch ein Allianztraktat mit der Pforte entworfen, kraft welchem die Pforte im Falle eines Angriffs 30,000 Mann Kavallerie, Pohlen 20000 Mann halb Infanterie halb Kavallerie stellen soll, diese Truppen soll die Pforte im Nothfalle auf 45000, (Pohlen auf 30000 Mann vermehren, auch allenfalls mit der ganzen Macht beystehen, die Mächte garantiren sich ihre Besitzungen, und den Pohlen soll die freye Schiffarth auf dem Dniester bewilliget werden. Dieser Allianztraktat kam aber nicht zu Stande.

Um von der Reichsversammlung alle feile Miethlinge abzuhalten, ward unterm 8 Jänner 1791 die Todesstrafe über dasjenige Mitglied

des Reichstages verhängt, welches überwiesen werden würde, daß es eine Pension von einem fremden Hofe ziehet, und es ward auch beschlossen, die Regierungsform so bald als möglich zu bestimmen. Am 11. Jänner wurden Deputirte zur Abfassung eines Gesetzbuches und einer Gerichtsordnung angeordnet.

§. 12.

Schluss dieser Epoche. Freyheiten der königlichen Städte. Rechte des Bürgerstandes.

In den ersten Jahrhunderten der pohnischen Monarchie hatten die Städte mit den übrigen Unterthanen gleiche Verbindlichkeiten und Rechte, standen unter der Macht der Kastellane, Starosten und anderer königlichen Beamten, und mußten auch eben die schweren, auf die pohnische Verfassung sich gründenden Auflagen und Frohndienste wie die übrigen Unterthanen leisten. Dieser Druck, die öftern Einfälle der Tartarn, bey welchen die Städte öfters in Schutthaufen verwandelt wurden, schreckten fremde Künfler und Handwerker ab, in einem Lande sich niederzulassen, wo die Willkühr der Grundherren und die in den Zeiten der Barbarey noch eingeführten, verjährten drückenden Misbräuche für Gesetze galten, und keine gewissen und bestimmten Vorschriften vorhanden waren, die die Obliegenheit eines jeden Standes bestim-

met hätten. Boleslaus der Keusche, suchte gegen die Mitte des dreyzehnten Jahrhunderts, die Städte gleich den deutschen Reichsstädten in Aufnahme zu bringen, durch Anlockung fremder Künstler und Handwerker die Pohlen in den Künsten des Friedens einzuweihen, und dadurch den besten Schritt zu ihrer Verfeinerung zu thun. Ergab, so wie es schon einige Herzoge aus dem Piaftischen Stamme in den Städten ihrer Herzogthümer thaten, der Stadt Krakau im Jahre 1257 das deutsche Recht, entzog sie und andere Städte, der Gerichtsbarkeit der Kastellane, Woywoden und Richter, ertheilte ihnen die Rechte der deutschen Reichsstädte, die sie unter der Aufsicht ihrer selbst gewählten Vögte genossen, ⁷⁹⁾ so daß jede Stadt als eine besondere Republick betrachtet werden konnte ⁸⁰⁾, welche aus drey Ständen bestand, die alle an der Regierung Theil nahmen; dem Senate, oder Magistrate, welcher die gesetzgebende Gewalt ausübte, dem Stadtschulzen, (Woyt) nebst seinen Schöppen, (Lawniki) welchen die richterliche Macht anvertraut war, endlich dem Volke oder gemeinen Bürgern die durch ihren Ausschuss vorgestellt wurden. ⁸¹⁾ Von

79) Dlugofs Tom. I. p. 750. Naruszewicz Hist. nar. Pol. Tom. V. p. 46.

80) Prawo Magdeburskie lib. 2. Fol. CCXXIX.

81) Ebend. lib. I. Raymundus in statuto Lascii Fol. XI.

den Rechtsprüchen dieser Städte giengen die Appellationen nach Magdeburg, und von da der weitere Zug an das höchste deutsche Reichsgericht, bis König Kasimir der Grosse mit Bewilligung der Städte die Appellationen nach Magdeburg aufhob, und ein Appellationsgericht im Lande errichtete, in welchem von Könige delegirte Bürgermeister königlicher Städte als Richter in zweyter Instanz sprachen. ⁸²⁾

Durch diese erhaltenen Freyheiten kamen die königl. Städte in solche Aufnahme, daß, als Kasimir der Grosse im Jahre 1343 den schon oft erwähnten Vertrag mit den deutschen Ordensrittern wegen Abtretung Pomerellens machte, nebst anderen Großen, auch die Städte Krakau, Posen, Sandomir, Sandec, Kalisch Wroclawek, und Brzesc in Kujavien ihn durch ihre Unterfertigung und Siegel bestätigten, und so gar garantirten, indem sie dabey versprachen, auf die Beobachtung des Traktats zu halten, und dem König, wenn er entgegen handeln wollte, nicht beyzustehen.

⁸³⁾ Die Städte wurden hernach den Reichs-

⁸²⁾ Prawa Miast Polskich do władzy Rządowej wykonywającej, i Sądowniczej. Wywod z praw &c. p. 7 und 12. Confit. Regni Pol. Vol. I. fol. 143.

⁸³⁾ Prawa Miast. S. 11. Das Original dieser Urkunde ist im Kronarchive.

tägen, mit Sitz und Stimme, und allen übrigen Verhandlungen der Stände beygezogen, Sie erkannten 1374 in Koszyce Ludwigen den Nachfolger Kasimirs gleich den übrigen Ständen als König und Erbherrn. ⁸⁴⁾ Sie huldigten dem Könige Wladislaus Jagello (1386) mit den übrigen Ständen ⁸⁵⁾ und versicherten nach dem Tode der Hedwig ihm und seiner neuen Gattinn Sophie den Thron. ⁸⁶⁾ Die Städte welche auch hernach zu allen Wahlreichtagen gezogen wurden, nahmen in Jedlna Wladislaw den III Sohn des Jagello nebst den übrigen Ständen zum Thronfolger an, welcher auch 1434 im Wahldiplom sich durch die Städte für frey erwählt erklärte, und ihnen

84) Die Urkunden hierüber befinden sich nach Anweisung des obigen Werkes *Prawa Miast*, im Kronarchive. *Feria 2do proxima intra octavam assumptionis S. Mariæ in Kalisz, instrumentum homagiale civitatis Stawiszynensis et Koninensis in metrica regni Nr. 2 tit. Pal. Kalissiensis, 1374. Feria 2 antefestum S. Bartholomæi apostoli instrum civitatis Kalisz. Confit. R. Pol. Vol. I. S. 55.*

85) Olkusz den 14 August im Kronarchiv. Krakau *Feria tertia post festum St. Andreæ ap. sub tit. pal. Cracov.*

86) Lelow *feria 2do prox. post dominicam lætare Cracoviæ feria 3tia post dominic. invocavit*, im Kronarchiv *titulo pal. Cracov.* So auch die übrigen Städte.

die Bestättigung ihrer Privilegien versprach, 87) die auch den mit dem deutschen Orden 1436 gemachten Frieden mit unterzeichneten, in welchem Friedenstraktate die Ordnung der Stände vorgeschrieben ist, worunter sich auch die Städte befinden; 88) und 1538 in Korczyn der Konföderation gegen die ungehorsamen Einwohner Pohlens mit beytraten. 89) Im Jahre 1454 ergaben sich auch die Westpreussischen Städte mit den übrigen Ständen dem Könige Kasimir III. 90) Den unumstößlichsten Beweis des Stimmenrechtes der königlichen Städte auf den Reichstagen giebt die allgemeine Bestättigungsurkunde aller Privilegien vom Jahre 1505 in welcher König Alexander auch eine ausdrückliche Erwähnung der Landboten der Städte macht; 91) ferner die in den Archiven der königlichen Städte vorfindigen Original-Einladungsschreiben, durch welche noch König Sigmund I im Jahre 1510 die Städte zur Theilnahme an den Berathschlungen des Reichstages einlud. 92)

87) Originaldiplom 1434. in festo St. Jacobi Apost., Cracov. Prawa Miast S. 30. 31.

88) Confit. Vol. I. fol. 114.

89) Laski fol. LXXVI.

90) Vol. I. fol. 173.

91) Laski fol. CXLI.

92) Der Inhalt dieser Einladungsschreiben ist folgender: „Sigismundus primus etc. Consulibus

Inzwischen hatte der auf Vermehrung seiner Macht bedachte Ritterstand sich immer bemühet, die Städte von der gesetzgebenden, vollziehenden, und auch gerichtlichen Macht zu entfernen, denn das aus Bürgermeistern der Städte zusammengesetzte Appellationsgericht hatte bisher immer fortgewährt, Krakau widersetzte sich standhaft diesen Bedrückungen, und erhielt in den Jahren 1518 und 1539 so wie noch einige andere Städte ein Privilegium, daß es mit den andern Landboten zum Reichstage zugelassen werden solle; allein dieses dauerte nur bis zur Vereinigung Pohlens mit Litthauen im Jahr 1569; hernach wurden die Städte nur bloß bey den Wahlreichstagen zur Wahl und Unterschrift der übrigen Verhandlungen, ohne daß sie jedoch bey Gesetzentwürfen, ihre Stimmen mitgeben durften, zugelassen. 93) Hier muß noch an-

„NN. Famati fideliter dilecti! Instituimus comitia
 „Petricoviæ ad diem sanctorum trium regum, ut
 „in his de salute securitate regni consultemus & cum
 „de more sit, quod et Vos de medio Vestri nuntios ad
 „conventus generales mittere soleatis idcirco vobis
 „eundem conventum generalem denuntiamus man-
 „damusque, ut ad illum nuntios vestros mittatis, qui
 „una cum aliis terrarum nuntiis de more consul-
 „tent in favorem boni status, & salutis reipub-
 „licæ &c. pro gratia nostra. Prawa Miaſt S. 44.

93) Prawa Miaſt. S. 45. 46. 47. 49.

geführt werden, daß die Masovischen, Preussischen und Litthauischen Städte vor ihrer Vereinigung mit Pohlen, unter ihren besonderen Souverainen gleiche Rechte wie die pohlischen Städte hatten, ⁹⁴⁾ daß Wilna im Jahre 1563 bey dem Reichstage zu Warschau wegen der Vereinigung Litthauens mit Pohlen zugegen war, für diese Stadt das Privilegium, die Reichstage beschicken zu dürfen 1568 gegeben wurde, sie auch die Vereinigungsakte Pohlens mit Litthauen im Jahr 1569 unterschrieben hatte; ⁹⁵⁾ allein nach der Vereinigung wurden dieser Stadt, so wie allen übrigen k. Städten ihre Rechte verkürzt, und die Bemühungen aller Städte ihre alten Freyheiten wieder zu erlangen, waren fruchtlos; denn im Jahre 1575 waren die Städte zwar bey der Warschauer Konföderationsakte eingeschrieben, aber sie wurden zu den Berathschlagungen nicht zugelassen, ⁹⁶⁾ jedoch wurde Krakau der Konföderation der Woywodschaften Krakau, Sandomir und Lublin beygezogen, ⁹⁷⁾ und im Jahr 1588 erhielt Lemberg und Warschau mit Posen und Krakau gleiche Rechte, ⁹⁸⁾ die auch den Städten Kra-

94) Ebend. S. 50. 51. 52. 53.

95) Ebend. S. 54. 56. 57.

96) Ebend. S. 61.

97) Const. R. P. Vol. II. fol. 1046.

98) Ebend. fol. 1241.

kau, Wilna, Posen und Lemberg bey dem Wahlvertrag Ladislaus des IV 1632 welchem sie beygezogen worden, bestättiget wurden; allein dieses war ohne Wirkung, indem im Jahre 1648 den Städten sogar ihr Wahlrecht streitig gemacht, und ihnen selbes auf dem nächsten Reichstage zu zeigen angeordnet worden. 99) Im Jahr 1668 wurde bey der Warschauer Konföderation den Städten die Wiederherstellung ihrer Rechte versprochen; 100) allein ohne dem mindesten Erfolg, indem sie, obgleich Lublin inzwischen im Jahre 1703 durch ein Privilegium die Rechte der Stadt Krakau erhielt, doch bis auf den letzten Reichstag vom Jahre 1788 keine Hilfe erhielten; bey welchem Reichstage sie dem Dekrete vom Jahre 1645 zufolge, welches sie zur Vorzeigung ihrer Privilegien aufforderte, ihre Freyheitsbriefe vorzeigten, und um Abhilfe und Wiederherstellung ihrer Rechte baten. Dieses waren die Freyheiten, die wie ich eben im 11 §. sagte, die königlichen Städte von dem Reichstage in ihren, unterm 10 Dezemb. 1789 übergebenen Petitionen forderten, und die ihnen endlich nach dem Vorschlage des Landboten von Kalisch Suchorzewsky auf folgende Art unterm 14 April 1791 bewilliget wurden.

99) Const. R. Pol. Vol. IV. S. 160.

100) Ebend. S. 1028.

Freyheitsbrief der königlichen Städte.

Artikel I.

Von den Städten.

1) Alle königlichen Städte in den Landen der Republick sind frey.

2) Die Bewohner dieser Städte erkennen wir für freye Leute. Ihre Gründe, Häuser, Bezirke, Dörfer, die jetzt zu diesen Städten gehören, erklären Wir ihnen, als erblich, jedoch den anhängigen, und noch nicht vollendeten Prozessen unbeschadet.

3) Städten, die ihre Errichtungsurkunden verlohren haben, werden Wir König, wenn sie beweisen, daß sie selbe hatten, mit Auszeichnung der Gründe, die sie jetzt unstreitig besitzen, die Freyheitsdiplomen erneuern.

4) Jenen k. Städten, wo die kleinen Landtage gehalten werden, geben Wir solche Errichtungsbriefe, wenn sie sie auch vorher nicht hatten.

5) Wenn sich auf einem königlichen Grunde wegen guter Lage eine Anzahl freyer Leute niederläßt, und ihrem Wohnsitze die Gestalt einer Stadt giebt: so wollen Wir diesen Ansiedlern eine Errichtungsurkunde mit Beygebung der nöthigen Grundstücke ertheilen.

6) Jeder Erbherr kann auf seinen Erbgütern, Städte aus freyen Leuten, oder freyge-

lassenen Bauern errichten, oder seine erblichen Städte zu freyen Städten machen; diese Städte gehören aber nur dann unter die Zahl der freyen Städte, wenn ihnen der Erbherr erbliche Gründe giebt, wo sodann Wir König auf Ansuchen des Erbherrn diesen Städten ein Bestättigungsdiplom geben, und die Errichtungsurkunde des Grundherrn demselben einschalten lassen werden.

7) So wie für alle Städte nur ein Gesetz ist: so werden die Bürger was immer für einer Stadt gleiche Rechte aus gegenwärtigem Gesetze genießen.

8) Alle Städtebewohner, Adelige und Unadelige, welche einen Handel nach Ellen, und Gewicht treiben wollen; alle die in Städten Besitzungen haben, oder selbe erst erlangen, von welchem Range, Würde, Handwerk und Kunst sie seyn mögen, müssen das Bürgerrecht annehmen, und unter selben stehen; auch anderen Edelleuten ist es erlaubt, Bürger zu werden.

9) Die Aufnahme zu Bürgern geschieht auf folgende Art: Jeder, der Bürger werden will, stellt sich vor dem Magistrate, persönlich, oder durch einen Bevollmächtigten, und legt folgenden Eid ab: „Ich N. N. werde dem „Allerdurchlauchtigsten König und der Regierung getreu bleiben; und verbinde mich die „Gesetze, und Verfügungen der Reichstäge auf

„das genaueste zu beobachten. Der Obrigkeit, der Stadt N. zu welcher ich als Bürger gehöre, will ich unterworfen seyn, und alle Bürgerpflichten erfüllen. Dieses gelobe ich für mich und meine Erben.“ Nach dieser Betheuerung wird der Aufgenommene in das Bürgerbuch eingeschrieben.

10) Die Städte sind verbunden alle rechtschaffenen Fremden, Handwerker, und alle freye, niemanden unterthänigen Leute, christlicher Religion, unentgeltlich als Bürger aufzunehmen, und einzuschreiben.

11) Allen gebohrnen Adelichen, oder jenen Bürgerlichen, die sich in den Adelstand erheben lassen wollen, soll die Aufnahme, und Beybehaltung des Bürgerrechts, Verwaltung bürgerlicher Ämter, Führung alles Handels, Treibung was immer für eines Handwerkes, weder ihnen selbst, noch ihren Nachkommen in ihrem Adel, und dessen Vorrechten nicht im geringsten schaden. ¹⁰¹⁾

101) Hierdurch wurden die dem Adel höchst schädlichen Gesetze von den Jahren 1505 Const. R. P. Vol. I. fol. 303. §. & quoniam 1550. Vol. II. fol. 596. §. Drudzy. 1683. Vol. III. fol. 806 §. nakonieco 1677. Vol. V. fol. 462. tit. nowa szlachta, durch welche den Adelichen bey Verlust des Adels, bey Konfiszirung der adelichen Güter, die einer an sich bringen würde; verboten wurde, das Bürgerrecht anzunehmen, und in Städ-

12) Da die Wahl eines eigenen Magistrats, insbesondere der Bürgermeister, Stadtschulzen, und anderer Beamten, durch die Bürgerschaft ein vorzügliches Kennzeichen der Freyheit ist, so sollen die Städte dieses Recht behalten. Es soll ihnen auch ganz frey stehen, für ihre innere Ordnung zu sorgen, und auf derselben Beobachtung zu halten, wovon sie der Polizeykommission nur durch Berichte Nachricht zu geben verbunden sind.

13) Alle Bewohner der Städte, die ins Bürgerbuch eingeschrieben sind, und eine erbliche Besitzung haben, können zu allen städtischen Ämtern durch Mehrheit der Stimmen gewählt werden und wählen. Jedoch kann niemand eine adeliche Distriktswürde, oder ein Amt der vollziehenden Macht zugleich mit dem Amte eines städtischen Bevollmächtigten, unter der Nichtigkeit beyder Ämter begleiten. Auch Niemand der in Militairdiensten wirklich steht, kann zugleich ein städtischer Beamter seyn.

ten einen Handel, Handwerk, oder irgend ein andres bürgerliches Gewerbe zu treiben, gänzlich aufgehoben, nachdem schon durch ein Gesetz vom Jahre 1775 Vol. VIII. fol. 183. tit. Warunek, den Adelichen die Befugniss zum Handel ohne Nachtheil des Adels ertheilt worden war.

F o r t s e t z u n g

Artikel II.

Von den Rechten der Bürger.

1) Das Grundgesetz *neminem captivabimus nisi jure victum* ¹⁰²⁾ dehnen Wir auch auf die in den Städten anässigen Bürger aus, mit Ausnahme der betrügerischen Bankeroutiere, die keine hinlängliche Bürgschaft für sich stellen können, und jener, die auf frischer That ertappet worden sind.

2) Diejenigen Städte, in welchem Appellationsgerichte befindlich sind, werden vor jedem ordentlichen Reichstage einen Bevollmächtigten durch die Mehrheit der Stimmen

¹⁰²⁾ Dieses Grundgesetz, welches im Jahre 1422 Vol. I. f. 83. §. item *ut gratia* zuerst gegeben, durch das Gesetz vom Jahre 1433. Vol. I. S. 93. und jenes vom Jahre 1550. Vol. II. f. 599. §. S z l u b e m erweitert wurde; und welches man die *habeas Corpus-Acte* der Pohlen nennen kann, befreiet die Edelleute von allem Arreste wegen eines Verbrechens, von aller Konfiskation ihrer Güter, in so lange, bis sie rechtlich überwiesen seyn würden, außer der Verbrecher würde auf der frischen That im Diebstahl, oder dem Verbrechen des Mordes, Mädchen oder Weiberraubes, des Raubes, der Brandlegung, und öffentlicher Gewalt ertappet, oder er könnte für sich keine hinlängliche Sicherheit stellen.

erwählen, der in der Stadt erblich angefessen, diensttauglich, in keiner Untersuchung begriffen, noch durch ein Verbrechen besudelt sey, sondern schon durch ein städtisches Amt sich ausgezeichnet habe. Die Städte haben die Freyheit, diese Bevollmächtigten auch aus anderen Städten zu wählen. Diese Bevollmächtigten müssen an dem Tage, wenn der Reichstag anfängt, in der Stadt, wo der Reichstag gehalten wird, zusammen kommen, und den Akt ihrer Wahl dem Reichstagsmarschall überreichen. Auf den Provinziallandtagen wird man die Bevollmächtigten der Städte zur Polizey Schatzkommission, und den Assessorio¹⁰³⁾ auswählen, und bestimmen, wer aus ihnen

¹⁰³⁾ Assessorialgerichte werden von den zween Grofskanzlern, oder in ihrer Abwesenheit von den Unterkanzlern, von einem jeden für sein Land besonders, unter Beyfetzung der referirenden Kanzleyvorsteher, der Sekretaire des Königs und der Notarien der Decrete gehalten; sie beschäftigten sich Anfangs mit den Appellationen sowohl von den Gerichten der Adelichen als der Städte. Nach Siegmund Auguffs Tode wurden die Appellationen der Adelichen diesem Gerichte entzogen; so dafs es sich nur jetzt mit den Appellationen von den Urtheilen der Städte, der Woywoden in Judenstreitigkeiten, dann mit den Rechtsfachen der Städte selbst, der Innhaber königlicher Lehengüter und allen auf Privilegien sich gründenden Angelegenheiten beschäftigt. Lengnich Jus publ. R. Pol. Tom. II. pag. 189 und 538.

zu jeder Kommission oder dem Assessorio gehöre. Und obgleich diese alle nach ihrer Bestimmung den Kommissionen und dem Assessorio bey sitzen dürfen, so sollen doch in der Schatz- und Polizeykommission nie mehr als zwey, bey dem Assessorio nie mehr als drey aus jeder Provinz bey sitzen dürfen. Diese Kommission und Assessorialbey sitzer werden in städtischen- und Handelsgeschäften eine wirkende entscheidende Stimme, in anderen Geschäften aber nur eine rathende Stimme haben. Wird einer dieser, oder alle Bevollmächtigten, von den das Wahlrecht habenden Städten bestättiget, so bleiben sie noch auf zwey andere Jahre. Die Besoldungen für diese Bey sitzer und Kommissaire werden Wir, jedoch nur für obige für die Kommissionen und das Assessorium bestimmte Anzahl, bey dem Entwurfe der Ausgabstabellen ausmessen.

3) Damit die Vorforge der Regierung auch den Forderungen der Städte Gerechtigkeit wiederfahren lasse, so erlauben wir unsern Städten durch die Bey sitzer, oder städtischen Kommissäre bey den Assessorialgerichten der Schatz- und der Polizeykommission die Wünsche der Städte dem Reichstage vorzutragen; diese werden, wenn es nöthig seyn wird; und sie wollen, bey dem Reichstagsmarschall um die Stimme bitten,

die ihnen nicht abgeschlagen werden darf, und sie werden, so wie es bey der Stimmen-sammlung der anderen Abgeordneten von den Kommissionen gewöhnlich ist, ihre Meinungen vortragen.

4) Nach zweyjähriger Dienstleistung bey den Kommissionen sollen diese Bevollmächtigten der Städte am nächsten Reichstage, ohne Ent-richtung einer Taxe in den Adelstand erho-ben werden, wenn sie noch nicht adelich sind.

5) In Hinkunft soll es jedem Bürger frey seyn, adeliche und andere Güter erblich mit allem Eigenthumsrechte an sich zu bringen, und auch dem rechtlichen Erben zu hinterlas-sen; die Güter durch Erbfolge oder Pfand-recht zu erwerben, im Betreff welcher sie, wenn sie auch Bürger sind, doch der gewöhn-lichen adelichen Gerichtsbarkeit unterworfen seyn sollen.

6) Jener Bürger, der ein ganzes Dorf oder Städtchen erblich kauft, wovon er an der Abgabe des zehnten Groschen zum wenigsten 200 Pohnische Gulden entrichtet, der soll am nächsten Reichstage, wenn er dem Reichs-tagsmarschall deshalb sein Gesuch an die Stände überreicht, kraft gegenwärtigen Ge-setzes in den Adelstand erhoben werden.

7) Nebst diesem sollen auf jedem Reichstage 30 bürgerliche, in den Städten erblich Begü-terte in dem Adel erhoben werden, wo die

erste Rücksicht auf die in Kriegsdiensten sich Auszeichnende, auf jene, die in dem Civil-Kriegskommissionen beysitzen, die Fabriken anlegen, oder Handel mit innländischen Produkten treiben, und dabey auf die Empfehlungen der Landboten und Städte genommen werden muß.

8) Bey der ganzen Armee, (mit Ausnahme der Nationalkavallerie) bey jedem Korps, Regiment und Pulk werden Bürgerliche in Hinkunft Offiziersstellen begleiten können, jener, der den Rang eines Staabskapitäns, oder Kapitäns einer Kompagnie bey der Infanterie und eines Rittmeisters bey einem Pulke erlangt, der soll durch gegenwärtiges Gesetz mit allen seinen Nachkommen in den Adelstand erhoben werden, und Wir König werden ihm das Adelsdiplom gegen Vorzeigung seines Patents ohne Entrichtung der Stempeltaxe ertheilen.

9) In Hinkunft wird es den Bürgerlichen erlaubt seyn, in den Kanzleyen und Gerichtsstuben, allen politischen Kommissionen und Tribunalsdikasterien, und bey geringeren Gerichtsstellen zu arbeiten, zu advociren, und andere Dienste zu thun, auch nach ihren Verdiensten und Fähigkeiten vorzurücken. Wer die Würde eines Kanzleyvorstehers bey den Regierungsdikasterien erlangt, der soll auf dem ersten Reichstage in den Adelstand erho-

ben werden, und Wir König werden ihm das Adelsdiplom unentgeltlich ausfolgen lassen.

10) Im geistlichen Stande werden die Bürgerlichen, bey den Kollegiatkirchen die Prälaten und Domherrnstellen, bey Kathedralkirchen aber die Domherrnstellen, zu welchen Doctores erfordert werden, begleiten, auch alle Säkular- und Regularbeneficien erlangen können, mit Ausnahme jener, die ausdrücklich bloß für Adelige gestiftet sind.

11) Zu den Civil-Kriegskommissionen der Woywodschaften, Distrikte und Gebiete können aus den Städten, die in dem Gebiete der Kriegskommissionen liegen, zu jeder Kommission drey Beysitzer gewählt werden, sie mögen adelich oder bürgerlich seyn, wenn sie nur in der Stadt eine erbliche Besitzung haben.

12) Wenn unsere Städte Thorn und Danzig ein Gefuch an die Stände haben, so werden sie durch ihren Sekretär es dem Marschall übergeben, oder es selbst durch Deputirte nach vom Marschalle angeführter Erlaubniß, die ihnen nicht abzuschlagen ist, vortragen.

13) Die Strafe derjenigen, die fälschlich vorgeben, daß sie begütert sind, ist folgende: Wer immer gegen einen Revers jemanden ein adeliches Erbgut übergiebt, wird es auf immer verlieren, und das Gericht spricht dem das Eigenthum des verrevirten Erbguts zu,

der den Revers beweiset. Und sollte auch der, der gegen Revers das Erbgut besitzt, die Reversirung beweisen, so wird es ihm auf immer zugesprochen, und diese Prozesse soll das adeliche Distriktsgericht ohne Appellation entscheiden.

14) Alle älteren Gesetze und Verfügungen, die gegenwärtigen Gesetzen zuwider sind, werden hiemit aufgehoben, und Wir wollen diese Verfügung für ein Grundgesetz angenommen haben.

§. 15.

Beschluss des Freyheitsbriefes.

Artikel. III.

Von der Rechtspflege für Bürger.

1) Indem wir die Städte bey ihrer eigenen Gerichtsbarkeit ihres Bezirkes lassen, so nehmen wir die Städte nebst ihren Vorstädten von aller anderer Gerichtsbarkeit, als der Tribunale, adelichen Distriktsgerichte, der Woywodschaften, Starosteyen, und Kastellaneyen aus; außer den nicht geendeten, von den Kommissionen zu den Tribunalen abgefendeten Prozessen. Das Gericht des Hofmarschalls, welches nur unsere königliche Residenzstadt betrifft, weisen wir in die Gränzen seiner eigenen Macht zurück.

2) Alle geistliche und weltliche Vogteyen, ja auch jene kleinen Städtchen, die in dem den königlichen Städten anfangs angewiesenen Stadtgebiete liegen, werden von uns so, wie sie befaßt werden, in Hinkunft in Rücksicht der Gerichtsbarkeit und Polizey aufgehoben, vielmehr unterwerfen wir diese Vogteyen der Gerichtsbarkeit der Magistrate, jedoch behalten die Eigenthümer dieser Gründe, alle Zinse, und wie immer geartete Einkünfte.

3) Hingegen wo die Städte adeliche Dörfer erblich haben, müssen sie in den Rechtsfachen wegen dieser Dörfer, dem adelichen Distriktsrichter Antwort geben.

4) Alle in den Städten begüterte Einwohner, was immer für einen Handel oder Handwerk sie auch treiben, unterliegen der städtischen Gerichtsbarkeit, und müssen die Abgaben, wie andere Bürger, ohne Rücksicht auf was immer für Exemptionen entrichten.

5) In jeder Stadt hat der gewählte Magistrat die Gerichtsbarkeit in Streitsachen. Bey diesen Magistraten werden alle Arten von Prozessen in erster Instanz entschieden, und zwar Rechtsfachen, deren Betrag die Summe von 300 fl. pohn. nicht übersteiget, oder Injurienhandel, worüber nur ein dreytägiger Arrest verhängt wird, sollen bey diesen Magistraten ohne Appellation gänzlich entschieden werden. In grösseren Sachen aber geht die Ap-

pellation an die bestellten Appellationsgerichte.

6) Zu Appellationen ernennen Wir folgende Städte, und insbesondere in Kleinpolen: Krakau, Lublin, Luck, Żytomierz, Winnica, Kaminiéc in Podolien, Drohiczyn. In Grosspolen: Posen, Kalisch, Gnesen, Lenczyc, Warschau, Sieradz, Plock. In Litthauen die Städte Wilna, Grodno, Kowno, Nowogrodek, Minsk, das litthauische Brzesc, Pinsk.¹⁰⁴⁾ Zu dem Appellationsgerichte in Krakau gehören die in der Krakauer Woywodschaft, und die in den Gebieten von Sandomir, Wislic und Chencin liegenden Städte. Zu dem Appellationsgerichte in Lublin, gehören die Städte der Woywodschaft Lublin, der Gebiete von Radom und Opoczyn und der Distrikte von Lenczyc und Chelm. Zu dem Appellationsgerichte in Luck gehören die Städte der Woywodschaften Volhynien und Belz. Zu dem Appellationsgerichte in Żytomierz gehören die Städte der Woywodschaft Kiow. Zu dem Appellationsgerichte in Kaminiéc in Podolien, die Städte der Woywodschaften

¹⁰⁴⁾ Dieses sind also die Städte die nach dem obigen zweyten Artikel 1, Bevollmächtigte an den Reichstag schicken konnten, welche zu der Polizey-Schatzkammerkommission, und den Assessorien hernach vertheilt wurden.

Podolien. Zu dem Appellationsgerichte in Drohyczyn, die Städte der Woywodtschaft Podlachien. Zu dem Appellationsgerichte in Posen gehören die Städte der Woywodschaften Posen und der Distrikts Wschow. Zu dem Appellationsgerichte in Kalisch die Städte die in der Woywodschaft Kalisch, dem Bezirke Konin und dem Bezirke Pysdr dieffteits der Warte liegen. Zu dem Appellationsgerichte in Gnesen gehören die in der Woywodschaft Gnesen, dem Bezirke Konin, und den Bezirken Pysdr, jenseits der Warte liegenden Städte. Zu dem Appellationsgerichte in Sieradz gehören die Städte der Woywodschaft Sieradz des Bezirkes Wielun. Zu dem Appellationsgerichte in Warschau gehören die Städte die in dem Herzogthume Masovien und der Woywodschaft Rawa liegen. Zu dem Appellationsgerichte in Lenczyc gehören die Städte der Woywodschaft Lenczyc, Brzesc in Kujavien und Inowroclaw. Zu dem Appellationsgerichte in Plock gehören die Städte der Woywodschaft Plock, des Bezirks Zawskrzyn, und des Bezirkes Dobrzyn. Zu dem Appellationsgerichten, die in Litthauen aufgestellt sind, als: Zu dem Appellationsgerichte in Wilna, gehören die Städte der Woywodschaft Wilna, der Bezirk Oszmian, Lidzk, Wilkomirz, Braslav, der Woywodschaft und des Bezirkes Trock. Zu Grodno, die Städte des

Grodner, Wolkowysker und Merecer Bezirkes. Zu Kowno die Städte des Herzogthums Samogitiën, der Bezirke Kowno Prensck, und Upitz. Zu dem Appellationsgerichte in Nowogrodek, die Städte der Woywodtschaft Nowogrodek und der Bezirke von Slonim und Sluczoresk. Zu Brzesc in Litthauen die Städte der Woywodtschaft Brzesc und des Bezirkes Kobryn. Zu dem Appellationsgerichte in Pinsk, gehören die Städte der Bezirke Pinsk, Zarenczyn, Mozyr und Rzeeczyca. Zu dem Appellationsgerichte in Minsk, gehören die Städte der Woywodschaften Minsk, Polock, Witebsk und des Bezirkes Orszan.

7) In diesen Städten werden alle zwey Jahre fünf Personen adeliche oder unadeliche, oder begüterte Bürger, oder auch Magistratspersonen dieser Städte oder von anderen jedem Appellationsgerichte unterworfenen Städten gewählt. Diese Personen werden das Appellationsgericht ausmachen; jedoch mit dem Vorbehalte, daß jene Magistratspersonen und Schöppen, welche zum Appellationsgerichte gewählt werden, so lange sie dem Appellationsgerichte beysitzen, den Gerichten der ersten Instanz jener Magistrate, aus welchen sie gewählt worden, nicht beysitzen dürfen.

8) Diese Gerichte entscheiden, die Appellationen von den Magistraten in Sachen, deren Betrag 300 fl. pohn. oder die Strafe von einem dreytägigen Arrest, und nicht die Sum-

me von 3000 fl. pohn. oder eine dreywochentliche Arreststrafe übersteigt, ohne fernere Appellation. In allen Prozessen, die den Werth von 3000 fl. pohn. oder eine dreywochentliche Arreststrafe übersteigen, geht die Appellation von den Magistraten erster Instanz nicht an die Appellationsgerichte, sondern an unsere Hofgerichte, sowohl in Kronpohlen, als auch in Litthauen.

9) Die Magistrate werden peinliche Prozesse nicht entscheiden dürfen, sondern müssen selbe gerade an die Appellationsgerichte abschicken, welche die Kriminalprocesse zu entscheiden das Recht haben, jedoch mit diesem Vorbehalte, daß sie nur Strafen auf zeitliches Gefängniß auf der Stelle vollziehen können. Wird der Verbrecher aber zum lebenslänglichen Gefängniß, oder zum Tode verurtheilt; so muß das Appellationsgericht die Untersuchung und das Urtheil dem Assessorialgerichte vor der Bekanntmachung übersenden. Findet das Assessorialgericht ein solches Urtheil auf lebenslängliches Gefängniß oder die Todesstrafe gerecht, so kann es dann erst vollzogen werden. Zugleich aber behalten Wir dem Hofgerichte alle Prozesse wegen übler Verwaltung städtischer Ämter, wie auch wegen der Einkünfte der städtischen Pächter und alle andere durch die Reichsgesetze dahin gehörigen hiemit bevor.

muß sich also bei dem Hofgerichte vorbringen

10) Endlich werden die Städte in Sachen innerlicher Ordnung, und ihrer Einkünfte überhaupt der Polizeykommillion unterworfen seyn.“

Da durch diesen Freyheitsbrief den Städten der größte Theil jener Privilegien, die sie vorhin befaßen, nebst noch einigen neuen Freyheiten gegeben worden, und dadurch der schwere Druck, unter welchen sie sich befanden, aufhörte, so läßt sich die Freude des Bürgerstandes über diesen so günstigen als gerechten Reichstagschluss leicht denken; welche noch dadurch vermehret wurde, daß am 29 April der Reichstagsmarschall v. Malachowsky sich auf den Warschauer Rathhause, nebst einer großen Anzahl von Landboten und (anderen sowohl Civil- als Militairpersonen vom höchsten Adel, feyerlichst in's Bürgerbuch als Bürger einschreiben ließ, welches Beyspiel auch von den Großen in den Provinzen nachgeahmt wurde.

§. 15.

Vorlesung und Annahme der Konstitutionsakte.

Nachdem man durch die vorhergehenden Verhandlungen, die Repräsentanten der Nation genug vorbereitet glaubte, so wurde endlich am 3 May 1791 zur Vorlesung des nun fertig gewordenen Entwurfs der Konstitution

geschritten, welche die Ordnung der Dinge verändern und Pohlen seine politische Existenz wieder geben sollte. Diese Konstitution wurde mit einer überwiegenden Mehrheit, ja bey- nahe Einmüthigkeit der Stimmen angenom- men. Man sprach den König von jenen Punk- ten des Wahlvertrags los, die der Konstitution entgegen waren, und diese Verfassung wurde von dem Monarchen allogleich unter dem Throne, und gleich hierauf von allen Gliedern des Reichstages, den Großen des Reichs und den Bürgern der Hauptstadt in der Hauptkir- che, wohin sie der König führte, feyerlich beschworen. Einige Landboten, nämlich: Suchorzewski von Kalisch und Zlotnie- ki von Podolien, dann die Kastellane Fürst Czetwertynski und Ożarowski pro- testirten gegen diese neue Verfassung. ¹⁰⁷⁾ Al- lein die Widersetzlichkeit einiger wenigen ver- mochte nichts gegen den einstimmigen so un- zweydeutig erklärten Willen der ganzen Na- tion. ¹⁰⁸⁾ Da die Konstitution die Grundlage

107) Suchorzewski gab auch eine gedruckte Protesta- tion und einen Aufruf an die Nation heraus, un- ter folgendem Titel: Jana Suchorzewskiego Pos- la Kaliskiego odezwa do Narodu, wraz z protes- tacyą dla sladu gwaltu i przemocy do ktorey w calym prawie Seymie zbлизano a w dniu trzecim Maja 1791 dokonano. 1791. ohne Druckort.

108) Ich muß hier meine Leser in Rücklicht desjeni- gen, was am 3ten May 1791 in der Reichstags-

jener Betrachtungen ist, die ich über jeden Artikel derselben anstellen, und der Vergleichen, die ich mit Galliziens dermaliger Verfassung machen werde, so muß ich sie hier ganz einschalten: ¹⁰⁹⁾

§. 18.

Konstitutionsakte vom 3 May 1791.

„Stanislaus Augustus von Gottes Gnaden
„und durch den Willen der Nation König von
„Pohlen, Großherzog von Litthauen u. s. f.
„zugleich mit den in verdoppelter Zahl die
„pohlische Nation repräsentirenden konföderirten Ständen:“

Da Wir überzeugt sind, daß unser aller gemeinschaftliches Schicksal einzig und allein von der Gründung und Vervollkommung der Nationalkonstitution abhängt, durch eine lange Erfahrung die verjährten Fehler unserer Regierungsverfassung kennen gelernet haben; da

sitzung vorgieng, auf ein bekanntes mit vielem Fleiße geschriebenes Werk weisen, welches den Titel führt: Vom Entstehen und Untergange der pohlischen Konstitution vom 3ten May 1791. Ohne Druckort. 1793. zwey Theile.

109) Sie erschien auch in Wien 1793. bey Hartl; im gegenwärtigen Abdrucke ist die Übersetzung verbessert.

wir die Lage, worin sich Europa befindet, und den zu Ende eilenden Augenblick, der uns wieder zu uns selbst gebracht hat, zu benutzen wünschen; da wir frey von den schändenden Befehlen auswärtiger Übermacht, die äußere Unabhängigkeit und innere Freyheit der Nation, deren Schicksal unsern Händen anvertraut ist, höher schätzen, als unser Leben und unsere persönliche Glückseligkeit: da wir uns zu gleicher Zeit auch die Segnungen, und die Dankbarkeit unserer Zeitgenossen und der künftigen Geschlechter zu verdienen wünschen, so beschließen wir ungeachtet der Hindernisse, welche bey uns selbst Leidenschaft entgegen stellen könnte, der allgemeinen Wohlfarth wegen, zur Gründung der Freyheit, zur Erhaltung unsers Vaterlandes und seiner Grenzen, mit der festesten Entschlossenheit unsers Geistes gegenwärtige Konstitution, und erklären sie durchaus für heilig und unverletzbar, bis die Nation in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit, durch ihre ausdrückliche Willenserklärung, die Abänderung dieses oder jenes Artikels für nothwendig erachten wird. Eben dieser Konstitution sollen auch alle ferneren Beschlüsse des jetzigen Reichstages in jeder Rücksicht angemessen seyn.

I.

Herrschende Religion.

Die herrschende Nationalreligion ist und bleibt der heilige römisch-katholische Glaube mit allen seinen Rechten. Der Übergang von dem herrschenden Glauben zu irgend einer andern Konfession wird bey den Strafen der Apostasie unterlagt. Da uns aber eben dieser heilige Glaube befiehlt, unsern Nächsten zu lieben so sind wir deshalb schuldig allen Leuten, von welchem Bekenntnisse sie immer auch seyn mögen, Ruhe in ihrem Glauben und den Schutz der Regierung, angedeihen zu lassen. Deshalb sichern wir hiemit unseren Landesbeschlüssen gemäß die Freyheit aller religiösen Gebräuche und Bekenntnisse in den pohlischen Landen.

II.

Edelleute, Landadel.

Mit Hochachtung des Andenkens unserer Vorfahren, der Stifter unseres freyen Staats, sichern wir dem Adelstande aufs feyerlichste alle seine Gerechtsame, Freyheiten und Prärogativen, und den Vorrang im Privat-Leben und öffentlichen Leben. Insonderheit aber bestätigen und bekräftigen wir, und erklären für unverletzbar, die diesem Stande von Kasimir dem Großen, Ludwig von Ungarn, Ula-

dislaus Jagiello, und dessen Bruder Wittold Großherzog von Litthauen, wie auch von den Jagiellonen Uladislaus und Kasimir, von den Gebrüdern Johann Albrecht, Alexander und Siegmund I. von Siegmund August, dem letzten von der jagiellonischen Linie, rechtmässig und gesetzlich ertheilten Rechte, Statuten und Privilegien. Die Würde des Adelsstandes in Pohlen erklären wir für völlig gleich mit allen den verschiedenen Graden des Adels, die nur irgendwo gebräuchlich sind. Wir erkennen die Edelleute unter sich für gleich, und zwar nicht bloß in Rücksicht der Bewerbung um Ämter und Verwaltung solcher Dienste im Vaterlande, die Ehre, Ruhm und Vorthail bringen, sondern auch in Rücksicht des gleichen Genusses der Privilegien und Prärogativen des Adelsstandes. Mehr als alles aber wollen wir die Rechte der persönlichen Sicherheit und Freyheit, des beweglichen und unbeweglichen Eigenthums, eben so heilig und unverletzlich, als sie seit Jahrhunderten einem zu statten gekommen, bewahrt und beybehalten haben, und verbürgen uns auf das feyerlichste, daß wir keine Veränderung noch Ausnahme im Gesetze gegen das Eigenthum irgend jemandes gestatten wollen: ja die höchste Landesgewalt soll sich unter Vorschützung der *jurium regaliu*m, oder irgend einem andern Vorwande, auch nicht die allergeringsten

Ansprüche auf das Eigenthum der Bürger, weder im Ganzen noch theilweise erlauben. Daher verehren, verbürgen und bestättigen wir die persöhnliche Sicherheit und alles irgend jemanden rechtmässig zukommende Eigenthum, als das wahrhafte Band der Gesellschaft, als den Augapfel der bürgerlichen Freyheit, und wollen sie auch als solche für die künftigen Zeiten verehrt, verwahrt und unverletzt erhalten haben.

Den Adel erkennen wir für die erste Stütze der Freyheit und der gegenwärtigen Konstitution. Die Heiligkeit dieser Konstitution empfehlen wir der Verehrung jedes rechtschaffenen, patriotischen, ehrliebenden Edelmannes, und ihre Dauer seiner Wachsamkeit. Sie ist ja der einzige Schutz unseres Vaterlandes und unserer Freyheiten!

III.

St ä d t e u n d S t ä d t e r.

Das auf diesem Reichstage unter dem Titel: Unsere freyen königlichen Städte in den Staaten der Republic gegebene Gesetz, wollen wir nach seinem ganzen Innbegriffe bestättiget wissen, und erklären es: da es ein Gesetz ist, welches dem freyen pohlischen Adel zur Sicherheit seiner Freyheiten, und Erhaltung des gemeinschaftlichen Vaterlandes eine neue, zuverlässige und wirksame

Macht zu Hilfe giebt, für einen Theil der gegenwärtigen Konstitution.

IV.

Bauern, Landleute:

Das Landvolk unter dessen Händen die fruchtbarste Quelle der Reichthümer des Landes hervorfließt, das den zahlreichsten Theil der Nation ausmacht, und folglich der mächtigste Schutz für das Land ist, nehmen wir sowohl aus Gerechtigkeit und Christenpflicht, als auch um unseres eigenen wohlverstandenen Interesse willen, unter den Schutz des Gesetzes und der Landesregierung, und beschließen; daß von jetzt an, alle die Freyheiten, Concessionen oder Verabredungen, die die Gutsbesitzer mit den Bauern auf ihren Gütern authentisch werden eingegangen seyn, diese Freyheiten, Concessionen und Verabredungen mögen nun den Gemeinden, oder jedem Einwohner des Dorfs besonders zugestanden seyn, gemeinschaftliche und wechselseitige Verbindlichkeit auflegen sollen, nach der wahren Bedeutung der Bedingnisartikel, und des in solchen Concessionen und Verabredungen enthaltenen unter den Schutz der Landesregierung fallenden Inhalts. Solche von einem Grundeigenthümer freywillig übernommenen Vergleiche mit den daraus fließenden Verbindlichkeiten, werden nicht bloß ihn selbst, son-

dern auch seine Nachfolger oder Rechts-Erben so verbinden, daß sie niemals im Stande seyn werden, sie willkührlich zu verändern. Dagegen aber sollen sich auch die Bauern, sie mögen Güter haben wie sie wollen, den freywilligen Verabredungen, übernommenen Concessionen und damit verbundenen Schuldigkeiten nicht anders entziehen können, als auf die Art und den Bedingungsartikeln gemäß, die bey jenen Verabredungen ausdrücklich festgesetzt waren, und von ihnen, sie mögen sie nun auf immer, oder nur auf gewisse Zeit angenommen haben, auf das genaueste, als Schuldigkeit erfüllt werden müssen. So hätten wir denn den Grundbesitzern alle ihnen von den Bauern zukommenden Vortheile gesichert; und da wir nun die Bevölkerung dieses Landes auf das wirksamste zu befördern streben, so verkündigen wir allen und jeden, sowohl den neu ankommenden, als auch denen, die ihr Vaterland einmal verlassen haben, und nun dahin zurückkehren möchten, die völlige Freyheit, so daß ein jeder, der von irgend einer Himmelsgegend her in die Staaten der Republick neu ankommt, oder zu uns zurückkehrt, so wie er nur den pohnischen Boden betritt, die völlige Freyheit hat, seine Betriebsamkeit anzuwenden, wo und wie er will; daß er die Freyheit hat über die Ansiedlung, Frohndienste oder Zinsen Verabre-

dungen zu treffen, wie und auf wie lange er sich verabreden will; daß er die Freyheit hat sich in der Stadt oder auf dem Lande nieder zu lassen, in Pohlen wohnen zu bleiben, oder sich wenn er den Verbindlichkeiten, die er gutwillig auf sich genommen hatte, genügethan hat, in ein Land zu wenden, wohin es ihm belieben wird.

V.
Regierung, oder Bestimmung der öffentlichen Gewalten.

Jede Gewalt in der menschlichen Gesellschaft entspringt aus dem Willen der Nation. Um nun die bürgerliche Freyheit, die Ordnung in der Gesellschaft, und die Unverletzlichkeit der Staaten der Republick auf immer sicher zu stellen; soll die Regierungsform der pohlischen Nation aus drey Gewalten, und zwar nach dem Willen des gegenwärtigen Gesetzes auf immer bestehen, nämlich: aus der gesetzgebenden Gewalt, bey den versammelten Ständen; aus der höchsten vollziehenden Gewalt bey dem Könige und dem Staatsrathe, und aus der richterlichen Gewalt bey den zu diesem Ende niedergesetzten, oder noch niederzusetzenden Gerichtsstellen.

1.

2.

3.

Der Reichstag, oder die gesetzgebende Gewalt.

Der Reichstag oder die versammelten Stände sollen sich in zwey Stuben theilen, in die Landbotenstube, und Senatorenstube unter dem Vorfitze des Königs.

Die Landbotenstube soll als Repräsentant und Inbegriff der Souverainität der Nation, das Heiligthum der Gesetzgebung seyn: daher soll auch zuerst in der Landbotenstube über alle Projecte decidirt werden, und zwar 1) in Rücksicht der allgemeinen, das heist der politischen, Civil- und Criminalgesetze, und der Anwendung fester Abgaben. Unter diesen Materien sollen die den Woywodschaf-ten, Bezirken und Kreisen vom Throne zur Prüfung übergebenen, und durch die Instruc-tionen in die Stube gelangten Propositionen zuerst zur Entscheidung kommen. 2) In Rück-sicht der Reichstagsbeschlüsse, das heist der Beschlüsse über einstweilige Steuern, über den Münzfuß, über Staatsanleihen, über das Adeln und andere Gattungen zufälliger Belohnungen über die Eintheilung der öffentlichen ordent-lichen und außerordentlichen Ausgaben, über Krieg und Frieden, über die endliche Ratifi-cation der Allianz und Handelstraktate, über alle aufs Völkerrecht sich beziehende diplo-matische Akten und Verabredungen, über das

Quittiren der vollziehenden Magistraturen, und über ähnliche Hauptbedürfnisse der Nation betreffende Vorfälle. Unter diesen Materien sollen die vom Throne geradezu an die Landbotenstube abzugebenden Propositionen zuerst vorgenommen werden.

Die Senatorenstube, die unter dem Vor- sitze des Königs — der das Recht hat einmal seine Stimme zu geben, und dann auch die Stimmengleichheit persönlich oder durch Über- sendung seiner Meynung an diese Stube zu he- ben — aus den Bischöfen, Woywoden, Ka- stellanen und Ministern besteht, hat folgende Verpflichtungen auf sich: 1) jedes Gesetz, das nach seinem formellen Durchgange durch die Landbotenstube auf der Stelle an den Senat abgeschickt werden muß, entweder anzuneh- men, oder durch die gesetzlich vorgeschrie- bene Stimmenmehrheit der ferneren Delibe- ration der Nation vorzubehalten. Durch die Annahme wird das Gesetz Kraft und Heilig- keit bekommen; durch den Vorbehalt hinge- gen bloß bis zum künftigen ordinären Reichs- tag ausgesetzt bleiben, wo dieses vom Senate aufgeschobene Gesetz, wenn man zum zwey- tenmahle darüber einig wird, angenommen werden muß. 2) Soll sie über jeden Reichs- tagsbeschluss über die oben angeführten Ma- terien, der ihr von der Landbotenstube auf der Stelle überschickt werden muß, zugleich

mit der Landbotenstube nach der Stimmenmehrheit decidiren. Die vereinigte dem Gesetze gemäße Stimmenmehrheit beyder Stuben, wird den Ausspruch und Willen der Stände ausmachen.

Hierbey behalten wir uns vor, daß die Senatoren und Minister, bey den Materien über die Rechtfertigung ihrer Amtsführung im Staatsrathe oder in den Kommissionen keine entscheidende Stimme im Reichstage haben, und alsdann bloß deshalb im Senat sitzen sollen, um auf das Begehren des Reichstages Auskunft zu geben. Der Reichstag soll stets fertig seyn; der gesetzgebende und ordinäre soll alle zwey Jahre seinen Anfang nehmen, und die im Gesetze von den Reichstagen bestimmte Zeit hindurch dauern. Der fertige bey dringenden Bedürfnissen berufene Reichstag, soll bloß über die Materien entscheiden, derentwegen er berufen wurde, oder auch über ein zur Zeit seiner Zusammenberufung sich ereignendes Bedürfnis. Kein Gesetz kann auf dem nämlichen ordinären Reichstage, auf welchen es gegründet wurde, aufgehoben werden. Der vollständige Reichstag soll aus der in einem folgenden Gesetze bestimmten Anzahl Personen in der Landboten- und Senatorenstube bestehen. Das auf dem jetzigen Reichstage gegründete Gesetz von den Landtagen, wollen wir als die wesentliche Grundlage der

bürgerlichen Freyheit feyerlich sicher gestellt wissen.

Da nun aber die Gesetzgebung nicht von allen verwaltet werden kann, und sich die Nation durch freywillig gewählte Repräsentanten oder Landboten derselben entledigt, so setzen wir deshalb fest, daß die auf dem Landtage erwählten Landboten, der jetzigen Konstitution zu Folge, bey der Gesetzgebung und bey allgemeinen Nationalbedürfnissen, als Repräsentanten der ganzen Nation, als Inhaber des allgemeinen Zutrauens angesehen werden sollen.

Alles und allenthalben soll nach der Stimmenmehrheit entschieden werden, daher heben wir auch das *liberum veto*, alle Arten von Konföderationen und die Konföderations Reichstage, als dem Geiste gegenwärtiger Konstitution widrig, die Regierung zertrümmernd, die Gesellschaft vernichtend, auf immer auf.

Indem wir auf der einen Seite gewaltthätigen und öfteren Abänderungen der Nationalkonstitution vorzubeugen suchen, erkennen wir nichts destoweniger auf der andern die Nothwendigkeit ihrer Vervollkommnung, wenn man ihre Wirkungen auf das allgemeine Wohl wird erfahren haben. Wir bestimmen demnach alle fünf und zwanzig Jahre zur Revision und Verbesserung der Konstitution. Der

dann zu haltende Konstitutionsreichstag soll ein außerordentlicher seyn, nach der in einem besondern Gesetze gegebenen Vorschrift.

VII.

Der König, die vollziehende Gewalt.

Auch die vollkommenste Regierung kann ohne eine wirkfame vollziehende Gewalt nicht bestehen. Das Glück der Nationen hängt von gerechten Gesetzen, die Wirkung der Gesetze von ihrer Vollziehung ab. Die Erfahrung hat zur Genüge gelehrt, daß die Hinfälligkeit dieses Theiles der Regierung Pohlen mit Unglück aller Art erfüllt hat; nachdem wir daher der freyen pohnischen Nation die Gewalt sich selbst Gesetze zu geben, und die Macht über jede vollziehende Gewalt zu wachen, ingleichen auch die Wahl der Beamten zu den Magistraturen vorbehalten haben, so übergeben wir die Gewalt der höchsten Vollziehung der Gesetze, dem Könige in seinem Staatsrathe, der den Namen Wache der Gesetze (straż) führen soll.

Die vollziehende Gewalt ist aufs genaueste verbunden, über die Gesetze und ihre Erhaltung obacht zu haben. Sie wird durch sich selbst thätig seyn, wo es die Gesetze erlauben wo sie Aufsicht, Vollziehung und wirkfame Hilfe erheischen. Ihr sind alle Magistraturen stets Gehorsam schuldig, in ihre Hände über-

geben wir die Macht, ungehorsame und ihre Pflichten hindansetzende Magistraturen zu ihrer Schuldigkeit anzutreiben.

Die vollziehende Gewalt soll keine Gesetze weder geben noch erklären, keine Abgaben und Steuern, unter welchem Namen es auch sey, auflegen, keine Staatsanleihen machen, die vom Reichstage gemachte Eintheilung der Schatzeinkünfte nicht abändern, keine Kriege erklären, keinen Frieden, keinen Traktat und keine diplomatische Akten definitive abschliessen können. Es soll Ihr blos freystehen einstweilige Unterhandlungen mit den auswärtigen Höfen zu pflegen, ingleichen einstweiligen und gemeinen Bedürfnissen zur Sicherheit und Ruhe des Landes abzuhelpen, aber hievon ist sie verpflichtet, dernächsten Reichstagsversammlung Bericht zu erstatten.

Wir wollen und verordnen, dass der pohlische Thron auf immer ein Familienwahlthron seyn soll. Die zur Genüge erfahrenen Übel der die Regierung periodisch zertrümmernden Zwischenreiche; unsere Pflicht das Schicksal jedes Einwohners in Pohlen sicher zu stellen, und dem Einfluß auswärtiger Mächte auf immer zu steuern; Das Andenken der Herrlichkeit und Glückseligkeit unsers Vaterlandes zu den Zeiten der ununterbrochenen regierenden Familien; die Nothwendigkeit Fremde von dem Streben nach dem Throne

zurückzuhalten, und dagegen mächtige Pohlen zur einmüthigen Beschützung der Nationalfreyheit zurückzuführen; haben uns nach reifer Überlegung bewogen den pohnischen Thron nach dem Gesetze der Erbfolge zu vergeben. Wir verordnen daher, daß nach unserem der Gnade Gottes heimgestellten Ableben der jetzige Kurfürst von Sachsen in Pohlen König seyn soll. Die Dynastie der künftigen Könige von Pohlen, wird also mit der Person Friedrich Augusts jetzigen Kurfürstens von Sachsen ihren Anfang nehmen, dessen Nachkommen de lumbis männlichen Geschlechts wir den pohnischen Thron bestimmen. Der älteste Sohn des regierenden Königs soll dem Vater auf dem Throne nachfolgen. Sollte aber der jetzige Kurfürst von Sachsen keine Nachkommen männlichen Geschlechts erhalten, so soll auf den Fall der vom Kurfürsten mit Genehmigung der versammelten Stände für seiner Prinzessin Tochter gewählte Gemahl die Linie der männlichen Erbfolge auf dem pohnischen Throne anfangen. Daher erklären wir nun auch die Maria Augusta Nepomucena Prinzessin Tochter des Kurfürsten für die Infantinn von Pohlen, behalten aber dabey der Nation das keiner Verjährung unterworfenene Recht vor, nach Erlöschung des ersten Hauses auf dem Throne; ein anderes zu wählen.

Jeder König wird bey seiner Thronbesteigung Gott und der Nation den Eid leisten, auf die Erhaltung gegenwärtiger Konstitution, und auf die *pacta conventa* die mit dem jetzigen Kurfürsten von Sachsen, als ernannten Thronfolger werden abgeschlossen worden seyn, und die ihn eben so als die alten verpflichten werden.

Die Person des Königs ist heilig und unverletzlich. Da er nichts für sich selbst thut, so kann er auch der Nation für nichts verantwortlich seyn. Nicht Selbstherrscher, sondern Vater und Haupt der Nation soll er seyn, und dafür erkennt und erklärt ihn das Gesetz und die gegenwärtige Konstitution.

Die Einkünfte, wie sie in den *pactis conventis* werden bestimmt werden, und die dem Throne eigenthümlichen, dem künftig zu wählenden, durch diese Konstitution sicher vorbehaltenen Prärogativen sollen nie angetastet werden können.

Alle öffentlichen Akten, alle Tribunäle, Gerichte und Magistraturen, alle Geldstempel müssen den Namen des Königs führen. Der König, der Macht haben soll Gutes zu thun, wird das Recht haben, die zum Tode verdammt zu begnadigen, Staatsverbrecher allein ausgenommen. Dem Könige soll die höchste Herrschaft über die bewaffnete Landesmacht, und die Ernennung der Anführer

des Kriegsheeres zukommen, doch dabey die Abänderung derselben noch dem Willen der Nation vorbehalten bleiben. Seine Pflicht wird es auch seyn, die Offiziere zu bestellen, Beamte nach der Vorschrift eines später folgenden Gesetzes zu erwählen, Bischöfe und Senatoren nach der Vorschrift eben dieses Gesetzes, ingleichen Minister als die ersten Beamten der vollziehenden Gewalt zu ernennen.

Der dem König zur Aufsicht, Erhaltung und Vollziehung der Gesetze zugegebene königliche Staatsrath (s t r a ż) soll bestehen: 1) Aus dem Primas als dem Haupte der pohlischen Geistlichkeit und Vorsitz der Erziehungskommission. Seine Stelle im Staatsrath kann durch den ersten Bischof der Ordnung nach vertreten werden; aber weder jener noch dieser können Resolutionen unterschreiben. 2) Aus fünf Ministern, nämlich dem Polizeyminister, dem Justizminister, dem Kriegsminister, dem Schatzminister, und dem Minister für auswärtige Angelegenheiten. 3) Aus zwey Sekretairen, von denen der eine das Protokoll des Staatsraths, der andere das Protokoll der auswärtigen Angelegenheiten führen wird, beyde ohne entscheidende Stimme.

Der Thronfolger darf, wenn er mündig geworden ist, und den Eid auf die Konstitution geleistet hat, bey allen Sitzungen des

Staatsraths, doch ohne Stimme gegenwärtig seyn.

Der Reichstagsmarschall, der auf zwey Jahre erwählt wird, soll mit zu der Zahl der im Staatsrathe sitzenden Personen gehören, doch ohne an dessen Resolutionen Theil zu nehmen, sondern blos deswegen, um unter folgenden Umständen den fertigen Reichstag zusammen zu rufen: wenn er nämlich bey Vorfällen, die das Berufen des fertigen Reichstages nothwendig erheischen, das wirkliche Bedürfnis desselben erkennen, der König hingegen sich weigern sollte ihn zu berufen; alsdenn soll dieser Marschall Kreischreiben an die Landboten und Senatoren ergehen lassen, sie zum fertigen Reichstage berufen, und die Beweggründe dazu anzeigen.

Die Fälle, wo die Berufung des Reichstages nothwendig wird, sind blos folgende: 1) bey einem dringenden auf das Völkerrecht sich beziehenden Bedürfnisse, insonderheit bey einem benachbarten Kriege. 2) Bey innerlichen Unruhen, die dem Lande mit einer Revolution, oder mit Kollisionen zwischen den Magistraturen drohen. 3) Bey der augenscheinlichen Gefahr einer allgemeinen Hungersnoth. 4) Bey Verwaisung des Vaterlandes durch den Tod des Königs, oder bey einer gefährlichen Krankheit desselben.

Alle Resolutionen sollen im Staatsrathe von der oben auseinandergesetzten Personenzahl geprüft werden. Nach Anhörung aller Meinungen, soll die Decision des Königs das Übergewicht haben, damit es bey Vollziehung des Gesetzes nur eine Willensmeinung gebe. Daher soll auch keine Resolution anders aus dem Staatsrathe kommen, als unter dem Namen des Königs und mit seiner eigenhändigen Unterschrift. Außerdem muß sie aber auch von einem der im Staatsrathe sitzenden Minister unterschrieben seyn. So unterschrieben soll sie erst zum Gehorsam verbinden, und von den Kommissionen oder irgend einer vollziehenden Magistratur befolgt werden, doch blos in den Materien, die durch gegenwärtiges Gesetz nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. Auf den Fall, daß keiner von den Sitz und Stimme habenden Ministern die Decision unterschreiben wollte, soll der König von der Decision abstecken; sollte er aber darauf bestehen, so wird bey diesem Ereigniß der Reichstagsmarschall um die Berufung des fertigen Reichstags bitten, und wenn der König diese Berufung verzögern sollte, ihn selbst berufen. So wie der König das Recht hat alle Minister zu ernennen, so hat er auch das Recht einen von ihnen aus jeder Abtheilung der Regierungs Verwaltung zum Staatsrathe zu rufen. Diese Berufung des Ministers zum Sitze

im Staatsrathe soll auf zwey Jahre gelten, doch die weitere Bestättigung derselben dem Könige frey stehen. Die zum Staatsrathe berufenen Minister sollen in keinen Kommissionen sitzen.

In dem Falle hingegen, daß beyde auf dem Reichstage vereinigte Stuben mit einer Mehrheit von zwey Dritteln geheimer Stimmen, die Entfernung eines Ministers aus dem Staatsrathe oder aus seiner Stelle verlangten, soll der König gehalten seyn, sogleich einen andern an dessen Statt zu ernennen.

Da wir wollen, daß der Staatsrath die Wache der Nationalgesetze, für jede Übertretung derselben der genauesten Verantwortlichkeit bey der Nation unterworfen seyn soll, so verordnen wir, daß wenn die Minister von der zur Prüfung ihrer Handlungen niedergesetzten Deputation, wegen Übertretung der Gesetze angeklagt werden, sie mit ihrer Person und ihrem Vermögen verantwortlich seyn sollen. Bey allen solchen Klagen, sollen die versammelten Stände, die angeschuldigten Minister durch die simple Stimmenmehrheit der vereinigten Stuben an die Reichsgerichte abschicken, wo ihnen entweder die gerechte ihrem Verbrechen angemessene Strafe, oder bey erwiesener Unschuld, die Freysprechung von der Klage und Strafe zu Theil werden soll.

Der ordentlichen Ausübung der vollziehenden Macht wegen, verordnen wir besondere mit dem Staatsrathe in Verbindung stehende, ihm zu gehorsamen verpflichtete Kommissionen. Die Kommissarien dazu werden vom Reichstage erwählt werden, und ihre Ämter die im Gesetze vorgeschriebene Zeit hindurch verwalten. Diese Kommissionen sind: 1) die Die Erziehungs- 2) die Polizey- 3) die Kriegs- 4) die Schatz-Kommission.

Die auf diesem Reichstage niedergesetzten woywodtschaftlichen Ordnungskommissionen, stehen gleichfalls unter der Aufsicht des Staatsraths, und werden die Befehle desselben mittelbar durch die oben erwähnten Kommissionen erhalten, respective auf die der Macht und den Pflichten eines jeden zukommenden Gegenstände.

VIII.

Richterliche Gewalt.

Die richterliche Gewalt kann weder von der gesetzgebenden, noch vom Könige ausgeübt werden, sondern von den zu diesem Ende gegründeten und erwählten Magistraturen. Sie muß auch mit den Orten in solcher Verbindung stehen, daß jeder die Gerechtigkeit in der Nähe hat, und der Verbrecher allenthalben die drohende Hand der Landesregierung über sich erblickt, Wir verordnen

daher: 1) Gerichte erster Instanz für jede Woywodschaft, jeden Bezirk und Kreis, und hiezu sollen die Richter auf den Landtagen gewählt werden. Die Gerichte erster Instanz werden stets bereit und wachsam seyn, denen die es bedürfen zur Gerechtigkeit zu verhelfen. Von diesen Gerichten soll an die für jede Provinz (niederzusetzende Haupttribunäle appellirt werden, und diese sollen ebenfalls aus Personen bestehen, die man auf den Landtagen erwählt hat. Diese Gerichte, sowohl die erster, als auch die zweyter Instanz werden für den Adel und alle Landeigenthümer in *causis juris et facti*, es betreffe wen es wolle, Landgerichte seyn. 2) Bestätigen wir allen Städten die Gerichtsjurisdictionen, zufolge des auf dem gegenwärtigen Reichstage gegebenen Gesetzes von den freyen königlichen Städten. 3) Die Referendargerichte sollen für jede Provinz besonders gehalten werden; zum Behuf der Prozesse der freyen nach alten Rechten diesen Gerichten unterworfenen Bauern. 4) Die Hofassessorial- Relations- und Kurländischen Gerichte sollen beybelassen bleiben. 5) Die vollziehenden Kommissionen werden in den Angelegenheiten, die zu ihrer Administration gehören, Gericht halten. 6) Außer den Gerichten für die Civil- und Kriminalprozesse, soll es auch für alle Stände ein höchstes Gericht, Reichstags-

gericht genannt, geben, wozu die Personen bey Eröffnung jedes Reichstages erwählt werden sollen. Vor dieses Gericht sollen die Verbrechen gegen die Nation und den König, oder die *crimina status* gehören.

Wir befehlen, daß ein neuer *Codex* der Civil- und Kriminalgesetze, von den durch den Reichstag dazu erwählten Personen geschrieben werden soll.

IX.

Reichsverwesung.

Der Staatsrath wird zugleich Reichsverweser seyn, und dabey die Königin, oder in deren Abwesenheit den Primas an der Spitze haben. Die Reichsverwesung kann blos in folgenden drey Fällen statt finden. 1) Bey der Minderjährigkeit des Königs, 2) bey einer Schwachheit, die bey ihm eine anhaltende Gemüthsverwirrung hervorbringt, 3) im Fall der König im Kriege gefangen werden sollte. Die Minderjährigkeit wird nicht länger als volle achtzehn Jahre dauern; die Schwäche einer anhaltenden Gemüthsverwirrung aber kann nicht anders, als durch den fertigen Reichstag mit der Stimmenmehrheit von drey Viertel beyder vereinigten Stuben deklarirt werden. Der fertige Reichstag wird die Ordnung der in der Reichsverwesung sitzenden Minister bestimmen, und die Königin zur Vertretung

der Pflichten des Königs bevollmächtigen. Wenn nun aber der König im ersten Falle mündig wird, im zweyten zur völligen Gesundheit gelangt, im dritten aus der Gefangenschaft zurückkömmt; so sollen ihm die Reichsverweiser von ihrem Verhalten Rechenschaft ablegen, und der Nation für die Zeit ihrer Amtsführung, so wie dieses auch dem Staatsrathe vorgeschrieben ist, auf jedem ordinairn Reichstage, mit ihren Personen und ihren Vermögen verantwortlich seyn.

X.

Erziehung der Kinder des Königs.

Die Söhne des Königs, die die Konstitution zu Nachfolgern auf dem Throne bestimmt, sind die ersten Kinder des Vaterlandes; daher kommt auch die Sorge für ihre gute Erziehung der Nation zu, ohne jedoch damit den Rechten der Eltern zu nahe zu treten. Führt der König die Regierung, so soll er selbst mit dem Staatsrathe und dem von den Ständen ernannten Aufseher der Erziehung der Prinzen, sich mit der Bildung derselben beschäftigen: führt sie aber die Reichsverwesung, so wird dieser, zugleich mit dem erwähnten Aufseher, die Erziehung derselben anvertraut werden. Aber in beyden Fällen soll der von den Ständen ernannte Aufseher, auf jedem ordinairn Reichstage von der Erziehung und den Fort-

schriften der Prinzen Bericht erstatten. Die Erziehungskommission hingegen wird die Pflicht auf sich haben, dem Reichstage den Plan des Unterrichts und der Erziehung der königlichen Prinzen zur Bestätigung vorzulegen, damit durch übereinstimmende Erziehungsgrundsätze früh und ununterbrochen, den Gemüthern der künftigen Thronfolger, Religion, Liebe zur Tugend, zum Vaterlande, zur Freyheit und Landeskonstitution eingeflößt werde.

XI.

Bewaffnete Macht der Nation.

Die Nation ist es sich selbst schuldig, sich gegen Überfälle zu vertheidigen, und ihre Unverletztheit zu bewahren, folglich sind alle Bürger Vertheidiger der Unverletztheit und Freyheit der Nation. Die Armee ist nichts anders, als eine aus der Gesamtmacht der Nation gezogene, bewaffnete und geordnete Macht. Die Nation ist ihrer Armee dafür, daß sie sich einzig und allein ihrer Vertheidigung weiht, Belohnung und Achtung schuldig. Die Armee ist der Nation schuldig über die Gränzen und die allgemeine Ruhe zu wachen, kurz für sie die mächtigste Schutzwehre zu seyn. Damit sie nun diese ihre Bestimmung wirklich erfülle, so hat sie die Pflicht auf sich den Vorschriften des Gesetzes gemäß, ununterbrochen unter dem Gehorsam der vollzie-

henden Gewalt zu bleiben, und auf treue Ergebenheit gegen die Nation und den König, und auf die Vertheidigung der Nationalkonstitution zu schwören. Die National-Armee kann folglich gebraucht werden; zur allgemeinen Landesvertheidigung, zur Bewahrung der Festungen und Gränzen, oder auch zur Unterstützung des Gesetzes, wenn jemand der Vollziehung desselben nicht gehorhamen wollte.

XI.

Bewaffnete Macht der Nation.

Die Nation ist es, die sich selbst schuldig, sich gegen Übelthäter zu vertheidigen, und ihre Unverletzlichkeit zu bewahren, folglich sind alle Bürger Vertheidiger der Unverletzlichkeit und Freiheit der Nation. Als Armee ist nichts anders, als eine aus der Gesamtmacht der Nation gezogene, bewaffnete und geordnete Macht. Die Nation ist ihrer Armee dankbar, daß sie sich einigt und allein ihrer Vertheidigung weicht, Belohnung und Achtung schuldig. Die Armee ist der Nation schuldig, die Gefahren und die allgemeine Ruhe zu wahren, nicht für die mächtigste Schwärze zu seyn. Damit sie nun diese ihre Bestimmung vollständig erfülle, so hat sie die Pflicht, sich dem Vortritte des Gesetzes gemäß, zu unterwerfen unter dem Gebote der vollzie-

Jekel, Franz Joseph,

Pohlens Staatsveränderungen und letzte Verfassung

Bd.: 1

Wien (1803)

Polon. 45-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10778666-1